



**ÖVP-KORRUPTIONS-  
UNTER-  
SUCHUNGS-  
AUSSCHUSS**

**Ein Bericht**

**Jänner 2023**

<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>Bilanz</b>	<b>4</b>
<b>I. Jobs für meine Freunde: Korrupte Postenvergabe</b>	<b>17</b>
1. Ausbildungsplätze als Nadelöhr für Günstlinge	18
2. Ausschreibung anpassen	21
3. Gesteuerte Begutachtungskommissionen	24
4. Einflussnahme auf Bewerber:innen	30
5. Interimistische Besetzung: Abkürzung zur Führungsposition	37
6. Umfärben per Geschäftseinteilungsänderung	40
7. Doppelzuteilungen	42
8. Sideletter	45
<b>II. Ist ja nur Steuergeld: Korrupte Geldflüsse</b>	<b>48</b>
1. Förderverfahren	48
a. NPO-Fonds	48
b. COFAG	50
2. Vergaben in der „Familie“	51
a. Durch Splitten der Aufträge unter Direktvergabeschwelle bleiben: Das „Leitbild“ des BMDW	51
b. Förderungen als Umgehung für Vergabeverfahren: Die Causa ICMPD	54
3. Verstecken	56
d. Vergleichsangebote unter Freunden	57
e. Auftragsvergabe ohne Ausschreibung	58
f. Verdeckte Subauftragnehmer aus dem Partei Umfeld	59
<b>III. Ministerien als Parteimaschine</b>	<b>61</b>
1. Missbrauch des Sicherheitsapparats I: Falsche Prioritäten	61
a. Fremdenrechtliche Knaller	62
a. Operation Luxor	67
2. Missbrauch des Sicherheitsapparats II:	67
a. AG Fama	67
3. Kurzsichtige Profite statt Außen- und Energiepolitik für Österreich	70
<b>IV. Inserate statt fairer Förderung: Medienkorruption</b>	<b>72</b>
1. Inseratenkorruption	72
a. Steuerung per Inseratenvolumen	72
b. Umgehung der Entscheidungsverantwortung	77
2. Parteinahе Zeitungen	81
3. Causa Wirtschaftsbund Vorarlberg	83
4. Beinschab-Tool	84
<b>V. Die Ihrigen zahlen weniger: Einflussnahme auf Steuerverfahren</b>	<b>87</b>
1. Neues Finanzamt, weniger Sorgen	87
2. Treffpunkt Raststätte	94
<b>VI. Was muss sich ändern? Die Forderungen</b>	<b>105</b>

# DIE REPUBLIK ALS PARTEI-MASCHINE

Man könnte meinen, dass Ministerien, die du mit deinem Steuergeld finanzierst, für dich arbeiten. Du erwartest, dass Minister:innen und ihre Kabinette das für dich Beste im Sinn haben. Nicht so die ÖVP - sie verwendet dein Steuergeld viel zu oft für ihre eigenen Zwecke.

Vom Ibiza-Video hin zu den ÖVP-Chats rund um Postenkorruption, Bestechung und Inseratenmillionen – die letzten Jahre in Österreich waren geprägt von Korruptionsskandalen.

Die Republik erscheint immer wieder als Selbstbedienungsladen einiger Weniger. Um eben diese zu schützen, wird der Rechtsstaat gezielt geschwächt. Wie all das passieren kann und wie man diesem System ein Ende setzt, galt es im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss aufzuklären.

In diesem Untersuchungsausschuss hat sich gezeigt: Waren die Bereicherung unter Minister Grassler oder die Postenkorruption unter Minister Strasser genauso österreichische Praxis wie der Faymannsche Umgang mit Inseraten, so mussten wir unter Ex-Kanzler Kurz durch die türkise ÖVP von 2017 bis 2021 ein „Best of“ der Korruption erleben. Die türkise Familie hat sich in einer nie zuvor dagewesenen Dreistigkeit an der Republik bereichert und versucht, Ermittlungen dazu brutal zu verhindern.

Ein Blick in Art 18 Abs 1 Bundes-Verfassungsgesetz stellt klar, dass die gesamte staatliche Verwaltung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden darf. Ganz im Gegensatz zu den Bürger:innen, die alles tun und lassen dürfen, was ihnen nicht explizit verboten ist, braucht die staatliche Verwaltung also für jedes ihrer Handlungen eine gesetzliche Ermächtigung. Dieser elementare Grundsatz unseres Rechtsstaats nennt sich das Legalitätsprinzip.

Im Umkehrschluss zu Art 18 Abs 1 B-VG ist somit jeder Weg, jedes Schlupfloch, jeder freundschaftliche Gefallen, der gesetzlich so nicht explizit vorgesehen (erlaubt) ist, verboten und daher Korruption, wenn auch nicht strafbar.

Jedoch ist nicht alles, was verboten ist, strafbar. Hier muss klar zwischen gerichtlich strafbarer Korruption (weil das Delikt im Strafgesetzbuch oder in einem der Nebengesetze angeführt ist) und Korruption ohne gerichtlich strafbare Konsequenzen unterschieden werden. Wenn also beispielsweise ein parteinaher Beschuldigter in einem Strafverfahren eine Beratung von einem Sektionschef aus dem BMJ erhält, so ist das gesetzlich nicht in der Strafprozessordnung geregelt.<sup>7</sup> Auch wenn sich eine Finanzamtsmitarbeiterin an einem Samstagvormittag mit einem gut vernetzten Prominenten zum Auschnapsen von Steuerbescheiden auf einer Autobahnraststätte trifft, findet ein solches Verwaltungshandeln keine Deckung im Gesetz.<sup>8</sup> Die beiden Beispiele sind genauso in Österreich passiert und beide Ursachen sind Sinnbild von Korruption, weil das staatliche Verwaltungshandeln nicht von Gesetzen gedeckt ist und somit einen Verstoß gegen das Legalitätsprinzip darstellen. Beide Fälle sind aber auch nicht gerichtlich strafbar, zumindest noch nicht, denn das Ziel eines jeden U-Ausschusses muss es sein, aus dem Aufgedeckten gesetzgeberische Schlüsse zu ziehen, damit eine Wiederholung selbiger Korruption unmöglich wird.

Österreich leidet weiterhin unter einer Inseratenkorruption, einer intransparenten Vergabe von Posten und Aufträgen sowie der Beeinflussung von Ermittlungs- oder Steuerverfahren. All das sind Symptome derselben Krankheit, die für eine Demokratie lebensgefährlich ist: Korruption.

Nach einem Untersuchungsausschuss ist es die Aufgabe der Politik, Lehren aus

den erkannten Missständen zu ziehen und echte und notwendige Reformen umzusetzen. So liegt es nun an allen Parteien, das Land, das aktuell einem Selbstbedienungsladen mit einer sich leerenden Kassa gleicht, wieder zu einem anständigen Betrieb zu machen.

Um die richtigen Maßnahmen zu setzen, war die Aufklärung der Korruption in den vergangenen Monaten unerlässlich. Denn korrupt ist nicht nur, was verboten ist. Nicht das Strafrecht ist der Maßstab. Korruption geht viel weiter. Korruption hat viele Gesichter, viele Muster und viele Methoden. Jeder Akt der Korruption schadet dem Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und hat andere schwerwiegende Auswirkungen - auf unseren Wohlstand, unser Ansehen und auf jeden Menschen, der in diesem Land lebt.

<sup>7</sup> <https://kurier.at/politik/inland/aufregung-in-der-justiz-pilna-cek-war-nie-gespraechsverweigerer/400746555> abgerufen am 5.1.2023. Das Argument des Anwalts Ainedter („Es war nicht verboten“) in dem Artikel ist somit falsch, da für die staatliche Verwaltung - also auch einen Sektionschef im Ministerium - nur jenes Handeln erlaubt ist, wofür es explizit eine gesetzliche Ermächtigung gibt.

<sup>8</sup> <https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/steuernachlass-fuer-wolf-neue-belastende-chats-aufgetaucht-114406393> abgerufen am 5.1.2023.

## MAN KÖNNTE MEINEN ...

... die Beamtenschaft kann unabhängig von der/dem aktuellen Minister:in ihre Arbeit machen und ist dabei nur dem Gesetz verpflichtet.

Aber leider wird auch bei Postenbesetzungen Einfluss genommen. Denn politisch gut vernetzte Personen können sich für wichtige Posten entweder die Ausschreibung „selbst“ schreiben oder treffen auf eine parteipolitisch besetzte Besetzungskommission. Kompetenten Gegenkandidat:innen, die ihnen gefährlich werden könnten, wird von einer Bewerbung abgeraten oder sie werden nicht zu einem Hearing eingeladen. Die Tricks sind zahlreich, das Ergebnis ist aber stets dasselbe: Es werden nicht die Besten etwas, sondern die am besten Vernetzten. Und warum beschweren sich so wenige? Weil auch bei einer erfolgreichen Beschwerde die Postenbesetzung nicht repariert wird, man dafür aber als „Querulant:in“ abgestempelt wird und zukünftig Nachteile zu erwarten hat.

Bestes Beispiel hier ist Thomas Schmid, Kabinettschef und später Generalsekretär im Finanzministerium, der sich selbst die Ausschreibung zum ÖBAG-Chef geschrieben und dann auch den Job bekommen hat.

**ÖBAG: Schmid soll Chefposten-Ausschreibung mitformuliert haben**

orf.at  
19. Juli 2020



**Beispiel:** Ein Chat zwischen Thomas Schmid und August Wöginger zeigt auf, wie leicht über die „unabhängige“ Begutachtungskommission Einfluss genommen werden kann:

**KORRUPTIONSVORWÜRFE**  
**Causa Wöginger: Türkise Postenbesetzung "mit Bauchweh"**  
Durch eine Auswertung der WKStA wird deutlich, wie Thomas Schmid mit einem Gewerkschafter Entscheidungen bei Jobs in der Finanz akkordierte

derstandard.at  
13. Juni 2022



## STELL DIR VOR ...

... du bist eine engagierte Polizistin und möchtest dich – nach Polizeischule, Praxisjahren und Engagement – weiterbilden. Du wirst bitter enttäuscht. Trotz hervorragender Leistungen und einer soliden Aufnahmeprüfung bekommst du keinen Ausbildungsplatz. Dafür aber ein Kollege, der zwar nicht am Aufnahmeverfahren teilgenommen hat, dafür aber jemanden im Innenministerium kennt.

Das Perfide: Du kommst auch in weiterer Folge nicht weiter. Denn in den Ausschreibungen für interessante Posten werden genau diese Ausbildungen gefordert, die politisch handverlesene Personen absolviert haben.

**Beispiel:** Michael Takacs, mittlerweile Leiter der neu geschaffenen Bundespolizeidirektion, wurde für seinen Aufstieg auf der Karriereleiter im Innenministerium von Beginn an mehrmals mit Hauruck und besonderen Ausnahmen geholfen. Zum Beispiel erhielt er heiß begehrte Ausbildungsplätze, ohne ein Auswahlverfahren durchlaufen zu müssen, studieren durfte er auf Ministeriumskosten und während der Dienstzeit.

**Bundespolizeidirektor Takacs zu Posten in ÖVP-U-Ausschuss**

orf.at  
20. Oktober 2022



## MAN KÖNNTE MEINEN ...

... die Verwaltung eines Ministeriums bleibt von einem Wechsel der Parteifarbe nach einer Wahl unverändert. Schließlich machen unter den Minister:innen und ihren Kabinetten die Sektionschef:innen schon jahrelang ungestört ihre Arbeit und können auch nicht „verschoben“ werden.

Die Realität sieht leider anders aus. Nach einer Wahl wird mit einer „Geschäftseinteilungsänderung“ fleißig „umreformiert“: die Sektionsleitungen werden neu ausgeschrieben und schon rollen die Köpfe redlicher, erfahrener Spitzenbeamten:innen. Anschließend kann man (s)einen Günstling installieren.

**Wie sich die Politik ihre "Drecksarbeiter" aussucht**

Wer politisch loyal ist, kann in Österreichs Ministerien oftmals schneller aufsteigen. Das demotiviert den Rest der Beamtenschaft – und kann zu einer „willfährigen Verwaltung“ führen, warnt der Politikwissenschaftler Ennser-Jedenastik.



Kleine Zeitung  
13. November 2022



WAS BRAUCHT ES?

# SAUBERE POSTEN- VERGABE

- **Concours** (Auswahlverfahren für den öffentlichen Dienst) **nach europäischem Vorbild**
- **Öffentliche Hearings** für Spitzenfunktionen
- **Ausschreibungen durch internationale Headhunter**
- **Kabinette mit klaren gesetzlichen Vorgaben** zu Zusammensetzung, Job Descriptions, Einschränkung von Doppelfunktionen Kabinett/Verwaltung, Offenlegungspflichten und Cooling-off-Phasen (siehe GRECO-Bericht)
- **zeitliche Beschränkung interimistischer Besetzungen** – und kein Vorteil im Bewerbungsverfahren für jene, die den Job ohne Ausschreibung innehatten.
- **Öffentliche Begründung und Darstellung der Auswirkungen, wenn Geschäftseinteilungen und damit Posten verändert werden.**



## STELL DIR VOR ...

... du hast ein kleines Unternehmen und darfst aufgrund eines Lockdowns dein Geschäft nicht mehr betreiben. Trotzdem musst du deine Mitarbeiter:innen und die Miete bezahlen. Du erwartest Unterstützung von der Regierung und gehst davon aus, dass die Regierung das Beste für die Österreicher:innen will und somit den einfachsten Weg wählt, um die Menschen zu unterstützen. Falsch gedacht. Obwohl die Finanzämter alle nötigen Daten zur Verfügung hatten, um Hilfen sofort und automatisiert auszuzahlen, wurden diese damit nicht beauftragt.

Stattdessen wird ein gänzlich neues, teures Konstrukt geschaffen – zum Nachteil vieler Unternehmer:innen, aber zum Vorteil weniger Günstlinge: Die COFAG („Covid-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH“).

Wenn du als Unternehmerin mit Entscheidungen der COFAG nicht einverstanden bist, musst du teuer klagen, anstatt wie beim Finanzamt kostenlos Beschwerde einzureichen. Und was ist gleichzeitig mit so einer Konstruktion möglich? Parteifreunde und Nahestehende mit Geschäftsführerposten, Gutachteraufträgen, etc. zu versorgen.



kurier.at  
23. November 2022



### Rechnungshof ortet Überförderung und empfiehlt Auflösung der COFAG

Die Covid-19-Finanzierungsagentur wäre laut dem Endbericht nicht nötig gewesen. Kritik gibt es neben den Kosten auch an der Postenbesetzung.

kurier.at  
28. Oktober 2022



## MAN KÖNNTE MEINEN ...

... ein Steuertopf wie der NPO-Fonds kommt genau denen zugute, die ihn brauchen - z.B. einem kleinen Kulturverein in einer österreichischen Gemeinde. Denn NPO steht für „Non Profit Organisation“. Und die Regierung verspricht in Pandemiezeiten, genau diese gezielt zu unterstützen.

Doch was passiert? Nicht nur der Kulturverein, sondern vor allem auch die JVP, der ÖVP-Seniorenbund sowie der Bauernbund beantragen und bekommen Fördergelder. Und das, obwohl Teilorganisationen politischer Parteien im Gesetz explizit ausgeschlossen wurden.



meinbezirk.at  
13. Dezember 2022



## STELL DIR VOR ...

... du bist Teil eines Unternehmens, das mit seinen Projekten ernsthaft interessiert daran ist, den Auftrag eines Ministeriums bestmöglich umzusetzen. Du bist auch sehr zuversichtlich, dass das Unternehmen den Auftrag erhält, weil es in dieser Branche aufgrund vieler bisher erfolgreicher Projekte sehr anerkannt ist. Es wird aber nichts ausgeschrieben. Später erfährst du, dass das Ministerium Aufträge an Unternehmen vergeben hat, die wahrlich keinen guten Ruf haben bzw. einen marktunüblich hohen Preis verlangten. Erst durch Recherche findest du heraus, wer hier beauftragt wurde: Firmen ehemaliger Kabinettsmitarbeiter des Ministeriums.

Ja, immer wieder passiert es, dass es bei Aufträgen der öffentlichen Hand keine offene Ausschreibung gibt. Mit fadenscheinigen Ausreden werden gesetzliche Ausnahmen herangezogen, die ein Vergabeverfahren ohne vorherige Bekanntmachung ermöglichen. So werden statt einer offenen Ausschreibung nur von einzelnen, politisch erwünschten Firmen Angebote eingeholt. Etwa mit dem Argument, dass kein anderes Unternehmen am Markt das gefragte Produkt anbietet.



wienerzeitung.at  
16. Jänner 2023



## MAN KÖNNTE MEINEN ...

...dass dein Steuergeld so verwendet wird, dass es für dich oder generell für die Menschen in Österreich Verbesserungen bringt.

Aber nein. Zu oft wird in Ministerien nur für die Partei gearbeitet – und das mit unserem Steuergeld. Und besonders häufig werden für die Umsetzung dieses Missbrauchs von Budget und Ressourcen noch die eigenen Leute bedient.

Beim teuren „Leitbild“-Prozess des Wirtschaftsministeriums unter Ex-Ministerin Schramböck mit hinterfragenswürdigem Wert für das Ministerium verdiente Ex-Ministerin Karmasin ausgesprochen gut:

### "Lieber Michael!"

Ex-Ministerin Sophie Karmasin hat für das Wirtschaftsministerium ein Leitbild erstellt. Wie kam sie zu dem Auftrag?

falter.at  
16. März 2022



Unter Ex-Ministerin Köstinger gab es eine Veranstaltung, bei der ausschließlich ÖVP-Vertreter:innen wie die zu jener Zeit wahlkämpfende Staatssekretärin Edtstadler öffentlich auftraten:



### Kraimer wittert ÖVP-EU-Wahlkampf mit Steuergeld

Die SPÖ vermutet, dass 2019 Steuergelder in den Europawahlkampf von ÖVP-Kandidatin Edtstadler geflossen sind. Kraimer befragte dazu ihren ehemaligen Büroleiter-Stellvertreter Takacs und legte spannende Dokumente vor.

zackzack.at  
20. Oktober 2022



## MAN KÖNNTE MEINEN ...

...dass dir für die hohen Steuern, Gebühren und Abgaben, die du zahlst, eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Leider nein. Die Großparteien wollten mit billigen Preisen innenpolitisch punkten. Zudem wollten sie auch geschäftlich von Verbindungen zum Putin-Regime profitieren – für befreundete Unternehmer:innen oder für sich selbst nach der Politik. Und somit wurde alles auf die Karte Russland gesetzt und Österreich bis zu 80% von russischem Gas abhängig. Darunter leidet die gesamte Republik, was wir spätestens seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wissen.



### Ex-OMV-Direktor Roiss: „Wir haben längst kleine Austro-Oligarchen“

Warum sind wir zu 80 Prozent von russischem Gas abhängig? Weil eine „Gruppe von Putin-Versteheren“ in Österreich das so wollte, sagt Gerhard Roiss.

profil.at  
5. März 2022



WAS BRAUCHT ES?

# TRANSPA- RENTE VERGABE- VERFAHREN

- **Verschärfung des Korruptionsstrafrechts**
- **Transparente und gesetzesmäßige Vergabeverfahren** ohne politische Intervention
- Rechtsverbindlichkeit von öffentlichen Beschaffungen **erst mit Veröffentlichung**
- **Umfassende Transparenz** auch bei Förderungen, um Umgehungskonstruktionen zum Vergaberecht hintanzuhalten



**Medien und Politik sind in Österreich so umschlungen wie in kaum einer anderen liberalen Demokratie. Während die Presseförderung verhältnismäßig gering ist, spülen vor allem die Regierungsinserate große Summen in die Medienhäuser.**

## STELL DIR VOR ...

... du bist Beamtin in einem Ministerium und arbeitest in der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Du buchst Inserate, sagst Medienkooperationen zu bzw. ab und holst unzählige Angebote für Schaltungen ein. Wie es das Gesetz vorsieht, willst du, dass Inserate Sachinformationen in der Bevölkerung verbreiten.

Aber mit einem neuen Minister kommt auch ein neuer Pressesprecher. Er hat dir gegenüber eigentlich kein Weisungsrecht, erklärt dir aber trotzdem: Jede Entscheidung, die du treffen willst, musst du von ihm absegnen lassen. Und dann verlangt er auch noch Inserate in parteinahen Zeitungen.



diepresse.com  
6. Oktober 2022



POLITIK

### Wirbel um Inserate in der Wirtschaftskammerzeitung

Aufregung gibt es um Inserate in der Vorarlberger Wirtschaftskammerzeitung: Ausgelöst hat sie ein „#doublecheck“-Beitrag auf Ö1. In der Kritik steht unter anderem der Direktor des ÖVP-Wirtschaftsbundes, Jürgen Kessler.

vorarlberg.orf.at  
29. November 2021



## MAN KÖNNTE MEINEN ...

... Zeitung lesen, Radio hören und Nachrichten schauen reicht aus, um sich über die österreichische Regierungspolitik zu informieren.

Leider nein: Die österreichische Regierung gibt jedes Jahr Unsummen an Steuergeld für Inseratenschaltungen aus. Sie tut dies aber nicht, um die Bevölkerung sachlich zu informieren, sondern um sich durch diesen Finanzierungsfluss die Gunst und Abhängigkeit der Medien zu „erkaufen“. So erhofft sich die Regierung wohlwollende Berichterstattung.



## Das gekaufte Österreich

Inserate für Berichte – warum die derzeitige Staatsaffäre über die strafrechtlichen Vorwürfe hinausreicht und was daran mehr Aufmerksamkeit verdient.

dossier.at  
12. November 2021



WAS BRAUCHT ES?

# UNAB- HÄNGIGE MEDIEN

- Es braucht endlich **ein subjektives Recht auf Information** für jeden/jede Bürger:in (**Informationsfreiheitsgesetz**).
- **Absolute Höchstgrenzen für Inseratengelder:** Nur so kann die demokratiepolitisch bedenkliche Abhängigkeit durchbrochen werden.
- **Objektive Kriterien** bei der Vergabe von Inseraten
- Wie bei anderen Vergaben (siehe Kapitel II.): **ordentliche Verfahren, saubere Dokumentation und keine Zurufe durch die Kabinette**



## STELL DIR VOR ...

... du bist eine Unternehmerin und hast bewusst Österreich als Sitz deines Unternehmens gewählt. Zwar würdest du Steuern und Abgaben sparen, wenn du den Sitz ins Ausland verlagerst, beispielsweise nach Ungarn, aber du gehst davon aus, dass in Österreich sichere und gute Wettbewerbsbedingungen herrschen und alle gleich behandelt werden.

So ist es aber nicht: In Österreich haben einige Unternehmer:innen einen gewissen Wettbewerbsvorteil. Nicht etwa, weil sie ein besseres Produkt, niedrigere Preise oder höhere Produktivität bieten können. Nein. Sie haben Kontakte zum Finanzministerium – und schon können sie ihre Interessen durchsetzen, während alle anderen Bürger:innen keine Chance haben.

**U-AUSSCHUSS**

### Der auf viele Arten "einzigartige" Steuerfall des Siegfried Wolf

Ex-Magna-Manager, Investor und Unternehmer Siegfried Wolf sagt am Mittwoch vor dem ÖVP-U-Ausschuss aus. Auf Intervention Thomas Schmid hin soll ihm die Finanz Hunderttausende Euro an Steuern erspart haben.



© FOTOKERSCHI.AT / KERSCHBAUMMAYR

kleinezeitung.at  
4. April 2022



**CAUSA WOLF**

### Schmid an Mitarbeiter im ÖVP-Finanzministerium: "Du bist die Hure für die Reichen"

Neue Chats zeigen aus Sicht der Korruptionsermittler, wie Siegfried Wolf bei Thomas Schmid für einen Steuernachlass interveniert hat

derstandard.at  
22. Dezember 2021



**SCHMID-GESTÄNDNIS**

### Benkos Yacht, Skitouren und ein Jobangebot an Thomas Schmid

Thomas Schmid wirft René Benko vor, ihn mit der Aussicht auf einen Job der Signa-Gruppe bestochen zu haben. Es sei um deren Steuerverfahren gegangen

derstandard.at  
19. Oktober 2021



**U-AUSSCHUSS**

### Der auf viele Arten "einzigartige" Steuerfall des Siegfried Wolf

Ex-Magna-Manager, Investor und Unternehmer Siegfried Wolf sagt am Mittwoch vor dem ÖVP-U-Ausschuss aus. Auf Intervention Thomas Schmid hin soll ihm die Finanz Hunderttausende Euro an Steuern erspart haben.



© FOTOKERSCHI.AT / KERSCHBAUMMAYR

kleinezeitung.at  
4. April 2022



## MAN KÖNNT MEINEN ...

... dass in Österreich aufgrund des funktionierenden Rechtsstaats und Steuersystems faire Wettbewerbsbedingungen bestehen und alle Bürger:innen gleich besteuert werden, damit der Staat über genügend Einnahmen verfügt. Doch das stimmt so nicht. Denn manche sind mit Personen in hohen politischen Ämtern gut gestellt und erreichen so, dass starker Druck auf Finanzbeamt:innen ausgeübt wird und Nachzahlungen schließlich teilweise oder ganz erlassen werden.

WAS BRAUCHT ES?

# FAIRE VER- FAHREN FÜR ALLE

- Keine Zurufe aus dem Kabinett **zugunsten einzelner Steuersachen**



## MAN KÖNNTE MEINEN ...

... dass die Polizei im Sinne deiner Sicherheit arbeitet. Denn die Verwaltungs- und Exekutivbediensteten haben einzig und allein ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen: Terrorzellen aufspüren, Asylanträge aufnehmen, Vermisste finden und vieles mehr. Daher erwartest du, dass für dieses Ziel in unserem Innenministerium die Gefährdungslagen sachlich beurteilt werden und genau überlegt wird, in welchem Bereich dringender zu ermitteln ist und in welchem nicht.

Aber das passiert leider nicht. Nach 23 Jahren, in denen das Innenministerium – mit kurzen Unterbrechungen – in ÖVP-Hand ist, missbraucht diese Partei den heimischen Sicherheitsapparat schon höchst professionell. Nach parteipolitischem Kalkül wird entweder unverhältnismäßig viel Verve in Ermittlungen gesteckt – oder eben viel zu wenig, wenn es gegen die eigenen Leute gehen könnte.

### Team Kurz wollte "fremdenrechtliche Knaller" von Innenministerium

derstandard.at  
20. Jänner 2022



OPERATION LUXOR

### Verfahren gegen Österreichs angeblichen Muslimbrüder-Anführer eingestellt

derstandard.at  
6. Jänner 2023



### INNENMINISTERIUM "I watched you": Chats belasten Direktor des Bundeskriminalamts

derstandard.at  
14. September 2021



### Die Jagd auf den Kloibmüller-Stick

Die Spur der BMI-Chats – Teil 1

zackzack.at  
21. Februar 2022



## MAN KÖNNTE MEINEN ...

... dass die Regierung eines Landes und vor allem der Bundeskanzler Justizbehörden arbeiten lässt, ohne sich einzumischen. Und dass die Politik versucht, Ermittlungsbehörden wie der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft reibungslos arbeiten zu ermöglichen.

Falsch gedacht – Ex-Kanzler Kurz tat genau das Gegenteil. Und auch die jetzigen Regierungsmitglieder hören damit nicht auf.

### Wie Sebastian Kurz die Korruptionsbehörde anpatzt

falter.at  
5. Februar 2020



### ÖVP-Ministerin Edtstadler: WKStA könnte Kernbereich verlieren

kurier.at  
9. Februar 2020



## MAN KÖNNTE MEINEN ...

... dass sich zumindest die Justizministerin mit klaren Worten schützend vor die Justiz stellt, wenn eine Regierungspartei versucht, die Antikorruptionsbehörde zu diskreditieren.

Aber auch hier wird man enttäuscht: Justizministerin Zadic handelte bisher immer sehr zögernd, die Ressourcen der WKStA reichen weiterhin nicht aus und es gibt immer noch zu viele Berichtspflichten. Die Konsequenz: Die Korruptionsermittler:innen können nicht effizient und objektiv arbeiten.

ÖVP-Ermittlungen

Staatsanwälte und Presseklub kritisieren ÖVP-nahen „express“



express-Chefredakteur Richard Schmitt verurteilt den Artikel.  
© ROLAND SCHLACER

tt.com  
2. November 2021



WAS BRAUCHT ES?

# UNAB- HÄNGIGE JUSTIZ

- **Unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft** an der Spitze der Weisungskette
- **Ausreichende Ressourcen und das beste Personal** für die Korruptionsbekämpfung im Innen- und Justizministerium
- **Reduktion der Berichtspflichten**
- **Schnellere Verfahren**



ÖVP-KORRUPTIONS-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS  
**FRAKTIONS-  
BERICHT**

## Inhaltsverzeichnis

I. Jobs für meine Freunde: Korrupte Postenvergabe	17
1.    Ausbildungsplätze als Nadelöhr für Günstlinge	18
2.    Ausschreibung anpassen	21
3.    Gesteuerte Begutachtungskommissionen	24
4.    Einflussnahme auf Bewerber:innen	30
5.    Interimistische Besetzung: Abkürzung zur Führungsposition	37
6.    Umfärben per Geschäftseinteilungsänderung	40
7.    Doppelzuteilungen	42
8.    Sideletter	45
II. Ist ja nur Steuergeld: Korrupte Geldflüsse	48
1.    Förderverfahren	48
a.    NPO-Fonds	48
b.    COFAG	49
2.    Vergaben in der "Familie"	50
a.    Durch Splitten der Aufträge unter Direktvergabeschwelle bleiben: Das "Leitbild" des BMDW	51
b.    Förderungen als Umgehung für Vergabeverfahren: Die Causa ICMPD	54
3.    Verstecken	56
d.    Vergleichsangebote unter Freunden	57
e.    Auftragsvergabe ohne Ausschreibung	57
f.    Verdeckte Subauftragnehmer aus dem Parteiumfeld	58
III. Ministerien als Parteimaschine	60
1.    Missbrauch des Sicherheitsapparats I: Falsche Prioritäten.	60
a.    Fremdenrechtliche Knaller	61
a.    Operation Luxor	66
2.    Missbrauch des Scherheitsapparats II:	66
a.    AG Fama	66
3.    Kurzsichtige Profite statt Außen- und Energiepolitik für Österreich	69
IV. Inserate statt fairer Förderung: Medienkorruption	71
1.    Inseratenkorruption	71
a.    Steuerung per Inseratenvolumen	71
b.    Umgehung der Entscheidungsverantwortung	76
2.    Parteinahе Zeitungen	80
3.    Causa Wirtschaftsbund Vorarlberg	82
4.    Beinschab-Tool	83
V. Die Ihrigen zahlen weniger: Einflussnahme auf Steuerverfahren	86
1.    Neues Finanzamt, weniger Sorgen	86
2.    Treffpunkt Raststätte	93
VI. Was muss sich ändern? Die Forderungen	103

## I. Jobs für meine Freunde: Korrupte Postenvergabe

### *Stell Dir vor...*

Du machst eine Ausbildung, entscheidest dich für den öffentlichen Dienst und leistet dort Tag für Tag gute Arbeit. Deine Erwartung ist, nach dieser Arbeit beurteilt zu werden und entsprechende Aufstiegsmöglichkeiten zu bekommen. Was du aber täglich siehst: Politisch vernetzte Kandidat:innen, die den Vorzug bekommen werden. Auswahlkommissionen, die qualifizierte Bewerber:innen aus politischen Gründen abblitzen lassen; und am Ende dadurch ungeeignete Vorgesetzte, die für Frust im Team sorgen.

Die Konsequenzen: Die persönliche Erfahrung bleibt, keine Chancengerechtigkeit zu erfahren, sondern Diskriminierung; die systemische Folge ist, dass nicht die Besten etwas werden, sondern die politisch am besten Vernetzten. Dies führt zu einem Verlust an Wissen und zu einem schlechteren Service in der Verwaltung. Darunter leiden wiederum wir alle, die Bevölkerung, die indirekt die Auswirkungen in Gestalt von zu langen Verfahren, falschen Entscheidungen bis hin zur völligen Dysfunktionalität mancher Behörden zu spüren bekommen.

Aber wie ist das möglich? Wir haben doch Gesetze, die Postenbesetzungen regeln. In den folgenden Unterkapiteln werden weit verbreitete Methoden der Postenkorrption beschreiben, mit denen der Zweck dieser Gesetze hintertrieben wird. Dabei fokussieren wir uns auf das Innenministerium. Denn gerade dort ist trotz der gesetzlichen Zuständigkeit für Korruptionsbekämpfung und -prävention Postenkorrption im schlimmsten Ausmaß vorzufinden, wie auch der Berichtsentwurfs des Verfahrensrichters aufzeigt. Und dies, obwohl die Regeln sehr klar und genau sind und die Umgehungswege daher umso perfider sein müssen.

## 1. Ausbildungsplätze als Nadelöhr für Günstlinge

### **Stell dir vor...**

...du bist eine engagierte Polizistin und möchtest dich - nach Polizeischule, Praxisjahren und Engagement - weiterbilden. Du wirst bitter enttäuscht. Trotz hervorragender Leistungen und einer soliden Aufnahmeprüfung bekommst du keinen Ausbildungsplatz. Dafür aber ein Kollege, der zwar nicht am Aufnahmeverfahren teilgenommen hat, dafür aber jemanden im Innenministerium kennt.

Denn im Innenministerium werden genehme Personen gezielt auf Ausbildungsplätze gehievt, die für den weiteren Karriereverlauf notwendig sind. Politisch loyale Personen, gut vernetzte bzw. unter ÖVP-Minister:innen der FCG zugehörige Bedienstete werden handverlesen für die raren Ausbildungsplätze ausgewählt.<sup>1</sup> Das ist möglich, weil Intransparenz bei Auswahlverfahren diese Willkür zulässt. Nicht immer gibt es ein offizielles Auswahlverfahren für Ausbildungsplätze und dort, wo es eines gibt, werden die Ergebnisse nicht veröffentlicht. So erfahren Bewerber:innen nicht, weshalb sie für einen Ausbildungsplatz nicht genommen wurden und haben daher auch keine Möglichkeit sich zu verbessern, um bei der nächsten Bewerbung bessere Chancen zu haben. Es gibt auch Fälle, bei denen es zwar ein Auswahlverfahren gegeben hat, aber dennoch Bedienstete aufgenommen wurden, die daran gar nicht teilnahmen. Der Willkür sind keine Grenzen gesetzt, weil nicht transparent und nachvollziehbar ist, wer weshalb für einen Ausbildungsplatz genommen wurde.

Das Perfide: Du kommst auch in weiterer Folge nicht weiter. Denn in den Ausschreibungen für interessante Posten werden genau diese Ausbildungen gefordert, die politisch handverlesene Personen absolviert haben.

Im U-Ausschuss hat eine Person als Auskunftsperson ausgesagt, bei der es zu besonders auffälligen Umgehungsstrukturen kam, um ihr einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen: Michael Takacs.<sup>2</sup> Wie er selbst sagte, war er als "freier Studierender" an der FH Wiener Neustadt, um die beiden Studiengänge "Polizeiliche Führung" (den Bachelor) und "Strategisches Sicherheitsmanagement" (den Master) zu absolvieren:

Da möchte ich auch noch ergänzen, weil es da auch ein paar Medienfragen, beziehungsweise Aufwürfe gibt: Ich habe sehr wohl die Offiziersausbildung gemacht, ich habe aber die Prüfung nicht gemacht, weil ich die Prüfung nicht machen durfte – dass wir das gleich einmal festhalten!

**Verfahrensrichter-Stellvertreterin Mag. Christa Edwards:** Warum durften Sie nicht?

**Michael Takacs, BA MA MSc:** Weil ich bei meinem Studium polizeiliche Führung nicht als Polizist dort war, sondern als freier Studierender von der Hochschule zugelassen.

<sup>1</sup>FCG steht für "Fraktion christlicher Gewerkschaft" und ist die ÖVP-Gewerkschaft.

<sup>2</sup> Michael Takacs ist heute Bundespolizeidirektor. Er arbeitete für Mikl-Leitner, Sobotka, Edtstadler, Nehammer und Karner im Kabinett und wurde letztlich sogar stv. Kabinettschef und kurzzeitig Flüchtlingskoordinator.

<sup>3</sup> 653/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 6 von 65; Michael Takacs.

Der reguläre Weg, einen der stark reglementierten Plätze des BMI in den genannten Studiengängen zu ergattern, wäre ein anderer. Hierfür bedarf es den “E2a-Kurs” und ein bestandenes Aufnahmeverfahren.<sup>4</sup> In Kombination mit der Offiziersprüfung ist dies der Weg im BMI zum Polizeioffizier.

**Michael Takacs, BA MA MSc:** Ich versuche noch einmal, es zu erklären: Wenn man Offizier im Innenministerium werden möchte, muss man einerseits ein Auswahlverfahren im Innenministerium bestehen und man muss sich für ein Assessmentcenter auf der Hochschule qualifizieren. Ich habe die Offiziersaufnahmeprüfung nicht gemacht, weil ich dazu gar nicht berechtigt war, zu diesem Zeitpunkt die Offiziersaufnahmeprüfung zu machen, weil ich keinen dienstführenden Dienstgrad gehabt habe.

Aber es besteht die Möglichkeit, dass sie auch aus dem Innenministerium – das sind ja Plätze vom Innenministerium – Personen entsenden, die das Studium absolvieren, weil es für die Organisation wertvoll ist, auch wenn sie damit nicht die Offiziersausbildung machen. Da gibt es mehrere Fälle, da bin ich kein Einzelfall. Und ja, ich war – und das ist das, was ich vorher gesagt habe – externer Interner. Ich war bei diesem Studium natürlich auf Dienstzeit, weil ich ja vom Innenministerium entsandt wurde, aber nicht mit dem Ziel, dass ich dort die Offiziersausbildung, die Prüfung mache, weil das ja rechtlich gar nicht vorgesehen war.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Haben Sie – weil Sie jetzt so oft Assessmentcenter gesagt haben – das Aufnahmeverfahren der FH Wiener Neustadt für das Studium polizeiliche Führung durchlaufen? (*Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.*)

**Michael Takacs, BA MA MSc:** Frau Abgeordnete, es gibt ein Auswahlverfahren für Dienstführende für den Offizierskurs seitens des Innenministeriums, und dann gibt es gleichzeitig noch auf der FH Wiener Neustadt das Studienberechtigungsauswahlverfahren. Ich habe das Studienberechtigungsauswahlverfahren auf der FH Wiener Neustadt gemacht mit all diesen Punkten, aber nicht die Punkte, die Offiziere zusätzlich brauchen.

Bei Michael Takacs wandte man eine Mischform an: er hatte den E2a-Kurs **nicht**, man schickte ihn aber dennoch als BMI-Teilnehmer vom Ministerium finanziert und während der Dienstzeit an die FH. Ein problematischer Vorgang - schließlich müssen alle anderen BMI-Teilnehmer:innen die Offiziersaufnahmeprüfung bestehen und in weiterer Folge auch die Aufnahmeprüfung der FH. Herr Takacs umging ersteres und absolvierte nur letzteres. Erstaunlich ist, dass er heute dennoch auf einem sogenannten “Offiziersposten” (E1-Posten) sitzt. Dies erklärte er damit, dass er als studierter Polizist der Verwendungsgruppe A1 angehört, egal welches Studium absolviert wurde. Und nach dem BDG sei es möglich, als A1 “abgestuft” zu werden, auf einen E1-Posten. So sitzt Herr Takacs mit einigen unschönen Tricks, viel Hauruck und Rückendeckung durch das BMI auf einem Offiziersposten, ohne die Offizierslaufbahn durchlaufen zu haben:

<sup>4</sup> der dienstführenden Kurs bei der Polizei

<sup>5</sup> 653/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 16 von 65; Michael Takacs.

<sup>6</sup> 653/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 18 von 65; Michael Takacs.

**Verfahrensrichter-Stellvertreterin Mag. Christa Edwards:** Mir sagt jetzt A1 und E1 ehrlich gesagt nichts. Für mich hat sich nur eben diese Frage gestellt – Sie haben jetzt die Umstände gesagt, aber –: Warum hat es Überlegungen und dann auch Maßnahmen gegeben, dass jemand, der nicht Polizeioffizier ist, einen Posten bekommt, den ansonsten offensichtlich ein Polizeioffizier bekommen hätte? *(Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Michael Takacs, BA MA MSc:** Das kann ich leicht aufklären. Das ist eindeutig im BDG so vorgesehen. Das heißt, wenn man in einer Verwendung eines höheren Dienstes ist, das sind

[www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

6 von 65

653/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké

diese Ministerialräte, Hofräte, Oberräte und dergleichen, eine mindestens zweijährige polizeiliche Grundausbildung hat, auch wenn man dann keinen dienstführenden Kurs gemacht hat, keinen Offizierskurs gemacht hat, aber einen Abschluss von einer Hochschule hat oder ein Studium hat, egal in welcher Richtung, dann kann man sich jederzeit auf derartige Posten bewerben, auch wenn man die Offiziersausbildung nicht mit der Prüfung abgeschlossen hat.

Ein unbefriedigender Zustand und ungerecht im Vergleich zu all den anderen Polizist:innen, die redlich versuchen, die Karriereleiter zu erklimmen und sich dafür weiter- und ausbilden.

<sup>7</sup> 653/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 5-6 von 65; Michael Takacs.

## 2. Ausschreibung anpassen

### ***Stell dir vor...***

...du möchtest dich auf eine wichtige Position in der öffentlichen Verwaltung bewerben. Du rechnest aufgrund deiner Qualifikationen mit der Einladung zu einem Bewerbungsgespräch. Doch es kommt anders, denn du liest schon bald in der Zeitung, dass ein gut vernetzter Beamter den Job erhalten hat. Hearings wurden gar nicht erst durchgeführt. Denn im Ministerium weiß man schon, wen man auf dem auszuschreibenden Posten sehen möchte. Um sicherzugehen, dass die gewünschte Person als am besten geeignet aus dem Bewerbungsverfahren hervorgeht, wird ihr Lebenslauf als Referenz für den Ausschreibungstext herangezogen, anstatt dass man sich an den Anforderungen des Postens orientiert. Das wohl bekannteste Beispiel ist der Fall des ehemaligen ÖBAG-Chefs Thomas Schmid, der den Ausschreibungstext für sich selbst anpassen ließ.<sup>8</sup>

Eine solche Ungereimtheit im Ausschreibungstext fiel aber auch bei Eduard Müller, Chef der Finanzmarktaufsicht, auf. Im Ausschreibungstext wurde von den bisher verwendeten Texten abgewichen und ein neuer Passus eingefügt.

---

<sup>8</sup> <https://orf.at/stories/3174207/> abgerufen am 2.1.2023.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut. Wann haben Sie die Ausschreibung für die FMA gesehen?

**Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA:** Weiß ich nicht mehr.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Wie haben Sie erfahren, dass die Position ausgeschrieben ist?

**Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA:** Wahrscheinlich aus der Zeitung, oder irgendwer hat mir das gesagt. Ich nehme an, dass das auch wahrscheinlich der Aufsichtsratsvorsitzende, wer auch immer, war. Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie dann in der „Wiener Zeitung“ nachgeschaut, um den Ausschreibungstext anzusehen?

**Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA:** Ja, natürlich, ja. Ich glaube, den habe ich mir sogar kopiert, denn den habe ich irgendwo in meinen Unterlagen. Ob ich es aber quasi durch Recherche oder durch einen Hinweis erfahren habe, das weiß ich nicht mehr. Aber ich weiß, dass ich mir den Ausschreibungstext kopiert habe, weil der in meinem quasi Personalakt drinnen liegt, also in meinem persönlichen, wo ich auch meine Bewerbung drinnen habe.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Haben Sie Wahrnehmungen, dass der Ausschreibungstext das erste Mal seit Bestehen der Finanzmarktbehörde geändert wurde, weil Sie sich sonst nie hätten bewerben dürfen oder formal die Ausschreibungsbedingungen nicht erfüllt hätten?

**Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA:** Nein. In welchem Punkt?, würde mich jetzt tatsächlich interessieren.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ist Ihnen nicht aufgefallen?

**Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA:** Nein, weil ich die vorherigen Ausschreibungen auch nicht kannte.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Mhm. Ich kann Ihnen die Ausschreibungen bis ins Jahr 2004 vorlegen, ich lege Ihnen gleich alle vor: 2004, 2007, 2013. Da wurde immer die „langjährige Berufserfahrung in einem der unter Punkt 2 genannten Bereiche“ verlangt, und das sind die Aufsichtsbereiche „Bankenaufsicht, Versicherungsaufsicht oder Wertpapieraufsicht“. *(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)*

Also: „langjährige Berufserfahrung in einem der unter Punkt 2 genannten Bereiche“. In Ihrer Ausschreibung steht plötzlich erstmals seit Bestehen dieser Behörde: „langjährige

9

---

<sup>9</sup> 458/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 35 von 75; Eduard Müller.

Berufserfahrung im öffentlichen Bereich oder in mindestens einem der unter Punkt 2 genannten Bereiche“.

Der Text dieser Ausschreibung ist verändert worden, denn sonst hätten Sie nämlich formal gleich ausgeschieden werden müssen. – Wer hat diese Ausschreibung geschrieben?

**Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA:** Das müssen Sie die ausschreibende Behörde fragen, aber ich glaube, dass die ursprüngliche Ausschreibung wahrscheinlich ja sowieso nicht gepasst hätte, aber das ist jetzt auch nur - - Es steht mir auch nicht zu, das zu bewerten, aber es gibt ja verschiedene Aufgabenbereiche, die im Laufe der Finanzmarktaufsichts- -

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Entschuldigen Sie, konzentrieren Sie sich bitte bei der Beantwortung auf meine Frage. Meine Frage war: Wer hat die geschrieben?

**Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA:** Ja, die habe ich beantwortet. Ich - -

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Das wissen Sie nicht, okay. – Wer war in der Personalbesetzungskommission? (*Abg. Hanger: Zur Geschäftsbehandlung!*)

**Dipl.-Kfm. Eduard Müller, MBA:** In der Personalbesetzungskommission war der Aufsichtsrat vertreten.

10

Besonders heikel wirkt der Passus angesichts Müllers vorangegangener interimistischen Vorstandsbestellung bei der FMA durch Finanzminister Gernot Blümel.<sup>11</sup> Müller konnte sich in der Befragung den veränderten Ausschreibungstext nicht erklären. Fakt ist jedoch: Ohne das Einfügen des Passus hätte Müller nie zum Chef der FMA bestellt werden können.

<sup>10</sup> 458/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 36 von 76; Eduard Müller.

<sup>11</sup> <https://www.bmf.gv.at/presse/pressemeldungen/2020/jaenner/mueller-fma.html> abgerufen am 2.1.2023.

### 3. Gesteuerte Begutachtungskommissionen

#### **Stell dir vor...**

...du hast als Beamter schon einen langen Karriereweg hinter dir. Mit all der Arbeitserfahrung, die du vorweisen kannst, möchtest du dich für die Position einer Führungskraft bewerben. Ein logischer Schritt, mit dem auch dein Arbeitsumfeld gerechnet hat, da du jahrzehntlang in der Abteilung gearbeitet hast und die Arbeitsabläufe so gut kennst wie niemand anderer. Du hast unter vielen Minister:innen gearbeitet, hast dich aber parteipolitisch nie vereinnahmen lassen. Nicht einmal einer Gewerkschaftsfraktion bist du beigetreten, um dich nicht auf einer Seite zu positionieren. Es kommt der Tag, an dem du dein Hearing vor der Begutachtungskommission hast.

Du erwartest dir, vor eine objektive Jury zu treten, die sich alle Bewerber:innen gewissenhaft anhört und ein objektives Gutachten erstellt, ganz so, wie es das Gesetz vorsieht.

Du betrittst gut vorbereitet den Raum, doch die Fragen, die dir gestellt werden, sind ganz anders als erwartet. Deine berufliche Erfahrung in der Abteilung wird nicht honoriert und die Fragen erinnern an das "Rausprüfen" an der Uni und haben in einem Bewerbungsgespräch nichts verloren. Wenig später erfährst du, dass überraschend ein Beamter aus einer ganz anderen Abteilung der neue Abteilungsleiter wird. Er hat zwar weit weniger Berufserfahrung als du, doch dafür ist er ÖVP-Mitglied und hat deshalb mächtige Fürsprecher hinter sich.

Aber wie konnte das passieren? Nun, die Begutachtungskommission war nur scheinbar unabhängig, denn in Wahrheit hatte sie einen politischen Auftrag zu erfüllen.

Diese Kommissionen zur Bestellung von Positionen in den Ministerien für die Leitung einer Abteilung oder noch höher entscheiden also derart, dass sie Personen Posten verschaffen, die nicht die bestgeeigneten, sondern die politisch gewünschten waren. Sie bestehen grundsätzlich aus vier Mitgliedern mit Stimmrecht und einer Person aus der Gleichbehandlungskommission ohne Stimmrecht. Von den vier Mitgliedern mit Stimmrecht kommen zwei aus der Personalvertretung, die anderen beiden – darunter der Vorsitzende der Auswahlkommission – werden direkt von der/dem Minister:in ausgewählt. Dadurch kann der/die Minister:in starken Einfluss ausüben. Dem Vorsitzenden kommt ein Dirimierungsrecht zu: Das bedeutet, dass bei Stimmgleichheit die Stimme der/s Vorsitzenden ausschlaggebend ist.

Die Position der Mitglieder der Begutachtungskommissionen ist schwach abgesichert: Auch wenn sie für ihre Tätigkeit in dieser (formell) weisungsfrei gestellt sind, bestehen Abhängigkeitsverhältnisse, weil sie in ihrem „Brotberuf“ in die Linie des Ministeriums eingegliedert sind. Sie sind auch vom Wohlwollen hierarchisch übergeordneter Personen abhängig – um kein schlechtes „Standing“ gegenüber den eigenen Chefs zu erfahren, ist es aus karrieretaktischen Gründen klüger, den oft schon zuvor über den "Flurfunk" oder von Angehörigen des Kabinetts als Ministerwunsch kolportierten Namen nach vorne zu reihen. Andererseits müssen sie befürchten, von Beamtenkolleg:innen abhängig zu sein, die selbst einmal eine Begutachtungskommission bekleiden könnten, in der man selbst als Bewerber:in auftritt. Dieses gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis begünstigt in den „unabhängigen“

Begutachtungskommissionen ein Klima, in dem es für die eigene Karriere zuträglicher ist, die von Kabinett und Minister:in gewünschten Kandidat:innen als am besten geeignet zu reihen, als eine Reihung strikt nach Qualifikation vorzunehmen.

Nach außen kann der/die Minister:in aber auf die „unabhängige“ Kommission verweisen und ist fein raus.

Medial bekannt wurde der Fall des Finanzamts Braunau Ried Schärding, er entlarvt das scheinheilige System „unabhängiger“ Kommissionen.<sup>12</sup> Hier wurde als Vorstand für das Finanzamt ein ÖVP-Bürgermeister bestgereiht und schlussendlich auch mit dem Job betraut, der gegenüber der interimistischen Chefin minder qualifiziert war. Der Bestellung voran ging eine Intervention von ÖVP-Abgeordnete August Wögingers beim damaligen Generalsekretär des Finanzministeriums Thomas Schmid.<sup>13</sup> Letzterer sagte in seiner umfangreichen und geständigen Einvernahme vor der WKStA aus, dass dies eine „ausschließlich parteipolitisch motivierte“ Postenbesetzung war:

---

<sup>12</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000136537407/causa-woeginger-tuerkise-postenbesetzung-mit-bauchweh> abgerufen am 24.1.2023.

<sup>13</sup> Wöginger ist heute Klubobmann der ÖVP und seit 2002 Nationalratsabgeordneter.

WÖGINGER hat sich ganz konkret dafür eingesetzt, dass Mag. L. [REDACTED] Vorstand des Finanzamtes Braunau Ried Schärading wird. Ich habe mich für dieses Anliegen für WÖGINGER eingesetzt, weil es ihm so ein wichtiges Anliegen war und mir wiederum ein gutes Verhältnis zu WÖGINGER wichtig war.

Nachdem das für WÖGINGER so ein besonderes Anliegen war, dass Mag. L. [REDACTED] diese Vorstandsposition bekommen sollte, habe ich mir dann im BMF den Stand des Ausschreibungs- oder Besetzungsverfahrens dieser Vorstandsposition berichten lassen.

In weiterer Folge habe ich dann mit dem Vorsitzenden des Zentralausschusses, H. [REDACTED] B. [REDACTED] mit dem ich laufend Termine hatte, auch in anderen Angelegenheiten, auch diese Personalsache besprochen. Ich habe B. [REDACTED] ausdrücklich gebeten, dass er sich für Mag. L. [REDACTED] einsetzen soll. Ich habe ihm auch kommuniziert, dass das ein besonderer Wunsch von WÖGINGER sei, dass Mag. L. [REDACTED] ein ÖAAB-Mitglied sei und dass das ganz wichtig wäre, weil sich das WÖGINGER stark wünsche.

Die Leistungskennzahlen des Finanzamtes Braunau Ried Schärading habe ich mir nicht angeschaut, das war für mich nicht wichtig. Mir ging es darum, das Anliegen von WÖGINGER zu unterstützen.

Mir war bewusst, dass ich mit einem ausschließlich parteipolitisch motivierten Anliegen von WÖGINGER zu tun hatte. Ich habe dessen Personalwunsch Mag. L. [REDACTED] deshalb unterstützt, weil es das Anliegen eines Parteifreundes war. Mir ist bewusst, dass ich aus parteipolitischen Erwägungen gehandelt habe und nicht aus sachlichen.

Mit der fachlichen Qualifikation oder der fachlichen Eignung von Mag. L. [REDACTED] für diese Vorstandsposition habe ich mich damals überhaupt nicht befasst. Das war kein Thema für mich.

WÖGINGER hat mehrmals mir gegenüber gesagt, dass Mag. L. [REDACTED] ein ÖVP-Bürgermeister und Freund aus dem ÖAAB sei, dessen berufliches Fortkommen innerhalb der Finanzverwaltung ihm, WÖGINGER, ein besonderes Anliegen sei.

14

Doch wie kann auf eine angeblich völlig unabhängige Begutachtungskommission Einfluss geübt werden, um den gewünschten Kandidaten als am besten geeignet zu platzieren? Dies beginnt schon mit der Besetzung der Kommission selbst. Von den vier stimmberechtigten Mitgliedern ist bekannt, dass der Vorsitzende der Begutachtungskommission selbst ÖVP-Mitglied und mit einer ÖVP-Politikerin

<sup>14</sup> AZ 5/19 d; ON 3047a, S.62.

verheiratet ist.<sup>15</sup> Die Personalvertreterin ist ebenso aktives ÖVP-Mitglied und gehört der FCG an.<sup>16</sup> Der zweite Personalvertreter gehört gleichfalls der FCG an. Die Kommission war also entsprechend türkis aufgestellt und die Dinge nahmen den gewünschten Lauf.

Schmid stellte in seiner Einvernahme klar den Zusammenhang zwischen Wögingers Intervention und der Entscheidung der Begutachtungskommission dar: *“Aus der Formulierung ‘Der Bürgermeister schuldet dir was’ ist klar erkennbar, dass Mag. L diese Entscheidung der Begutachtungskommission alleine dem Umstand verdankt hat, dass Wöginger sich für ihn eingesetzt hat und wir, B. und ich, ihn dabei unterstützt haben”*.<sup>17</sup>

Das Bundesverwaltungsgericht stellte später fest, dass die interimistische Leiterin die am besten geeignete Bewerberin für den Job war. Und obwohl all die Vorgänge auch dank Chats gut dokumentiert sind, erhielt Frau Scharf lediglich eine Entschädigung von 5.000 Euro.<sup>18</sup>

Ein weiterer Fall einer problematischen Zusammensetzung einer Begutachtungskommission ist jener rund um den ehemaligen Justizminister und Vizekanzler Wolfgang Brandstetter.<sup>19</sup> Im Zuge einer Umstrukturierung im BMJ musste eine Abteilungsleitung neu besetzt werden. Der bisherige Abteilungsleiter bewarb sich neu um seine Stelle. Brandstetter höchstpersönlich besetzte die dafür notwendige Kommission und zwar unter anderem mit sich selbst und seinem Chauffeur. Der bisherige Abteilungsleiter wurde nicht erneut bestellt und zum einfachen Referenten degradiert.

Vor dem Bundesverwaltungsgericht bekam der Übergangene Recht: Sowohl die Abberufung, als auch die Versetzung seien unsachlich und willkürlich erfolgt.<sup>20</sup> Gerhard Nograth, der für die Personalverwaltung an Gerichten und Staatsanwaltschaften zuständige Abteilungsleiter, schilderte im U-Ausschuss seine Wahrnehmungen zu dem Fall. Er selbst hatte sich beim Dienststellenausschuss über die unsachgemäße Zusammensetzung der Begutachtungskommission beschwert:

<sup>15</sup> <https://www.profil.at/investigativ/causa-woeginger-politische-einflussnahme-auf-jobbesetzungen/402144360> abgerufen am 3.1.2023.

<sup>16</sup> FCG = Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter (die Gewerkschaftsfraktion der ÖVP).

<sup>17</sup> AZ 17St 5/19 d; ON 3047a, S.73.

<sup>18</sup> [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/I/I\\_01040/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/I/I_01040/index.shtml) Näheres dazu im Fraktionsbericht der NEOS zum Ibiza-Untersuchungsausschuss in dem Kapitel: “Für transparente Postenbesetzungen” S.130.

<sup>19</sup> <https://kurier.at/politik/inland/postenschacher-neue-ermittlungen-gegen-ex-justizminister-brandstetter/401902216> abgerufen am 24.1.2023

<sup>20</sup> <https://kurier.at/politik/inland/postenschacher-neue-ermittlungen-gegen-ex-justizminister-brandstetter/401902216> abgerufen am 3.1.2023.

**Abgeordneter David Stögmüller (Grüne):** Über was hat er sich beschwert?

**Mag. Gerhard Nograth, LL.M. Eur.:** Ich habe mich beschwert. Ich war der Meinung, dass das keine angemessene Zusammensetzung einer solchen Kommission ist.

**Abgeordneter David Stögmüller (Grüne):** Sie haben so eine Kommission - - Warum haben Sie das so wahrgenommen?

**Mag. Gerhard Nograth, LL.M. Eur.:** Na ja, weil sie ganz anders zusammengesetzt war als diese Kommissionen – sind ja keine gesetzliche Kommissionen –, als diese Gremien üblicherweise zusammengesetzt sind.

**Abgeordneter David Stögmüller (Grüne):** Sie meinen den Chauffeur?

**Mag. Gerhard Nograth, LL.M. Eur.:** Ich meine den Chauffeur.

**Abgeordneter David Stögmüller (Grüne):** Das haben Sie vorher noch nie erlebt?

**Mag. Gerhard Nograth, LL.M. Eur.:** Nein.

21

Im Finanzministerium untersucht die WKStA aktuell weitere Fälle möglicher Einflussnahme auf die Begutachtungskommissionen. Für den Leiter des Amtes für Betrugsbekämpfung wurden in der Kommission drei Personen als im höchsten Ausmaß geeignet gereiht. Der Vorsitzende der Kommission war kein Unbekannter: Dietmar Schuster, Generalsekretär im BMF und somit ranghoher Beamter.<sup>22</sup> Teil der Kommission war auch Erika Reinweber, eine mittlerweile pensionierte hohe Beamtin in BMF und Herr Bayer, der Dienstnehmervertreter. Frau Reinweber gab in ihrer Zeugeneinvernahme durch die WKStA bekannt, dass sie zusammen mit Herrn Bayer zwei mal in einer Begutachtungskommission tätig war und in diesen *„gemeinsam gegen politisch gewollte Bewerber oder Umstände eintraten“*.<sup>23</sup> Bezugnehmend auf die Kommission zur Bestellung eines Leiters des Amtes für Betrugsbekämpfung gab Frau Reinweber weiters bekannt, dass sie *„gemeinsam mit Herrn Bayer, Mag. S. (einen damaligen Mitarbeiter des Kabinetts HBMF [Anmerkung: Herr Bundesminister für Finanzen] nicht als am besten geeigneten Kandidaten qualifiziert habe, sondern Herrn H., der dann auch Leiter des Amtes wurde. Es waren insgesamt drei Personen im höchsten Maß geeignet gereiht. Dazu gehörten der erstgereichte H., der zweitgereichte A. und der drittgereichte S. GS [Anmerkung: Generalsekretär] Dr. Schuster, als Vorsitzender dieser Begutachtungskommission, wollte dann, dass wir keine Empfehlung für den BM [Anmerkung: Bundesminister] abgeben. Bayer und ich haben aber damals explizit darauf gedrängt, dass H. dem BM als Vorstand des ABB [Anmerkung: Betrugsbekämpfungsbehörde] vorgeschlagen wird. Mag. H. ist Finanzstrafexperte“*.<sup>24</sup> Herr Schuster bedauerte im U-Ausschuss ebenfalls für Hacker gestimmt zu haben und, dass er auch für die Reihung der bestgereihten Bewerber:innen war - anders als dies die pensionierte Beamtin vor der WKStA unter Wahrheitspflicht aussagte:

<sup>21</sup> 521/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 23 von 56; Gerhard Nograth.

<sup>22</sup> mittlerweile wurde der Posten des Generalsekretärs im BMF aufgelöst; siehe zur weiteren Information: <https://www.tt.com/artikel/30826345/finanzministerium-schafft-generalsekretaer-ab> (abgerufen am 9.1.2023).

<sup>23</sup> 552/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 20 von 69; Dietmar Schuster.

<sup>24</sup> 552/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 20 von 69; Dietmar Schuster.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Ja, aber laut der Zeugin: Herr Seel drittgeriht und Sie wollten nicht, dass der Vorschlag dem Minister so bekannt wird – und das erinnert schon auch ein bisschen an die Strategie bei Herrn Sidlos Bestellung.

**Dr. Dietmar Schuster, MBA:** Ich verstehe die Aussage der damaligen interimistischen Sektionsleiterin nicht. Für mich war der jetzige Leiter, den ich auch seit Jahren sehr, sehr gut

[www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

552/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké

21 von 69

kenne, und deswegen habe ich ihm auch die höchste Punkteanzahl gegeben, von allen Kandidaten im höchsten Ausmaß auch die meisten Punkte - -

25

Hier stehen zwei Aussagen gegenüber, die einander widersprechen.

---

<sup>25</sup> 552/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 20-21 von 69; Dietmar Schuster.

## 4. Einflussnahme auf Bewerber:innen

Wenn die politischen Netzwerke beim Einfluss auf die Kommissionen nicht sicher sein können, etwa weil dort in der Justiz tatsächlich unabhängige Personen sitzen, wird schon bei den Bewerbungen angesetzt. Mit den richtigen Gegenkandidat:innen lässt sich alles Mögliche erreichen.

So geschehen in der Causa "Marek". Damals war Wolfgang Brandstetter Justizminister und musste eine:n neue:n Oberstaatsanwält:in für die OStA Wien bestellen.<sup>26</sup> Im Jahre 2014 bewarben sich um die Stelle drei Top-Juristinnen, Eva Marek, Maria-Luise Nittel und Ilse Vrabl-Sanda, sowie ein weiterer Jurist; allesamt waren sie hochqualifiziert. Die Begutachtungskommission tat ihre Arbeit, hörte die Bewerber:innen an und reihte sie nach Qualifikation. Brandstetter entschied sich für die **zweit**platzierte Eva Marek. Grundsätzlich ist dies möglich und erlaubt, da der Minister nicht an die Reihung der unabhängigen Kommission gebunden ist. Jedoch darf er sich nicht von sachfremden Interessen leiten lassen und die Entscheidung muss begründet sein. Genau diese Begründung kam einem Sektionschef im BMJ ungewöhnlich vor, denn sie war nicht nur besonders lang, sondern es dürfte auch Brandstetter höchstpersönlich die Begründung mitgeliefert haben:

**Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne):** Guten Tag, Herr Pirker! Darf ich Sie nochmals fragen: Sie waren ja zum Zeitpunkt der Bestellung von Eva Marek zur Oberstaatsanwältin im Kabinett als Kabinettschef tätig – welche Wahrnehmung haben Sie denn dazu?

**Dr. Alexander Pirker, MBA:** Na ja, also ich habe mir den Akt jetzt im Vorhinein durchgelesen, wie das damals aufgekommen ist mit der Bestellung und mit den Chats, was in den Medien war.

Es hat damals ein Hearing gegeben, das ist sozusagen nachvollziehbar, da war ich auch anwesend. Ehrlicherweise habe ich mich nicht einmal an das erinnern können, ob ich anwesend war oder nicht. **Aus dem Akt geht hervor, dass nach dem Hearing der Minister direkt dem Abteilungsleiter mitgeteilt hat, dass Marek zu ernennen ist, so wie im Akt ersichtlich ist, samt Begründung. Das kommt mir ein bisschen komisch vor, ich glaube eher, dass die Begründung wohl der Abteilungsleiter mitverfasst hat, aber das kann ich jetzt nicht sagen.**

**Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne):** Minister Brandstetter.

**Dr. Alexander Pirker, MBA:** Ja, im Akt steht drinnen: **Minister Brandstetter hat mich oder Nogradnig, also inzwischen Abteilungsleiter, beauftragt, mit folgender Begründung die Ernennung vorzubereiten.**

**Abgeordnete Mag. Nina Tomaselli (Grüne):** Sie gehen von der Art der Formulierung aber davon aus, dass möglicherweise der Abteilungsleiter oder eine dritte Person bei der Formulierung mitgeholfen hat?

**Dr. Alexander Pirker, MBA:** Oder dass es ein gemeinsames Produkt ist, keine Ahnung. *(Abg. Tomaselli: Mhm!)* **Aber es ist eine sehr lange Begründung. Deswegen ist das eher ungewöhnlich.**

27

28

<sup>26</sup> Die Oberstaatsanwaltschaft Wien spielt in der Korruptionsbekämpfung eine wichtige Rolle, da sie die Arbeit der politisch heiklen Korruptionsverfahren der WKStA kontrolliert.

<sup>27</sup> 509/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 30 von 54; Alexander Priker.

<sup>28</sup> 509/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 31 von 54; Alexander Priker.

Diese besonderen Umstände offenbaren in Zusammenschau mit den aufgetauchten Chats einen politischen Deal, denn Marek, damals OGH-Richterin, bewarb sich als Leiterin der OStA Wien und nahm dadurch einen beruflichen und finanziellen Abstieg in Kauf - ein weiterer ungewöhnlicher Umstand:

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Ja. Sonst noch irgendetwas Auffälliges im Fall Marek, auch wenn das eigentlich eh schon reicht?

**Mag. Gerhard Nograth, LL.M. Eur.:** Also damals war der - - Abgesehen von der Überraschung über die Bewerbung an sich, die ja mit einem finanziellen Minus verbunden war, damals nichts Auffälliges.

29

Der Grund für Mareks späte Bewerbung um den Posten lag darin, die beiden nicht genehmen Kandidatinnen Nittel und Vrabl-Sanda zu verhindern. Brandstetter versprach ihr dafür im Gegenzug die Leitung der Generalprokuratur, welche zwei Jahre später zur Ausschreibung gereichte. Doch obwohl Marek ihre Schuldigkeit getan hatte, wurde sie nicht Leiterin der Generalprokuratur. In einer wütenden SMS an Brandstetter verschafft sie ihrem Frust Luft: *„Lieber Wolfgang! Danke Dir für die peinliche Vorführung in der Perskomm [Personalkommission]. DANKE für das Einhalten unserer Gespräche und dass [sic!] ich Dir aus einer ausweglosen Situation helfen dürfte [sic!]. SPRICH Nittel und Vrabl verhindert werden mussten. Deine Leute sind alle versorgt. Neben der unfassbaren Demütigung und dem Verlust meiner höchststrichterlichen Laufbahn habe ich schwere Gehaltseinbußen hinzunehmen. Du hast mich am Tulbingerkogel noch zur Bewerbung aufgefordert. Hast nicht einmal den Weg zum Telefon gefunden, mich vor der Schmach zu bewahren. Herzlichen Dank, Eva“*.<sup>30</sup> Angesprochen auf den Inhalt dieser SMS im U-Ausschuss beteuerte Marek sich nicht daran erinnern zu können und selbst von ihrer damaligen Wortwahl, welche sie nun in den Medien las, *„sehr betroffen“* gewesen zu sein.<sup>31</sup> Auch konnte sich Marek nicht mehr daran erinnern, was sie mit dem Satz *„deine Leute sind alle versorgt“* meinte und warum eine Bewerbung eine *„peinliche Vorführung“* sei:

<sup>29</sup> 521/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 31 von 56; Gerhard Nograth.

<sup>30</sup> <https://zackzack.at/2022/01/19/bmi-chats-1-schwarze-netzwerke-in-der-justiz/> abgerufen am 3.1.2023.

<sup>31</sup> 514/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 9 von 53; Eva Marek.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Können Sie den Satz „Deine Leute sind alle versorgt“ erklären?

**Mag. Eva Marek:** Was kann ich damit? (*Abg. Krisper: Erklären!*) – Erklären? Nein, keine Ahnung.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Gut. Dann waren Sie ja auch sehr aufgebracht: „Du hast mich am Tulbingerkogel [...] zur Bewerbung aufgefordert“ – ich bin jetzt bei der Bewerbung für die Leiterin der Generalprokuratur –, „Danke [...] für die peinliche Vorführung“. – So, als könnten Sie davon ausgehen, dass Sie, wenn Sie Herr Brandstetter zu einer Bewerbung auffordert, es werden.

**Mag. Eva Marek:** Nein, das kann ich natürlich nicht.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Ja, das denke ich mir auch.

**Mag. Eva Marek:** Eben, dann sind wir eh einer Meinung.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Wie kann es dann aber eine „peinliche Vorführung“ sein? Man wird aufgefordert, man nimmt die Motivation an, bewirbt sich, und wenn man es nicht wird, wird man es nicht. Was ist daran peinlich?

**Mag. Eva Marek:** Ich bin ganz bei Ihnen. Es ist an sich gar nicht peinlich, ich war offenbar emotional.

32

Brandstetter antwortete auf die erzürnte SMS von Marek jedoch nicht mit Verwunderung, wie man es annehmen könnte, hatte er doch im U-Ausschuss mehrfach betont, keinen parteipolitischen Deal verfolgt zu haben:

---

<sup>32</sup> 514/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 10 von 53; Eva Marek.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Mhm. Dann möchte ich noch kurz bei dem Dokument nachhaken, in dem Marek Ihnen geschrieben hat: „DANKE [...] dass ich Dir aus einer auswegslosen Situation helfen dürfte. SPRICH Nittel und Vrabl verhindert werden mussten.“

Sie haben sie danach zu einem Gespräch ins Büro gebeten. Ich möchte es doch vorlegen, bitte – Nummer 1, Seite 35 (*die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück*) –, denn als ich das das erste Mal las, dachte ich, es kommt vielleicht schriftlich die Reaktion: Wovon sprichst du? Wie kann das nur sein? Wovon redest du? Was glaubst du?

www.parlament.gv.at

467/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké

59 von 78

Sie antworten aber: „Liebe Eva ! Ich habe noch nichts Schriftliches von der PersKom“ – Personalkommission –, vor allem keine Begründung. Man hat mir natürlich das Ergebnis gesagt. Für mich auch überraschend. Ich denke, wir sollten reden. Aber nicht an Telefon.“

**Dr. Wolfgang Brandstetter:** Frau Abgeordnete, ich denke, mein letzter Satz ist nach all den Erfahrungen, die ich gemacht habe, eine sinnvolle Empfehlung. Ich habe nur die persönlich tiefe Enttäuschung und Verbitterung wahrgenommen, die ich mir nicht erklären konnte. Ich war fast ein bisschen erschrocken, und in der Situation habe ich mir gedacht: Nein, ich muss mit ihr persönlich reden und muss ihr das persönlich erklären.

Und ich komme auf das zurück, was ich gesagt habe: Sie war der Meinung, auch wenn sie nur Drittgereihte ist, wäre sie trotzdem die Bestqualifizierte für die Funktion der Generalprokuratorin. Ich konnte diese Meinung einfach beim besten Willen nicht teilen. Ich habe schon gesagt: Wenn sie Erstgereihte gewesen wäre, dann hätte ich – unabhängig davon, dass ich persönlich der Meinung war und bin, dass für die Funktion Kollege Plöchl der Bestgeeignete war – das Gleichbehandlungsrecht natürlich beachten müssen. Dann hätte die Entscheidung wohl anders ausgeschaut oder anders aussehen müssen.

Aber ich wollte ihr das persönlich erklären, weil ich mir ehrlich gesagt auch nicht erklären konnte -- Ich meine, das ist so eine emotionale Äußerung, die da plötzlich auf mich hereinprasselt, ich konnte sie nicht einordnen.

Auch dieser Vorwurf, den ich bis heute nicht verstehe: „Deine Leute sind alle versorgt.“ – Ich wusste nicht, woher diese tiefe Enttäuschung kommt. Ja, es war so, und daher habe ich mir gedacht, das muss man in einem persönlichen Gespräch klären, und das haben wir dann auch.

33

Brandstetter beteuerte im U-Ausschuss, dass er Marek als Drittgereihte nicht für die Funktion benennen konnte. Marek versuchte es anschließend auch mit einer SMS bei "Hanni" Mikl-Leitner, was das dichte ÖVP-Netz, bis rein in die Justiz, veranschaulicht: *„Liebe Hanni! Bin von einer erfolgreichen*

<sup>33</sup> 467/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 58-59 von 78; Wolfgang Brandstetter.

Höchstrichterin in zwei Jahren zu einer weitaus schlechter verdienenden Lachnummer der Justiz avanciert. Fühle mich nicht gut. Vielleicht können wir einmal ein Gespräch ausmachen. GIG Eva".<sup>34</sup> Und auch Interventionsversuche über ihren Mann im BMI über die Bande Kloibmüller gereichten ihr nicht zum Erfolg. Brandstetter brauchte sie nicht mehr.

Marek stieg anschließend in der Justiz wieder auf und wurde 2018 Vizepräsidentin des Obersten Gerichtshofs. Nach Bekanntwerden der brisanten Chats zog die Präsidentin des OGH Elisabeth Lovrek Konsequenzen und entzog Marek einvernehmlich alle Leitungs- und sonstigen Aufgaben der Justizverwaltung.<sup>35</sup>

Das Erinnerungsvermögen der Auskunftspersonen Marek und Brandstetter halfen jedenfalls nicht bei der Wahrheitsfindung. Selbst an ein Treffen am Tulbingerkogel konnten sich beide nicht erinnern. Dieser politische Deal wurde nur dank der Korrespondenzen am Handy von Kloibmüller bekannt.<sup>36</sup> Sonst hätte die Öffentlichkeit bis heute nicht erfahren, was für ein parteipolitisches Spiel hinter den Kulissen des Justizministeriums getrieben wurde.

Doch es kann auch noch ein weiteres Beispiel angeführt werden: Im Finanzministerium musste ein Vorstandsposten für Großbetriebsprüfungen nachbesetzt werden.<sup>37</sup> Auch hier hatte der Generalsekretär im BMF, damals Dietmar Schuster, seine Finger im Spiel, denn er bat eine nunmehr pensionierte Finanzbeamtin, die einzig verbliebene Bewerberin dazu zu bringen, ihre Bewerbung zurückzuziehen. So lautet ihre Zeugenaussage vor der WKStA: Es kam *“nach Ende der Bewerbungsfrist - aufgrund des Todesfalls von Mag. W. dazu, dass es nur mehr eine weitere Bewerberin gab. Dabei handelte es sich um Mag. Schloffer-Stampller, die später auch als im höchsten Maße geeignet bewertet wurde. Ich wurde vor der Sitzung der Begutachtungskommission von GS [Anmerkung: Generalsekretär] Dr. Schuster gebeten, dass ich Mag. Schloffer-Stampller dazu bringen solle, die Bewerbung zurück zu ziehen, was ich - weil aus meiner Sicht bedenklich - abgelehnt habe. Ich sagte Dr. Schuster dann, ich könne das nicht tun, er solle es selber tun, was er seinerseits ablehnte. Ich rief dann Mag. Schloffer-Stampller an und sagte, solle sie gebeten werden, die Bewerbung zurückzuziehen, solle sie das nicht tun, da diese Aufforderung meines Erachtens bedenklich sei”*.<sup>38</sup> Konfrontiert mit dieser Zeugenaussage entgegnete Schuster, dass er Bedenken gehabt hätte, wenn nur eine einzige Bewerberin verbleiben würde, die Zeugin aber entgegen ihrer Aussage nicht aufgefordert habe, diese Bewerberin dazu zu bringen, dass diese ihre Bewerbung zurückzieht, sodass die Ausschreibung erneut durchgeführt werden müsste:

<sup>34</sup> <https://zackzack.at/2022/01/19/bmi-chats-1-schwarze-netzwerke-in-der-justiz/> abgerufen am 3.1.2023.

<sup>35</sup> [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6090105/Postenschacher\\_OGHVizepraesidentin-Eva-Marek-zieht-sich-nach](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6090105/Postenschacher_OGHVizepraesidentin-Eva-Marek-zieht-sich-nach) abgerufen am 3.1.2023.

<sup>36</sup> [https://www.falter.at/zeitung/20220119/die-bmi-chat-ffaere--wie-ein-kabinettschef-mit-handy-aus-einem-kanu-ins-wasser-fiel/\\_e5592c5e86](https://www.falter.at/zeitung/20220119/die-bmi-chat-ffaere--wie-ein-kabinettschef-mit-handy-aus-einem-kanu-ins-wasser-fiel/_e5592c5e86) abgerufen am 3.1.2023

<sup>37</sup> <https://orf.at/stories/3273618/> siehe Absatz *“Bewerin ‘zum Rückzug bewegt’?”*; abgerufen am 24.1.2023.

<sup>38</sup> 552/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 21 von 69; Dietmar Schuster.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Ob Sie die Wahrnehmung haben, dass diese Aussage den Tatsachen entspricht?

**Dr. Dietmar Schuster, MBA:** Es gab wie bereits vorhin gesagt nur zwei Bewerbungen. Ein Bewerber war aufgrund seiner beruflichen Erfahrung haushoher Favorit. Es gab jedoch einen wirklich sehr tragischen Unfall, wo er sehr lange im Koma gelegen ist und dann auch verstarb. Aufgrund dieses tragischen Vorfalles gab es dann nur mehr einen Bewerber, und ich kann mich

39

auch sehr gut an dieses Gespräch erinnern. Die für diese Thematik beschäftigte Mitarbeiterin von meinem Büro war da auch dabei. Sie kann das dann auch bestätigen, dass wir drüber gesprochen haben, dass sich sicher viele, sehr viele Kandidaten deswegen nicht beworben haben, weil dieser eine Kandidat, der dann leider tragischerweise verstorben ist, ein klarer Kandidat war Und es ist immer besser - - **Und wir haben dann besprochen, dass es immer besser wäre, wenn sich mehrere Kandidaten bewerben würden.**

Wir haben aber dann auch drüber gesprochen, dass ein neuerliches Bewerbungsverfahren nur *dann* durchgeführt werden kann, wenn es keine Bewerber mehr gibt. Aber: Ich weise aufs Schärfste zurück, dass ich je die damalige interimistische Sektionsleiterin Frau Reinweber aufgefordert habe, sie solle die Bewerbung zurückziehen oder sie soll sich motivieren, zurückzuziehen. Wir haben einfach über das gesprochen, dass es leider diesen tragischen Unfall gab, und dass sich deswegen leider wahrscheinlich – das war halt dann damals das Gerücht – einige nicht beworben haben.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** **Aber Sie haben die Zeugin auch nicht aufgefordert oder ersucht, die Bewerberin dazu zu bringen?**

**Dr. Dietmar Schuster, MBA:** **Nein. Nein,** Frau Abgeordnete. Nein. Wir haben darüber gesprochen. Es war damals ein großes Thema bei uns. Das war ein tragischer Unfall, er war sehr lange im Koma. Wir haben auch damals mit der - - Es hat damals auch Kontakte mit der Ehefrau gegeben. Ich möchte da jetzt nicht weiter darüber sprechen, weil das in persönliche Bereiche von hier nicht anwesenden Personen hineingeht. Das war ein großes Thema damals und da hat es mehrere Gespräche über diesen tragischen Unfall gegeben.

40

Auch hier offenbart sich eine Diskrepanz zwischen Schusters Aussage und jener der von der WKStA unter Wahrheitspflicht vernommenen Zeugin. Spannend ist jedoch, dass Schuster den Umstand, dass es bei einer anderen Ausschreibung nur einen einzigen Bewerber gab, nicht für bedenklich hielt. Dies mag daran liegen, dass **er selbst** der einzige Bewerber war:

<sup>39</sup> 552/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 21 von 69; Dietmar Schuster.

<sup>40</sup> 552/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 22 von 69; Dietmar Schuster.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ)** (zur Geschäftsbehandlung): Die Auskunftsperson hat hier – aufgrund des Vorhalts der Aussage der ehemaligen interimistischen Leiterin der Sektion I im BMF, bei der es um die Vorstandsposition des Finanzamts für Großbetriebe ging – ausgesagt, dass nur noch eine Person im Bewerbungsprozess war, nämlich Mag.<sup>a</sup> Schloffer-Stampller, und er selber der Meinung war, er hätte nicht explizit dazu aufgefordert, zurückzuziehen, aber er wäre der Meinung gewesen, es wäre besser gewesen, weil man für so eine wichtige Position wie den Vorstand des Finanzamts für Großbetriebe mehr als nur eine Bewerbung haben will.

Deswegen war nur meine logische Schlussfolgerung, zu fragen, ob er – wenn er selber der Meinung ist, dass es bei wichtigen Positionen immer gut ist, wenn es mehrere Bewerber gibt – bei der Leitung der Budgetsektion, die ja sicher auch nicht ein vollkommen irrelevanter Posten in dieser Republik ist, selber auch quasi darauf eingewirkt hat, dass die einzige Person, die im Bewerbungsprozess war, nämlich er selbst, zurückzieht, damit es zu einem offenen Bewerbungsprozess mit mehreren Bewerbern kommt – nur das war ja meine Frage.

41

Schuster entgegnete, dass die beiden Situationen nicht vergleichbar seien und er doch von der Begutachtungskommission in seinem Fall einstimmig als im höchsten Ausmaß geeignet eingestuft wurde.<sup>42</sup>

---

<sup>41</sup> 552/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 41 von 69; Dietmar Schuster.

<sup>42</sup> seine gesamte Antwort bitte hier nachzulesen:: 552/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 42 von 69; Dietmar Schuster.

## 5. Interimistische Besetzung: Abkürzung zur Führungsposition

### **Stell dir vor...**

...du arbeitest schon viele Jahre in einer Behörde mit einem hoch sensiblen Aufgabenbereich. Du hast dich stets fortgebildet und Engagement gezeigt. Nun wird in wenigen Monaten die Stelle des Behördenleiters frei und du möchtest den nächsten Schritt in deiner Karriere antreten: Eine Bewerbung für diese Führungsposition. Du rechnest dir gute Chancen aus, weil du Führungserfahrung und auffallend viel einschlägiges Know-how vorweisen kannst. Du wartest auf die Ausschreibung - aber die kommt nicht. Und als der bisherige Leiter geht, wird vom Minister jemand ohne Ausschreibung mit der interimistischen Leitung bestellt. Er hat einige Jahre in deiner Behörde gearbeitet, hat aber keine Führungserfahrung. Auch er bewirbt sich um den Job, doch du rechnest dir selbst bessere Chancen aus. Schließlich ist Führungserfahrung ein wichtiger Bestandteil der Job Description. Du rechnest also mit einer Einladung zu einem Bewerbungsgespräch. Doch es vergehen zwei Jahre und der interimistische Leiter sitzt immer noch im Chefsessel. Bei dem nun endlich durchgeführten Bewerbungsprozedere kann er wegen seiner zweijährigen interimistischen Leitung die nötige Führungserfahrung vorweisen, die ihm vorher gefehlt hat und letztlich obsiegt er. Du gehst leer aus.

Es ist ein oft angewandter Trick, dass die/der Minister:in eine Person interimistisch in eine Position setzt und wenn dann der Posten ausgeschrieben wird, hat sich diese aufgrund der interimistischen Arbeit auf diesem bestqualifiziert.

Auch im U-Ausschuss nahm eine Person Platz, die ihren Job dem eben beschriebenen System verdankt. Es handelt sich dabei um niemanden geringeren als den Leiter des Bundesamtes für Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung (BAK), Otto Kerbl. Das BAK ist die für Anti-Korruption zentrale Stelle im Innenministerium, die überwiegend in politisch heiklen Fällen unter der Anleitung der WKStA und anderen Staatsanwaltschaften überwiegend Ermittlungen im Bereich der Korruptionsdelikte durchführt. Diese strategisch wichtige Behörde wurde von dem damaligen Innenminister Nehammer stiefmütterlich behandelt und auch unter dem jetzigen Innenminister Karner zeigt sich keinerlei Besserung. So konnten wir im U-Ausschuss von Otto Kerbl in Erfahrung bringen, dass zwei der drei Abteilungen, in die sich die Behörde gliedert, von interimistisch bestellten Personen geleitet wird. Die dritte Abteilungsleitung ist überhaupt unbesetzt. Auch bei zahlreichen Referaten, in die sich die Abteilungen gliedern, zeigt sich ein ähnlich desaströses Bild. Die personelle Aushungerung der Behörde schlägt sich auch in einem bekannten Fall nieder: Für den Ibiza-Akt, der um die 45 Beschuldigte führt und tausende (!) Ordnungsnummern hat, sind nur fünf Ermittler:innen im BAK zuständig. Erstaunlicherweise konnte Herr Kerbl auf Nachfrage nicht beantworten, ob in diesem Fall auch mit dem Bundeskriminalamt zusammengearbeitet wird. Herr Kerbl hat selbst auch keine operative Ermittlungserfahrung, wie er uns im U-Ausschuss mitteilte. Dennoch machte ihn der damalige Innenminister Nehammer zum interimistischen Leiter der Behörde. Dies ist ihm ein Leichtes: Bei interimistischen Bestellungen kann ein:e Minister:in freihändig aus der Beamtenschaft wählen und muss keinerlei Auswahlverfahren beachten.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Wie kam es dazu, dass Sie interimistischer Leiter wurden, jetzt für schon gut zwei Jahre?

**Mag. Dr. Otto Kerbl, MA:** Ich bin vom damaligen Innenminister Nehammer mit der interimistischen Leitung betraut worden, ich nehme an, aufgrund meiner langjährigen Führungserfahrung im BMI und BAK.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Haben Sie im BAK je operativ gearbeitet? (*Auskunftsperson Kerbl: Entschuldigung, ich habe das akustisch nicht --!*) – Haben Sie je operativ als Ermittler gearbeitet?

**Mag. Dr. Otto Kerbl, MA:** Nein, habe ich nicht.

43

Diese Interimsphase dauerte wegen eines Disziplinarverfahrens über zwei Jahre an, weshalb Kerbl in dieser Position reichlich an Erfahrung sammeln konnte, die ihm eigentlich für den Job gefehlt hatte. Als es dann endlich zu einer öffentlichen Ausschreibung der Leitungsfunktion kam, hatte Kerbl bei seiner Bewerbung bereits zwei Jahre Behördenleitung vorweisen können und bekam den Job.<sup>44</sup>

Als wäre das alles nicht schon genug, nahm auch eine ehemalige Abteilungsleiterin des BAK im U-Ausschuss Platz, die Alarmierendes zu berichten hatte: Martina Koger war erst wenige Monate in Pension und schilderte eindrücklich ihre Erfahrungen, die sie in der Behörde gemacht hatte. Sie betonte, politisch nicht zuordenbar zu sein und daher auch kein politisches Netzwerk zu besitzen. Aus diesem Grund sei sie systematisch umgangen und strategisch von Informationen ferngehalten worden. Während andere Abteilungsleiter des BAK an Meetings zum operativen Dienst teilnahmen, habe man sie von diesem "inneren Kreis" ferngehalten.

**Abgeordnete Julia Elisabeth Herr (SPÖ):** Sie haben vorher gesagt, der Kreis hat sich auch durch politische Loyalität ausgezeichnet. Können Sie das näher ausführen? (*Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.*)

**Mag. Dr. Martina Koger, MSc:** Ich glaube, das ist jetzt auch keine besondere Erkenntnis, wenn ich sage: Natürlich – so wie die anderen Besetzungen im BMI – sind auch im BAK die Führungskräfte großteils mit ÖVP-Personen besetzt worden. Das war auch bei der Besetzung von Mag. Wieselthaler, der vom Rechnungshof gekommen ist und in der Personal- - Ja, auf jeden Fall auch ÖVP-Mann war. Bei Dr. Kerbl, der auch im Kabinett war, ist das ohnedies auch natürlich bekannt. Der ehemalige Magister, also ehemalige Leiter der operativen Abteilung,

45

Mag. Aichberger,<sup>8</sup> jetzt in Niederösterreich als stellvertretender ich weiß nicht was – auch ÖVP. Also ja, so quer durch.

**Abgeordnete Julia Elisabeth Herr (SPÖ):** Sie haben vorher gesagt, der innere Kreis war politisch loyal. Wem konkret gegenüber?

**Mag. Dr. Martina Koger, MSc:** Ja, ich denke, ÖVP-loyal beziehungsweise auch den Sektionschefs, die ja bekanntlich auch aus der ÖVP kamen oder kommen.

46

<sup>43</sup> 627/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 15 von 53; Otto Kerbl.

<sup>44</sup> <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6168620/Nach-zwei-Jahren-interimistischer-Leitung-Otto-Kerbl-leitet> abgerufen am 2.1.2023.

<sup>45</sup> 654/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 17 von 52; Martina Koger.

<sup>46</sup> 654/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 18 von 52; Martina Koger.

Die geschilderte Bevorzugung ÖVP-loyaler Personen (erst auf mehrmalige Nachfrage räumte Kerbl ein, vor der Bestellung Mitglied eines ÖVP-Bundes gewesen zu sein), welche im ganzen BMI installiert werden, sind in dem sensiblen Aufgabengebiet des BAK rechtsstaatsgefährdend. Wenn dort ranghohe Beamt:innen aufgrund ihrer politischen Loyalität vorrangig bei Bewerbungen zum Zug kommen, dann können auch Ermittlungen nicht mehr objektiv geführt werden. So bekommt die Staatsanwaltschaft Ermittler:innen vorgesetzt, die sich unter Umständen nicht primär dem Rechtsstaat und dem Gesetz verpflichtet fühlen, sondern einer Partei. Und das ausgerechnet in Zeiten, in denen die ÖVP als Partei sowie unzählige Persönlichkeiten aus dieser in Korruptionsstrafverfahren als Beschuldigte geführt werden. Das sind Zustände, die nicht nur strafrechtliche Ermittlungen gefährden, sondern ganze Gerichtsverfahren aufs Spiel setzen. Innenminister Karner ist hier dringend gefordert, die Missstände sowie korruptives Verhalten in Österreichs wichtigster Antikorruptionsbehörde nachhaltig zu beseitigen.

## 6. Umfärben per Geschäftseinteilungsänderung

### ***Stell dir vor...***

... du bist Sektionschefin in einem Ministerium. Aufgrund von Neuwahlen zieht eine neue Ministerin ins Haus ein, welche eine andere Parteifarbe hat als ihr Vorgänger. Da du als Sektionschefin rechtmäßig für fünf Jahre bestellt bist, erwartest du durch diesen Ministerwechsel keinerlei Veränderungen. Es kommt jedoch anders, denn die neue Ministerin möchte in der Verwaltung “ihre” Vertrauenspersonen installieren.<sup>47</sup> Um dich loszuwerden, lässt sie eine Geschäftseinteilungsänderung durchführen, denn wenn eine solche zu mehr als 25% neuen Aufgaben in einer Leitungsfunktion führt, darf die Leitungsfunktion - dein Sektionschefposten - neu ausgeschrieben werden.

Genau so ist es Nicole Bayer ergangen.<sup>48</sup> Die ehemalige Kabinettsmitarbeiterin wurde unter Werner Faymann 2016 zur Sektionschefin im Bundeskanzleramt, und wäre somit verbindlich bis 2021 im Amt - doch dann wurde eine Geschäftseinteilungsänderung vorgenommen. In ihrer Sektion wurden über 25% des bisherigen Aufgabenbereichs verändert, sodass es möglich war, ihre Position neu auszuschreiben. Durch die Befragung im U-Ausschuss trat zu Tage, dass sie nicht freiwillig als Sektionschefin abgetreten ist:

---

<sup>47</sup> Dieses Phänomen ist hinlänglich als “Politisierung der Verwaltung” bekannt. Näheres findest du hier: [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6214178/Politisierung-der-Verwaltung\\_Wie-sich-die-Politik-ihre](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6214178/Politisierung-der-Verwaltung_Wie-sich-die-Politik-ihre) angerufen am 11.1.2023.

<sup>48</sup> [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6214178/Politisierung-der-Verwaltung\\_Wie-sich-die-Politik-ihre](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6214178/Politisierung-der-Verwaltung_Wie-sich-die-Politik-ihre) abgerufen am 24.1.2023.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Danke sehr.

Wie kam es, dass Sie dann 2019 die Präsidialsektion verlassen mussten?

**Mag. Nicole Bayer:** Wie ich bereits vorher sagte: aufgrund einer Umstrukturierung im Bundeskanzleramt.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Wissen Sie, wie oft es in dieser Zeit zu einer Geschäftseinteilungsänderung gekommen ist?

**Mag. Nicole Bayer:** Darf ich fragen, in welcher Zeit?

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** 2017 bis 2019.

**Mag. Nicole Bayer:** Es gab eine zu Beginn, und das, glaube ich, war dann die zweite. Ob dazwischen noch eine war, weiß ich jetzt nicht. Also an die zwei kann ich mich erinnern.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Derartige Geschäftseinteilungsänderungen führen ja dazu, dass Leute aus ihren Positionen abberufen werden.

**Mag. Nicole Bayer:** Ja, da gibt es eine Regelung, die besagt: Wenn sich ein gewisser Prozentsatz des Aufgabenbereichs verändert, dann kann auch die Funktion der Leitung neu besetzt werden.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** War es Ihre Entscheidung, die Präsidialsektion 2019 zu verlassen?

**Mag. Nicole Bayer:** Darf ich wieder die Frage der Zulässigkeit stellen?

**Verfahrensrichter Dr. Wolfgang Pöschl:** Die ist ja schon beantwortet worden, mit der Umstrukturierung. Ich würde die Frage noch für zulässig erachten.

**Mag. Nicole Bayer:** Nein.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Sondern: Wie kam es dazu?

**Mag. Nicole Bayer:** Aufgrund der Umstrukturierung wurde eben dieser Prozentsatz der Veränderungen in meiner Sektion überschritten, und daher konnte sie neu besetzt werden.

49

Dieses Spiel, mit Geschäftseinteilungsänderungen unliebsame Verwaltungsbedienstete loszuwerden und Parteifarben umzudrehen, ist eine Unart der regierenden Parteien, welche gesetzliche Möglichkeiten ausnutzen, um "ihre Leute" in hohe Verwaltungsjobs zu installieren. So werden auch Top-Jobs in der Verwaltung unattraktiv, was Beamt:innen dann dazu bewegt, in die Privatwirtschaft zu wechseln, anstatt sich auf die Gunst der rege wechselnden Minister:innen zu verlassen. Jene, die bleiben, erhalten für die Zeit nach ihrer "Abmontierung" Ausgleichszulagen - so wurden alleine in den letzten Jahren Millionen Euro Steuergeld für die parteipolitisch motivierten Umfärbungsaktionen ausgegeben.<sup>50</sup>

<sup>49</sup> 656/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 11 von 31; Nicole Bayer.

<sup>50</sup> [Neos: Umfärbungen in Ministerien als „Perpetuum mobile“ | DiePresse.com](https://www.diepresse.com/neos-umfaerbungen-in-ministerien-als-perpetuum-mobile/).

## 7. Doppelzuteilungen

### **Stell dir vor...**

...du bist in einer Abteilung tätig, deren Leitung frei wird. Aber diese unbefristete Führungsfunktion wird statt der qualifiziertesten Mitarbeiter:innen der Fachebene einem Angehörigen des politischen Kabinetts gegeben, der künftig beide Funktionen innehaben soll - und bald darauf noch eine dritte übernimmt. In der Abteilung ist er immer weniger präsent, die Führungsaufgaben werden kaum wahrgenommen. Und wenn Aufträge erteilt werden, ist immer öfter unklar: Spricht hier der vorgesetzte Beamte oder das politische Kabinett?

Seit über 20 Jahren kritisiert der Rechnungshof, wenn Personen gleichzeitig politische Kabinettsjobs und Leitungsfunktionen in der Verwaltung innehaben. Denn oft ist nicht nachvollziehbar, wie diese Funktionen zeitlich unter einen Hut gebracht werden können. Und für andere Beamt:innen sind die Verhältnisse zunehmend undurchsichtig, wenn politische Mitarbeiter:innen je nach Situation zwischen der rein beratenden Kabinetts- und der mit Weisungsbefugnis ausgestatteten Beamt:innenrolle wechseln können. Trotzdem - oder gerade deshalb - nahm dieses System gerade unter Türkis wieder besonders Oberhand.

Ein Beispiel: Michael Krammer arbeitete im Kabinett des Finanzministeriums. Sein Kabinettschef war Thomas Schmid. In zahlreichen Chats weist Schmid Krammer an, sich um die Steuersache von Sigi Wolf zu kümmern. Krammer folgt brav und trifft Wolfs Steuerberater, verlängert das Steuerverfahren und verschiebt die Schlussbesprechung - alles so, wie Schmid es ihm aufträgt. Seine Mühe bleibt nicht unbelohnt.

Als Kabinettsmitarbeiter ist sein Job vom jeweiligen Minister abhängig (damals Schelling), denn das Kabinett - das politische Büro - darf sich ein:e jede:r Minister:in selbst zusammenstellen. Ausschreibungsregeln gelten hier nicht. Dafür ist bei einem Minister:innenwechsel der Kabinettsjob ganz schnell auch wieder weg. Aus diesem Grund wird oft der Versuch gestartet, sich nebenbei noch in der Verwaltung einen Posten zu ergattern; quasi als zweites Standbein, denn Verwaltungsbedienstete sind von einem Ministerwechsel grundsätzlich nicht betroffen. Die große Gefahr für die Republik: Dass Verwaltungsjobs nicht nach Qualifikation vergeben werden, sondern auf Wunsch der/s Ministers/in bzw. des Kabinetts an Kabinettsmitarbeiter:innen, die eigentlich nicht die beste Qualifikation dafür vorweisen können. Solch eine politische Besetzung geht oftmals mit Qualitätsverlusten in der Verwaltung einher und sollte strikt abgelehnt werden.

Genau solch einen Verwaltungsposten trat Krammer im Oktober 2018 nun an. Anders als im Kabinett müssen für Verwaltungsjobs Ausschreibungsregeln strikt beachtet werden. Krammer erhält sogar einen Abteilungsleiterposten und bleibt weiterhin als Kabinettsmitarbeiter im Kabinett tätig. Doch die zwei Jobs scheinen ihm nicht genug zu sein, denn er erhält im Jänner 2019 noch einen dritten dazu: Jenen des Gruppenleiters:

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Bei der Gruppenleitung, sagten Sie, gab es andere Bewerber. Aus Ihrer Erfahrung: Bewerben sich da üblicherweise die anderen Abteilungsleiter? Ist der Bewerberkreis eingeschränkt?

**Mag. (FH) Michael Krammer:** Ja, das ist korrekt. Also zumindest ist das in der Sektion IV so. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob das im ganzen Haus so ist, ob es da eine Rechtsgrundlage gibt, aber es ist zumindest in der Sektion IV so. Das ist richtig, dass nur die Abteilungsleiter sich für die Gruppenleitung dann bewerben können.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Sie waren in diesem Fall der Dienstjüngste unter den Abteilungsleitern, weil Sie gerade erst ernannt wurden, oder?

**Mag. (FH) Michael Krammer:** Ja, das ist - -, das wird so sein, ja.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Das heißt, Sie haben es als Dienstjüngster zum Gruppenleiter gebracht.

51

Krammer hatte also das "Glück" sich als dienstjüngster Abteilungsleiter durchzusetzen und wurde so Leiter der ganzen Gruppe, ungeachtet seiner weiter laufenden Vollzeitjobs als Kabinettsmitarbeiter und Abteilungsleiter. Auch wenn er später als Kabinettsmitarbeiter aufhörte, so war er nun auf hoch dotierte Verwaltungsjobs gehievt worden, welche vor einem Minister:innenwechsel sicher sind.

Eine weiteres Beispiel - bzw. eine ganze Gruppe davon - fanden wir bei der Befragung von Clemens-Wolfgang Niedrist, unter Blümel und Löger Kabinettschef im BMF. So fand sich unter den Akten ein Mailverlauf, der eine ganze Reihe von Personen des Kabinetts im BMF auflistete, welche auf einen Schlag in die Verwaltung wechseln wollten.

---

<sup>51</sup> 461/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommunique Seite 34 von 60; Michael Krammer.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Dieselben E-Mails gab es dann auch für andere Mitarbeiter aus dem Kabinett. Da mussten Sie, Herr Niedrist, dann statt dem Minister unterschreiben. In der Personalabteilung wurde sogar eine ganze Liste von Kabinettsmitarbeitern, die in einer Kommissionssitzung am 11. Oktober 2021 in die Verwaltung gebracht werden sollten, angelegt. Haben alle ihr Interesse für die Verwaltung entdeckt?

Ich lege vor: Vorlage 15, Dokument 38723, ein Mail in der Personalabteilung (*der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*):

„Wegen Wechsel aus dem Kabinett ist am Mo – Montag – „11.10.2021, eine Aufnahmekommission erforderlich! Zur Vorbereitung nachstehend die Themen“:

KC – Kabinettschef – „Mag. Clemens[...] Niedrist“ wechselt ins „Büro HGS“,

„Kabinett Referentin für Steuerrecht und Steuerpolitik Lilly-Marie Kunz [...] Wechsel auf v1-Referentenstelle in Abteilung IV/1“,

„Kabinett Assistenz [...] Wechsel auf v3-Sachbearbeiterinnenstelle im Büro GS“,

„Kabinett Kraftwagenlenker [...] auf v3/1-Stelle in Abteilung I/3“,

„Kabinett Empfang [...] auf v4/1-Stelle in Abteilung I/3“,

„Kabinett – Koordinierung [...] Florian Seifert [...] Wechsel auf v1-Referentenstelle in Sektionsleitung II“.

Wie kam es zu diesem Vorgang? Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass hier mindestens sechs Personen aus dem Kabinett plötzlich in die Verwaltung wechseln wollten und sollten?

**Mag. Clemens-Wolfgang Niedrist:** Ja, es waren politisch volatile Zeiten, und da wächst bei vielen auch der Wunsch, etwas anderes zu machen. Ich weiß auch gar nicht, wie es dann weitergegangen ist. Ich glaube, die meisten sind dann nicht in die Verwaltung gewechselt.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Weil es dann doch nicht nötig war, haben sie ihr Interesse an der Verwaltung wieder verloren.

52

Ein Blick auf das Datum verrät auch warum: mit 11. Oktober 2021 sollten die aufgelisteten Kabinettsmitarbeiter:innen - von der Referentin bis hin zur Assistentin und zum Kraftwagenlenker - auf Verwaltungsjobs gebracht werden. Fünf Tage zuvor hatte die WKStA in der ÖVP-Zentrale, im Bundeskanzleramt und eben auch im Finanzministerium Hausdurchsuchungen vollzogen. Die politische Lage war zu diesem Zeitpunkt äußerst volatil. Niemand wusste, ob die Regierung halten oder ob es zu Neuwahlen kommen würde. So wollte man mit einem Schlag, die Kabinettsmitarbeiter:innen in die Finanzverwaltung und damit auf sichere Jobs setzen. Von entsprechender Qualifikation oder sachlicher Notwendigkeit war im Mail nichts zu lesen. Da die Koalition dann doch hielt und nach Blümels Abgang sein Nachfolger das Kabinett übernahm, wurden die Pläne letztlich nicht umgesetzt.

Dieses Beispiel zeigt, wie die österreichische Verwaltung immer wieder massiv politischen Postenbesetzungen ausgesetzt ist, bei denen es nicht um Qualifikation geht, sondern um das Parteibuch. Dieser Missbrauch von politischen Verantwortungsträger:innen (Minister:innen, Kabinettschef:innen) stellt eine große Gefahr für unsere Verwaltung dar. Wird sie mit unqualifizierten (politisch gewünschten) Personen geflutet, geht damit ein herber Qualitätsverlust einher, welcher letztendlich der/die Bürger:in zu spüren bekommt. Auch werden durch diese Praxis politisch neutrale,

<sup>52</sup> 508/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 23 von 68; Clemens-Wolfgang Niedrist.

top qualifizierte Beamt:innen frustriert und wechseln oftmals in die Privatwirtschaft. Hier geht dem Staat viel Wissen verloren.

## 8. Sideletter

### ***Stell dir vor...***

...du erwartest dir zu Recht, dass die Bestellung von Höchsttrichter:innen und anderen höchsten Positionen in unserem Land strikt nach Gesetz vorgenommen wird. Doch Politiker:innen pfeifen auf diese (zum Teil von ihnen selbst in Gesetzen beschlossenen) Bestellprozesse und schnapsen sich lieber in einem heimlichen Sideletter aus, wer welche Topjobs vergeben darf.

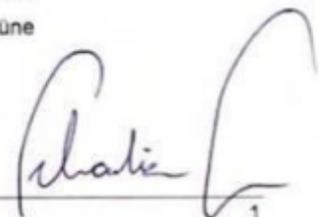
Was die Öffentlichkeit über Koalitionsabkommen erfährt, ist offenbar nur ein Teil der politischen Absichtserklärungen der Parteien, die sich in einer Regierung zusammenfinden, wodurch auch innerparteiliche Entscheidungsfindung beeinflusst wird. Denn in den Sidelettern werden Nominierungsrechte für Spitzenjobs und teilweise sogar Namen für die gesamte Legislaturperiode fixiert - vorbei an gesetzlich vorgesehenen Bestellprozessen.<sup>53</sup>

Im türkisgrünen Sideletter wurde beispielsweise ein Nominierungsrecht der ÖVP für den/die Präsident:in des Bundesverwaltungsgerichts (BVwG) verbrieft. Die umfassenden gesetzlichen Bestimmungen zur Bestellung dürften dabei keine vorrangigen Überlegungen gespielt haben, denn eigentlich muss gemäß § 2 Abs. 3 BVwGG für die Suche eines/einer neuen Präsident:in ein gesetzlich festgelegtes Verfahren eingehalten werden. So hat eine Kommission die Bewerber:innen anzuhören und die drei am besten geeigneten der Bundesregierung vorzuschlagen. Im Sideletter ist davon nichts zu lesen:

---

<sup>53</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000132943334/sideletter-zeigt-wie-sich-oevp-und-fpoe-posten-im-staat> abgerufen am 13.1.2023.

3. VwGH
  - Sollte die Position des Präsidenten des VwGH im Laufe der Legislaturperiode nachzubesetzen sein, hat die ÖVP das Nominierungsrecht
  - Sollte die Position des Vize-Präsidenten des VwGH im Laufe der Legislaturperiode nachzubesetzen sein, haben die Grünen das Nominierungsrecht.
  
4. BVwG
  - Präsident (2022): Nominierungsrecht ÖVP
  
5. BFG
  - Präsident (2020): Nominierungsrecht ÖVP
  
6. ORF
  - Stiftungsräte: Nominierungsrecht 5 x ÖVP, 2 x unabhängige auf Vorschlag der ÖVP, 2 x Grüne; durch BKA nominiert
  
7. ONB
  - Direktorium (2025): Sollte ein Mitglied ausscheiden, abwechselndes Nominierungsrecht beginnend bei der ÖVP
  - Generalrat
    - Präsident 2023: Nominierungsrecht ÖVP
    - Vizepräsident 2023: Nominierungsrecht Grüne
    - Weitere Mitglieder
      - 2x 2020: Nominierungsrecht 1x ÖVP, 1x Grüne
      - 5x 2023: Nominierungsrecht 4x ÖVP, 1x Grüne
      - 1x 2024: Nominierungsrecht 1x ÖVP

54

Schon unter Türkisblau wurden die von der Regierung zu bestellenden Funktionen penibel entlang von Parteilinien aufgeteilt, z.T. bereits vor Ausschreibung mit namentlichen Zuordnungen versehen und entsprechend durchgeführt.<sup>55</sup> Sowohl Türkisgrün als auch Türkisblau trafen dabei aber nicht nur Vereinbarungen zu den offiziell durch die Bundesregierung zu bestellenden Funktionen, sondern auch über Personalien im ORF, was laut dem Medienrechtler und Mitglied des VwGH Dr. Hans Peter Lehofer “deutlich über das gesetzlich Zulässige hinaus geht”.<sup>56</sup>

<sup>54</sup> Auszug aus dem Türkis-Grünen Sideletter mit Unterschriften von Werner Kogler (links) und Sebastian Kurz (rechts).

<sup>55</sup> [Postenschacher und ORF-Umbau: Das Geheimpapier von Türkis-Blau \(profil.at\)](https://profil.at/postenschacher-und-orf-umbau-das-geheimpapier-von-turkis-blau).

<sup>56</sup> [Rundfunkrechtler Lehofer: Sideletter zu ORF "gehen deutlich über das gesetzlich Zulässige hinaus" - ORF - derStandard.at > Etat](https://www.derstandard.at/story/3093478-rundfunkrechtler-lehofer-sideletter-zu-orf-gehen-deutlich-ueber-das-gesetzlich-zulaessige-hinaus).

Als in den vergangenen Monaten die Bestellung einer/s neue:n Präsident:in für das BVwG notwendig wurde, wurde dieser Prozess von der Öffentlichkeit - und auf parlamentarischer Ebene von NEOS sowohl mit parlamentarischen Anfragen als auch durch Befragung im U-Ausschuss - mit Argusaugen begleitet. Seitens des BMJ wurden Persönlichkeiten aus der Rechtswissenschaft ausgewählt, bei denen keine Parteinähe zu erkennen ist. Der Prozess ist mit heutigem Stand noch immer nicht abgeschlossen und daher auch mehrere Monate nach der Pensionierung des bisherigen Präsidenten kein:e Nachfolger:in gefunden; interimistisch leitet derwiew der ÖVP-nahe Vizepräsident das Gericht.<sup>57</sup>

Fakt ist: Wären die Sideletter nicht an die Öffentlichkeit gelangt - angestoßen durch die aus dem "Ibiza"-Untersuchungsausschuss hervorgegangenen Ermittlungen zum Verdacht der Falschaussage von Sebastian Kurz im "Ibiza"-Untersuchungsausschuss - so würde von den politischen Absprachen, die gesetzliche Bestimmungen umgehen, heute niemand wissen. Alle vorhergegangenen Besetzungen liefen strikt entlang der parteipolitischen Aufteilung, wie sie im Sideletter völlig intransparent getroffen wurde. Und auch nach Bekanntwerden des Skandals wurde der Vorsitz im ORF-Stiftungsrat, wie im Sideletter vorgesehen, von einer den Grünen nahestehenden Person eingenommen.

---

<sup>57</sup> [Bundesverwaltungsgericht und Bundeswettbewerbsbehörde: Türkis und Grün ringen um Chefposten | kurier.at](#), abgerufen am 24.2.2023.

## II. Ist ja nur Steuergeld: Korrupte Geldflüsse

Als in vielerlei Hinsicht besonders besorgniserregend erwies sich der Umgang mit Steuergeld. Die Verantwortungsträger:innen scheinen den Respekt davor verloren zu haben, dass in Ressorts sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig immer mit öffentlichen Gelder ge(fuhr)werkt wird.

Eine zentrale Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses war die Aufklärung diverser Vorwürfe über die parteipolitische Beeinflussung von öffentlichen Aufträgen und Förderungen zu mutmaßlichen Gunsten von mit der ÖVP verbundenen Personen. Hierbei handelt es sich um einen Bereich, der sich - nicht zuletzt aufgrund diverser Verschleierungstaktiken - abseits der prominenten Fälle dem Scheinwerferlicht der öffentlichen Wahrnehmung entzieht. Allerdings ist der von Korruption angerichtete finanzielle Schaden für die Republik und somit jede/n einzelne/n Steuerzahler:in gerade hier enorm. Durch die intensive Aktenrecherche zeigte sich, wie vielfältig die Spielarten sind, mit denen die handelnden Akteur:innen im parteipolitischen Interesse unsachlich handeln. Die Methoden, um eigene Vereine, Organisationen und natürliche Personen finanziell zu versorgen, reichen von unzulässigen Unterstützungszahlungen über intransparente Förderungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie, bis hin zu völlig nutzlosen öffentlichen Aufträgen, die in Wahrheit nur der Partei zugute kamen.

### 1. Förderverfahren

#### a. NPO-Fonds

##### ***Stell dir vor...***

...du bist ein kleiner Kulturverein in einer österreichischen Gemeinde. Ehrenamtlich organisierst du Auftritte von Künstler:innen im Gemeindesaal, rechnest Förderungen für absolvierte Auftritte von Kunstschaffenden ab und trägst wesentlich zur kulturellen Belebung deiner kleinen ländlichen Gemeinde bei. Doch dann bricht eine Pandemie über das Land ein und du bist gezwungen alle Aktivitäten des Vereins einzustellen. Liveauftritte von Künstler:innen und Veranstaltungen aller Art dürfen nicht mehr durchgeführt werden und somit fließen auch keine Einnahmen mehr in die Vereinskassa. Für abgesagte Veranstaltungen müssen dennoch bereits fix gebuchte Locations bezahlt werden und die Miete für die Büroräumlichkeiten des Vereins ist auch monatlich fällig. Du weißt nicht, wie du den Verein finanziell über Wasser halten sollst, bis du vom NPO-Fonds hörst.<sup>58</sup> Du stellst Förderanträge, um finanzielle Unterstützung vom Staat zu erhalten, damit die Existenz des Vereins abgesichert ist. Da bemerkst du, dass nicht nur dein Kulturverein - der einzige in deinem Ort - Förderanträge gestellt hat, sondern auch die JVP, der ÖVP-Seniorenbund, sowie der Bauernbund. Du fragst dich, wie diese drei ÖVP-Teilorganisationen vom NPO-Fonds Unterstützung erlangen können, wenn doch politische Parteien extra ausgeschlossen wurden. Das weißt du ganz genau, da du selbst für

---

<sup>58</sup> NPO steht für Non-Profit-Organisationen.

deinen Kulturverein extra bestätigen musstest, dass es sich bei deinem Verein um keine politische Organisation handelt.

Bei der Einrichtung des NPO-Fonds wurde die Förderung von Parteien (und deren Teilvereinen) dezidiert ausgeschlossen (§ 2 Abs. 2 Z. 1 NPO-Fonds-Gesetz), nicht zuletzt weil diese ohnehin durch üppige öffentliche Förderung unabhängig von der Krise finanziert wurden und nicht um Einnahmequellen bangen mussten. NEOS war dabei bereits bei Beschluss die Schwierigkeit der Abgrenzung von parteinahen Organisationen klar, diesbezügliche Warnungen blieben aber ohne Gehör.<sup>59</sup> Durch parlamentarische Anfragen der NEOS kam schließlich hervor, dass nicht nur parteinahe Organisationen in großem Ausmaß Förderungen aus dem Fonds bezogen, sondern mit dem Seniorenbund, der Jungen ÖVP und dem Bauernbund bzw. diesen zuzuordnenden Vereinen direkte Teilorganisationen der ÖVP.<sup>60</sup>

Aufgrund des eindeutigen Prüfauftrags des Untersuchungsausschusses konnten auch diese Vorteilsgewährungen an die ÖVP bzw. ihr nahestehende Organisationen im Untersuchungsausschuss durchleuchtet werden. Durch diesen Druck wurde schließlich auch durch das BMKÖS der ganze Umfang offengelegt. Weit über 2,7 Millionen Euro waren bis dahin an parteinahe Vereine geflossen, der Großteil davon an die ÖVP und in vielen dieser Fälle rechtswidrig an Teilorganisationen der Partei.

Die dazu geladenen ÖVP-Vertreter, etwa des Tiroler Bauernbunds, zeigten keine Einsicht und gaben keine relevanten Auskünfte dazu, wie es zu den rechtswidrigen Anträgen gekommen war. Bei den Aussagen der Vertreter des BMKÖS sowie den Mitarbeiter:innen der mit der Abwicklung beauftragten AWS wurde klar, dass inhaltliche Prüfungen erst durch die parlamentarische Kontrolle angestoßen wurden. Auffällig war bei der Befragung weiters, dass die Anträge mehrerer Teilorganisationen von einzelnen Steuerberatungskanzleien (bei denen teilweise auch Parteinähe erkennbar ist) gemeinsam betreut wurden. Selbst als ein Absender direkt von der Adresse der ÖVP-Zentrale in der Lichtenfelsgasse zentral für alle Teileinheiten des Seniorenbundes die Antragstellung abwickeln wollte, wurde keine Prüfung veranlasst.

Mittlerweile wurden neben freiwilligen Rückzahlungen der JVP umfassende Forderungen gegenüber Teilorganisationen des Bauernbunds und des Seniorenbunds erhoben, wobei die ÖVP (trotz einschlägiger Erkenntnisse auch des UPTS) weiterhin die Unrechtmäßigkeit leugnet.<sup>61</sup>

## b. COFAG

### ***Stell dir vor...***

... du hast ein kleines Unternehmen und darfst aufgrund eines Lockdowns dein Geschäft nicht mehr betreiben. Trotzdem musst du deine Mitarbeiter:innen und die Miete bezahlen. Du erwartest

---

<sup>59</sup> [NPO-Fonds für gemeinnützige Organisationen passiert Kulturausschuss \(PK0493/19.05.2020\) | Parlament Österreich](#)

<sup>60</sup> [Gelder aus dem NPO-Unterstützungsfond an Vorfeldorganisationen der politischen Parteien in Oberösterreich \(10270/J\) | Parlament Österreich](#)

<sup>61</sup> [Tiroler Jungbauern zahlten nur 590.858 Euro Corona-Hilfe zurück, Mahnverfahren läuft - Inland - derStandard.at](#)  
[› Inland; Seniorenbund-Vereine müssen mehr als 2,4 Millionen Euro an Corona-Hilfen zurückzahlen - Inland - derStandard.at › Inland](#)

Unterstützung von der Regierung und gehst davon aus, dass diese das Beste für die Österreicher:innen will und somit den einfachsten Weg wählt, um zu unterstützen. Falsch gedacht. Obwohl die Finanzämter alle nötigen Daten zur Verfügung hatten, um Hilfen sofort und automatisiert auszuzahlen, wurden diese damit nicht beauftragt.

Stattdessen wird ein gänzlich neues, teures Konstrukt geschaffen – zum Nachteil vieler Unternehmer:innen, aber zum Vorteil weniger Günstlinge: Die COFAG (“Covid-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH”).

Wenn du als Unternehmerin mit Entscheidungen der COFAG nicht einverstanden bist, musst du teuer klagen, anstatt wie beim Finanzamt kostenlos Beschwerde einzureichen. Und was ist gleichzeitig mit so einer Konstruktion möglich? Parteifreunde und Nahestehende mit Geschäftsführerposten, Gutachteraufträgen, etc. zu versorgen.

Und ja, es wurden Günstlinge versorgt: Die COFAG wurde unmittelbar nach Gründung mit zwei Geschäftsführern ausgestattet, die jeweils Verbindung zu einer Regierungspartei haben: Bernhard Perner ist Thomas Schmidts Intimus und Teil dessen “inner Circle”, mit diesem zunächst im ÖVP-BMF-Kabinett, wo sie sich selbst die Weichen für Höheres gestellt haben. Gemeinsam waren sie zur ÖBAG gegangen. Schmid als Chef, Perner als sein Stellvertreter. Während er dann Geschäftsführer der COFAG wurde, war Perner auch Geschäftsführer bei der ABBAG. Absurderweise ist die ABBAG auch Eigentümerin der COFAG. Die Doppelbezüge machten ihn mit 430.000 Euro zu einem der bestbezahlten Manager im staatlichen Bereich. Zusätzlich kassierte Perner einen Bonus von 579.000 Euro als ABBAG-Geschäftsführer für die Abwicklung der Hypo, obwohl er nichts dazu beigetragen hat.<sup>62</sup> Als zweiter COFAG-Geschäftsführer wurde Marc Schimpel ausgewählt, der von 2016-2017 Büroleiter der Grünen war.<sup>63</sup>

Dieses Konstrukt “COFAG” war noch dazu unfassbar teuer: Alleine im Zeitraum von März 2020 bis Ende 2021 kostete die COFAG den Steuerzahler:innen über 36 Millionen Euro, die für Beratungsleistungen und die Implementierung ausgegeben wurden.<sup>64</sup> Es wurden knapp 19 Mrd Euro in die COFAG verschoben.<sup>65</sup> Um es in Relation zu setzen: Ungefähr 100 Milliarden beträgt der gesamte jährliche Staatshaushalt. Es landete also unfassbar viel Steuergeld in einer Blackbox. Denn da es sich bei der COFAG um eine ausgelagerte Gesellschaft handelt, gibt es keine parlamentarische Kontrolle über den Umgang mit dieser unvorstellbaren Summe Steuergeld.

## 2. Vergaben in der “Familie”

### ***Stell Dir vor, ...***

<sup>62</sup> <https://kurier.at/politik/inland/u-ausschuss-ex-geschaeftsfuehrer-perner-verteidigte-cofag-und-boni/402233421>

<sup>63</sup> <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2170757-Abgeordnete-interessieren-sich-wieder-fuer-Cofag.html>

<sup>64</sup> <https://kurier.at/wirtschaft/rechnungshof-ortet-ueberfoerderung-und-empfiehl-aufloesung-der-cofag/402198255>.

<sup>65</sup> <https://www.cofag.at/aufgabe.html>

...du hast ein Unternehmen und vertreibst Produkte oder Dienstleistungen, die auch Ministerien zukaufen müssen. Zu Recht erwartest du, dich in einem fairen Wettbewerb den Konkurrenten stellen zu können. Doch es kommt anders: Im Ministerium trickst man mit gesetzlichen Ausnahmegestimmungen, um die politisch erwünschten Personen zum Zug kommen zu lassen und dies zu verschleiern. Tricks gibt es zahlreiche:

Der U-Ausschuss musste eine Reihe von Beispielen sehen, wie schamlos im Umfeld der ÖVP öffentliche Gelder für Selbstbereicherung gerafft wurden. Grundlage dafür war in aller Regel die Installation parteitreuer Personen an den entscheidungsrelevanten Stellen im Ministerium, über welche dann Einfluss auf Vergabe- und Förderentscheidungen genommen werden konnte. Somit erreicht man, dass Projekte mit Steuergeld finanziert werden, die entweder völlig sinnlos sind und allein den Zweck verfolgen, Parteifreunde mit öffentlichen Aufträgen zu versorgen. Oder aber es gibt tatsächlich einen Zweck, der aber nicht der Allgemeinheit dient, sondern schlichtweg den Interessen der eigenen Partei.

#### a. Durch Splitten der Aufträge unter Direktvergabeschwelle bleiben: Das „Leitbild“ des BMDW

##### **So läuft es:**

Gemäß § 46 BVergG können Aufträge unter einem geschätzten Auftragswert von 100.000 Euro ohne förmliches Vergabeverfahren direkt vergeben werden. Um unter diesem Betrag zu bleiben, werden sachlich und zeitlich zusammengehörige Projekte einfach auf mehrere Auftragsvergaben aufgeteilt. Dies haben wir etwa beim „Leitbild“ des BMDW gesehen, bei dem für ein und dasselbe (sinnlose) Projekt vier getrennte Aufträge gestaffelt vergeben wurden.

In den Jahren 2019 und 2020 wurde die Erstellung eines neuen „Leitbildes“ für das BMDW für rund 125.000 Euro in Auftrag gegeben. Den Zuschlag erhielt Sophie Karmasin. In den Akten finden sich keinerlei Abschlussberichte oder weiterführende Projekte, sodass als Ergebnis lediglich eine Online-Präsentation inklusive 32-seitiger Powerpoint Präsentation übrig bleibt. Selbst die Mitarbeiter:innen des Ministeriums wollen von dem neuen Leitbild wenig mitbekommen haben.<sup>66</sup> Noch verstörender sind allerdings die Umstände, wie es dazu kam, dass Karmasin diesen Auftrag an Land zog.

Die Dienstleistungen für das „Leitbild“ wurden in vier Teilen, jeweils unter der Direktvergabeschwelle iHv 100.000 Euro an *Karmasin Research & Identity* vergeben. Zusammengerechnet beträgt der Auftragswert allerdings 125.920 Euro und liegt somit deutlich darüber, sodass bei einmaliger Beauftragung ein ordentliches Vergabeverfahren durchzuführen gewesen wäre. Nach einer kurzen Unterbrechung im Zuge des Regierungswechsels wurde das Projekt nach Margarete Schramböcks Rückkehr im Jahr 2020 ohne Vergabe zu einem höheren Preis einfach wieder aufgenommen. Begründungen für diese Vorgehensweise finden sich keine. Auch die Befragungen der Ex-Ministerin sowie ihres damaligen Generalsekretärs

---

<sup>66</sup> siehe dazu [https://www.falter.at/zeitung/20220504/ein-auftrag-fuer-die-ex-ministerin/\\_56f2775fb7](https://www.falter.at/zeitung/20220504/ein-auftrag-fuer-die-ex-ministerin/_56f2775fb7), abgerufen am 22.12.2022.

brachten keine neuen Erkenntnisse. Vielmehr zeigte sich ein fortlaufendes Abschieben der Verantwortung, sowohl bei Margarete Schramböck als auch bei Michael Esterl.<sup>67,68</sup>

Können Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen bekannt geben?

**Dr. Margarete Schramböck:** Ich habe dazu eine kurze Frage: Dieses Dokument, das ich hier lese, ist ein Dokument aus dem Elak – oder?

**Verfahrensrichter-Stellvertreterin Mag. Christa Edwards:** Genau.

**Dr. Margarete Schramböck:** Das ist sozusagen verelakt von jemandem. (*Verfahrensrichter-Stellvertreterin Edwards: Ja!*) – Okay, ja genau.

Nein, ich habe dazu keine Wahrnehmung. Ich war in den Details der Abwicklung von Prozessen nicht drin, aber was ich da entnehmen kann, ist natürlich, dass hier eine Kommunikation – was auch gut ist – zwischen Kabinett und auch den jeweiligen Beamten der Abteilungen stattfindet und dass hier auch aufmerksam gemacht und geschaut wird, dass die Regelungen eingehalten werden, weil ich immer davon ausgegangen bin, dass die Vorgaben eingehalten werden, die sowohl das Gesetz als auch die internen Richtlinien geben.

Zu diesem habe ich aber konkret keine Wahrnehmung, da war ich nicht involviert.

---

<sup>67</sup> 628/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 5 von 63; Margarete Schramböck.

<sup>68</sup> 548/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 10 von 62; Michael Esterl.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Mhm. Die Dienstleistungen für das Leitbild wurden in vier Teilen jeweils unter der Direktvergabeschwelle von 100 000 Euro an Karmasin

www.parlament.gv.at

548/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké

11 von 62

Research & Identity vergeben. Zusammengerechnet sind sie mit 125 000 Euro gerade über diesem Wert. Warum wurden die Aufträge getrennt vergeben?

**Dipl.-Ing. Michael Esterl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, der Leitbildprozess hat ungefähr zwei Jahre gedauert. Sie wissen bei einem Leitbildprozess am Anfang nicht das Ergebnis. Beim Leitbildprozess ist es wichtig, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Ergebnis erst im Zuge der Erarbeitung zu erarbeiten beziehungsweise zu erstellen. Zusätzlich kam noch dazu, dass es eine Expertenregierung gegeben hat, und zusätzlich kam die Coronakrise auch noch dazu. Also wir haben auch den Leitbildprozess abändern müssen, und deshalb ergeben sich diese verschiedenen Beauftragungen.

Ich möchte aber hier noch einmal erwähnen, dass für die Vergabe an sich die operative Organisationseinheit ausschließlich zuständig war und dies auch gemacht hat.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Die Übergangsregierung hat es ja offensichtlich nicht übernommen. Warum nicht, und warum wurde danach weitergemacht?

**Dipl.-Ing. Michael Esterl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, wir standen auch bei der Übergangsregierung vor der Entscheidung. Wir wussten nicht, ob das BMDW nach der Wahl auch diesen Ressortzuschnitt hat. Deswegen hätte es keinen Sinn gemacht, hier beim Leitbildprozess weiterzumachen. Das war der Grund, dass wir das unterbrochen haben.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Und warum ist der Preis dann auf einmal gestiegen, obwohl ein Teil schon 2019 endabgerechnet wurde?

**Dipl.-Ing. Michael Esterl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, bezüglich der Preise: Das hat ausschließlich die zuständige Organisationseinheit gemacht. Meine Aufgabe war eine strategische Managementaufgabe. Ich bin auch - - Ich habe mich nicht in diesen Prozess

Während der gesamten Befragung im Untersuchungsausschuss versuchte Ex-Generalsekretär Esterl, die Verantwortung an die "zuständige Organisationseinheit" abzuschieben. Ganze 28-mal verwies er wörtlich auf diese. Dem widersprechend hatte Karmasin ihr Angebot allerdings direkt an Esterl, also dem politische Kabinett mit den Worten "*Lieber Michael!*" übermittelt, während der Konkurrent ausschließlich mit dem zuständigen Abteilungsleiter kommunizierte. Darüber hinaus gab es ein persönliches Gespräch zwischen Karmasin und Esterl, auf dessen Grundlage ein "überarbeitetes Angebot" übermittelt wurde. Sollten dem Mitbieter diese Möglichkeiten nicht geboten worden sein, so handelt es sich um zwei klare Verstöße gegen das Gebot der Bietergleichbehandlung.

Wie sich aus der dokumentierten E-Mail-Korrespondenz erschließt, wurde der unterlegene Bieter über sein Ausscheiden bereits zwei Tage vor der Übermittlung des finalen Angebots Karmasins informiert. Dazu im Untersuchungsausschuss befragt, antwortete Esterl: *“Für die Vergabeentscheidung war das Angebot der Frau Karmasin vom Jänner ausschlaggebend. Die Vergabeentscheidung ist am 6. Februar gefallen, und nach der Vergabeentscheidung auf dem Weg zum Werkvertrag hat es noch weitere Nachbesserungen gegeben.”*<sup>69</sup>

Nachträgliche Vertragsänderungen sind allerdings nur innerhalb der engen Grenzen des § 365 BVergG 2018 zulässig. Wesentliche Änderungen von Verträgen sind grundsätzlich nur nach einer erneuten Durchführung eines Vergabeverfahrens möglich.<sup>70</sup>

## b. Förderungen als Umgehung für Vergabeverfahren: Die Causa ICMPD

### **So läuft es:**

Ein weiteres Instrument, um die gewünschten Personen mit lukrativen Aufträgen zu betrauen, zeigte sich im Missbrauch der Auszahlung von Fördergeldern. Anstatt ein ordentliches Vergabeverfahren durchzuführen, wurden Projekte einfach mittels Fördergeldern finanziert, obwohl das Ministerium eigentlich einen ausschreibepflichtigen Werkvertrag bestellte.<sup>71</sup>

Michael Spindelegger, der frühere Vizekanzler, einstige ÖVP-Chef und "Entdecker" von Sebastian Kurz ist aktuell nicht nur Consulter und Präsident der *Agency for Economic Development* (AED), sondern auch Direktor des ICMPD. Offenbar verfügt der ehemalige Spitzenpolitiker immer noch über beste Beziehungen zu hochrangigen Entscheidungsträger:innen aus der ÖVP. So fanden wir in den gelieferten Akten E-Mails und weitere Belege dafür, dass Spindelegger für beide Organisationen mehrmals persönlich vorgeschlagen hat, um für Förderungen aus öffentlichen Geldern zu werben.

Eine besondere Erwähnung ist das ICMPD-Projekt *“SUPREME”* wert, für welches das Innenministerium unter Ex-Minister Karl Nehammer eine Fördersumme iHv rund 274.000 Euro freigab.<sup>72</sup> Bei dem Projekt ging es zusammengefasst darum, Nigerianer in Österreich zu schulen, dann in ihr Geburtsland zurückzubringen und dort weiter auszubilden. Wie die Akten belegen, war das Projekt allerdings ein Scheitern unglaublichen Ausmaßes: Im Rahmen des gesamten Projekts kehrte nur ein einziger Mann freiwillig nach Nigeria zurück. Dort angekommen verschwand er vom Radar des ICMPD, weshalb es zu keiner weiterführenden Ausbildung vor Ort kam. Am Ende wurde mit dem Projekt eine einzige Außerlandesbringung um rund 274.000 Euro Fördergeld erreicht.

Als es zunächst von Seiten des Innenministeriums zu einer Nichtanerkennung von Projektkosten kam, ließ Spindelegger seinen Kontakte ins türkise Innenministerium spielen: Er verfasste einen Brief an den

<sup>69</sup> 548/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 13 von 62; Michael Esterl.

<sup>70</sup> § 365 BVergG 2018 BGBl II 2019/91.

<sup>71</sup> <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2174670-Maessig-zufriedenstellende-Umsetzung.html>.

<sup>72</sup> siehe dazu auch <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2167549-Teure-Ueberredungskunst.html>, abgerufen am 9.01.2023; bzw. <https://www.derstandard.de/story/2000140703613/spindeleggers-migrationsverein-274-000-euro-foerderung-ein-einziger-rueckkehrer>, abgerufen am 26.12.2022.

damaligen Minister Nehammer, in dem er Argumente vorbrachte, die seiner Ansicht nach für eine Anerkennung der Ausgaben sprachen. Bemerkenswert ist vor allem der letzte Satz jenes Briefes, hier schrieb Spindelegger an Nehammer: *„Sehr geehrter Herr Bundesminister, im Sinne der vorgebrachten Argumente ersuchen ich zu prüfen, ob abseits der bürokratischen Kriterien eine gemeinsame Klärung der Angelegenheit möglich wäre.“* Was mit *„abseits der bürokratischen Kriterien“* gemeint ist, sei an dieser Stelle dahingestellt. Auch die Befragung des damaligen Kabinettschefs des Innenministeriums, Andreas Achatz, brachte diesbezüglich keine näheren Erkenntnisse. Wie so oft stand dem ein breiter Gedächtnisverlust entgegen, obwohl Achatz selbst den fragwürdigen Brief Spindeleggers beantwortete:<sup>73</sup>

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Ich darf das Dokument „Prüfung“ aufrufen und vorlegen, Seite 9. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.)*

Das ist ein Brief von Herrn Spindelegger an Herrn Nehammer. Der letzte Satz lautet: *„Sehr geehrter Herr Bundesminister, im Sinne der vorgebrachten Argumente ersuche ich zu prüfen, ob abseits der bürokratischen Kriterien eine gemeinsame Klärung der Angelegenheit möglich wäre.“* *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in den Unterlagen.)*

Das Ziel, 30 Leute zu schulen, wurde da ziemlich verfehlt. Es ist **eine** Person zurückgekehrt und es hat null Teilnehmer am Programm der Schulung vor Ort in Nigeria gegeben. Es wurden 270 000 Euro anerkannt – 274 000 Euro, gerundet –, und Herr Spindelegger wollte darüber hinaus noch einmal circa 100 000 Euro haben.

Haben Sie eine Wahrnehmung oder eine Erinnerung an diesen Vorgang? *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in den Unterlagen.)*

**Andreas Achatz, BA MA:** Wie bereits vorher erwähnt haben wir zahlreiche nationale und internationale Projekte mit verschiedenen Stakeholdern abgewickelt. Es ist im Budget des Innenressorts für solche Projekte auch immer ein bestimmter Budgetposten vorgesehen. Das war sicher auch eine Frage des Budgetausschusses des Herrn Innenministers vor einigen Tagen.

An das konkrete Projekt, das Sie da ansprechen, habe ich ehrlicherweise keine Erinnerung. Ich weiß nur: Wir haben zwei oder drei internationale Projekte sowohl in Afrika als auch im asiatischen Raum laufen.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Schauen wir uns vielleicht gemeinsam das Dokument 6179 an: Das ist ein Brief vom 4. März 2021 an Herrn Spindelegger, in dem unter anderem steht: *„Deinem Vorschlag einer Klärung abseits der bürokratischen Kriterien kann nach interner Prüfung leider nicht nähergetreten werden“.* Gezeichnet: *„Andreas Achatz“.* *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in den Unterlagen.)*

Da dem ICMPD ursprünglich sogar noch mehr Geld für das Projekt bewilligt worden war, kam es in weiterer Folge zu einer Rückforderung des BMI, die dem ICMPD am 31.7.2020 mit einer Zahlungsfrist von 14 Tagen übermittelt wurde. Erst nach erheblichen Verlängerungen der Rückzahlungsfrist, mehrfacher Aufforderung, und Androhung des Befassens der Finanzprokurator kam es fast ein Jahr später, am 12.5.2021, zur Rückzahlung des Betrages durch ICMPD.

Auch in Zusammenhang mit anderen ICMPD-Projekten zeigten sich grobe Ungereimtheiten. So konnten wir in Akten Nachweise dafür finden, dass sich das politische Kabinett des Innenministeriums mehrfach in die Prüfung der Förderwürdigkeit einmischte. Diese Aufgabe sollte jedoch ausschließlich den Beamten

<sup>73</sup> 657/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 32 von 58; Andreas Achatz.

der zuständigen Fachabteilung zukommen. Darüber hinaus vertrat die Fachabteilung in einem durch entsprechende E-Mail-Korrespondenz dokumentierten Fall die Ansicht, dass angesichts der Beauftragung von ICMPD mittels eines Werkvertrags im Projekt *“MAPIN”* eigentlich eine öffentliche Ausschreibung hätte stattfinden müssen. Auf Drängen des Kabinetts wurde das Geld jedoch im Rahmen einer Förderung - also ganz ohne Vergabeverfahren - vergeben. Den Hinweis, dass in demselben Projekt überhöhte Gehälter ausgezahlt werden, verstand man im BMI als *“Anregung”*, eine Sonderrichtlinie einzuführen. In einem internen Bericht über die Fördertätigkeit des BMI in den Jahren 2017 und 2018 wurde dem *“MAPIN”*-Projekt, wie so vielen anderen ICMPD-Projekten auch, eine *“mäßig zufriedenstellende Umsetzung”* attestiert und der Umgang des BMI mit Förderungen generell scharf kritisiert.

Trotz all dieser Umstände kooperieren das BMI und andere Ministerien nach wie vor mit ICMPD.<sup>74</sup> Konkrete Nutzen oder erfolgreiche Ergebnisse konnten wir bei den meisten ICMPD-Projekten nicht erkennen.

### 3. Verstecken

In den Akten des Untersuchungsausschusses konnten wir nachvollziehen, dass Ministerien oft Unternehmen beauftragen, die von Parteifreunden der Minister:innen geleitet werden. Damit kommen nicht die besten Bieter zum Zug, sondern jene Personen und Unternehmen, die den besten Kontakt zu politischen Entscheidungsträger:innen haben. Dabei gehen die Ministerien mit größtmöglicher Intransparenz vor, um die Korruption so gut wie möglich zu verschleiern. Fehlende Begründungen für Vergabeentscheidungen, absichtliche Auftragswertschätzung unterhalb der Direktvergabeschwelle, fehlende Vergleichsangebote, verdeckte Subauftragnehmer - die Möglichkeiten sind wieder einmal vielfältig.

Ein Paradebeispiel einer solchen intransparenten Auftragsvergabe stellte das bereits erwähnte *“Familienfest”* der ÖVP dar.<sup>75</sup> Da die ÖVP den Hals nicht voll bekommt, wenn es um öffentliche Gelder geht, wurde die Auftragsvergabe im Zuge des Familienfests in skandalöser Weise missbraucht, um ein weiteres ÖVP-nahes Unternehmen zu versorgen. Die Media Contacta GmbH wurde um 70.000 Euro mit der Organisation und Umsetzung des Familien- und Bühnenprogramms betraut. Wie vor kurzem bekannt wurde, hat die WKStA rund um diese Auftragsvergaben bereits ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.<sup>76</sup> Die Media Contacta gehört unter anderen Gerhard Schlack, Geschäftsführer des Innova-Verlags. Der Innova-Verlag verlegt das Printmedium *„Niederösterreich Zeitung“*. Herausgeber ist die Volkspartei Niederösterreich. Im Zuge einer Prüfung durch die interne Revision stellte sich eine Reihe vergaberechtlicher Ungereimtheiten heraus, die wir dank der Aktenlieferungen - zumindest soweit ordnungsgemäß dokumentiert - nachvollziehen konnten.

Besonders auffällig und zweifelsfrei gesetzeswidrig ist allein die Tatsache, dass die gegenständliche Beauftragung nicht durch die zuständigen Beamt:innen des Ministeriums, sondern von Mitarbeiter:innen

<sup>74</sup> siehe dazu [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J\\_12820/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J_12820/index.shtml).

<sup>75</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000105613844/partreifreund-und-auftragnehmer-wie-intransparent-ministerien-parteinaher-unternehmen-beauftragen>, abgerufen am 31.01.2023

<sup>76</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000142707614/wksta-ermittelt-rund-um-auftragsvergaben-an-oevp-nahe-werbeagentur>, abgerufen am 31.01.2023.

der politischen Kabinette aus BMNT und BKA erfolgte. Aufgrund der unzureichenden Vergabedokumentation hatte selbst die interne Revision Schwierigkeiten, festzustellen, wer tatsächlich Auftraggeber war. Es war völlig unklar, ob der Auftrag rechtlich von BMNT oder BKA erteilt wurde.

Der Mangel an Dokumentation war jedoch noch schlimmer. Und zwar derart, dass nicht einmal vergaberechtliche Bekanntmachungspflichten eingehalten wurden. Ursprünglich wurden für den mittels Direktvergabe vergebenen Werkvertrag 50.000 Euro budgetiert. Allerdings wurde dieser Betrag in weiterer Folge auf 70.000 Euro erhöht. Ab einem Auftragswert iHv 50.000 Euro besteht auch bei einer Direktvergabe die Bekanntmachungspflicht. Diese wurde im BKA nicht eingehalten und erst nachgeholt, als die Opposition auf das Projekt aufmerksam wurde. Wie wir durch die Befragung von Helga Luczensky, Abteilungsleiterin im BKA für Rechts- und Vergabeangelegenheiten erfuhren, lag dies darin begründet, dass die Fachabteilung von der vergebenden Stelle einfach nicht informiert wurde.

Obwohl bei Direktvergaben gemäß § 46 BVergG grundsätzlich keine Vergleichsangebote eingeholt werden müssen, ist dies aus Gründen der Wirtschaftlichkeit dennoch meistens geboten, wie auch der Rechnungshof bereits mehrfach empfohlen hat - und die internen Richtlinien aller Ressorts daher auch vorsehen. Im Gegensatz dazu finden sich in den Akten der gegenständlichen Auftragsvergabe an die Media Contacta keine Hinweise darauf, dass auch nur ein einziges Vergleichsangebot eingeholt wurde. Auch die dazu befragten Auskunftspersonen wussten von keinem zusätzlichen Angebot.

#### d. Vergleichsangebote unter Freunden

In anderen Fällen wurde das Problem der Vergleichsangebote simpel gelöst: Im Einflussbereich von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka durften parteinahe Agenturen wie die Media Contacta - zeitgleich mit ihrem eigenen Angebot - selbst andere, meist ebenso niederösterreichische Unternehmen nennen, die "Vergleichsangebote" legten; das selbst in einer Branche wie jene der Werbe- und Eventagenturen, wo es an unabhängigen Anbietern wahrlich nicht mangeln würde. Dass die im Partei Umfeld selbst ausgesuchten "Konkurrenten" dann zum Teil wortgleiche Angebote übermittelten, die knapp teurer waren oder ein wenig schlechter bewertet wurden, überrascht dann nicht.

Ähnliche Vorgangsweisen und auffällige Nähe zu Vergleichsanbietern beschäftigen in mehreren Fällen um Ex-ÖVP-Ministerin Karmasin die Justiz.<sup>77</sup>

#### e. Auftragsvergabe ohne Ausschreibung

##### ***Stell dir vor...***

...du bist Teil eines Unternehmens, das mit seinen Projekten ernsthaft interessiert daran ist, den Auftrag eines Ministeriums bestmöglich umzusetzen. Du bist auch sehr zuversichtlich, dass das Unternehmen den Auftrag erhält, weil es in dieser Branche aufgrund vieler bisher erfolgreicher Projekte sehr anerkannt ist. Es wird aber nichts ausgeschrieben. Später erfährst du, dass das Ministerium Aufträge an Unternehmen vergeben hat, die wahrlich keinen guten Ruf haben bzw. einen marktunüblich hohen Preis verlangten.

---

<sup>77</sup> [Causa Karmasin: So liefen die Deals mit dem Sportministerium - Sport - derStandard.at > Sport](#), abgerufen am 24.2.023

Erst durch Recherche findest du heraus, wer hier beauftragt wurde: Firmen ehemaliger Kabinettsmitarbeiter des Ministeriums.

Immer wieder passiert es, dass es bei Aufträgen der öffentlichen Hand keine offene Ausschreibung gibt. Mit fadenscheinigen Ausreden werden gesetzliche Ausnahmen herangezogen, die ein Vergabeverfahren ohne vorherige Bekanntmachung ermöglichen. So werden statt einer offenen Ausschreibung nur von einzelnen, politisch erwünschten Firmen Angebote eingeholt. Zum einen werden Aufträge bewusst knapp unter dem (regelmäßig per SchwellenwertVO über die unionsrechtlich vorgesehenen Rahmen noch weiter erhöhten) entsprechenden Grenzwert angesetzt. Oder Ministerien vergeben Aufträge mit dem Argument, dass kein anderes Unternehmen am Markt das gefragte Produkt anbietet.<sup>78</sup>

**Beispiel:** Dies haben wir etwa bei der Beauftragung von ehemaligen Kabinettsmitarbeitern Ernst Strassers gesehen. Genauer zu diesen besorgniserregenden Zuständen bei der Vergabe von sicherheitsrelevanten Aufträgen haben wir bereits in mehreren parlamentarischen Anfragen zum Gegenstand gemacht.<sup>79</sup>

## f. Verdeckte Subauftragnehmer aus dem Parteiemfeld

### **So läuft es:**

Immer wieder sehen wir, dass gute Kontakte in die Politik genutzt werden, um Aufträge zu lukrieren. Um dies zu verschleiern, wird mit dem Instrument der Subauftragnahme gearbeitet: Der eigentliche Auftragnehmer ist eine andere Firma, ein Teil der Aufgaben wird jedoch - ohne dies öffentlich zu machen - an die Firmen der Parteifreunde weitervergeben.

So sahen wir den Fall des ehemaligen Generalsekretärs im Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Landesverteidigung, Dietmar Kandlhofer, dessen privates Unternehmen (*Wideho*) still und heimlich im Wege der Subauftragnahme von öffentlichen Aufträgen des Bundeskanzleramts profitierte.<sup>80</sup>

Im Rahmen des oben näher ausgeführten Familienfests am 1. Mai 2019 konnte die *Wideho* still und heimlich einen Auftrag ohne Vergleichsangebote an Land ziehen und wurde mit der Moderation der Veranstaltung betraut. Damit dies möglichst unbemerkt geschehen konnte, war Kandlhofers Unternehmen jedoch nur Subauftragnehmer der *Media Contacta*.

<sup>78</sup> siehe dazu [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J\\_08421/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J_08421/index.shtml).

<sup>79</sup> [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J\\_08421/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/J/J_08421/index.shtml);  
<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/11752>. Auch die Medien haben darüber berichtet:  
<https://www.profil.at/oesterreich/wirecard-auftraege-fuer-strassers-ex-kabinettschef/401173144>.

<sup>80</sup> <https://orf.at/stories/3293111/>.

Als wir Dieter Kandlhofer dazu im Untersuchungsausschuss befragten, zeigte sich wieder einmal völliges Unverständnis für das Bild, das durch solche Vergabe-Tricksereien entsteht, und keinerlei Schuldbewusstsein.<sup>81</sup>

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Sie waren beteiligt, und ich sähe es eher als naheliegendsten Schritt, das Gegenteil zu tun, nämlich Ihre Website und Firma ruhend zu stellen.

Und, wenn wir uns von damals einen Screenshot ansehen – Vorlage 20: „Wer ist wideho.at?“ –, prangt da „Dieter Kandlhofer“ in der Mitte. Also Sie haben mit sich geworben. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.)*

Und für welchen Inhalt? – Vorlage 3: „Was ist wideho.at?“ – „Beratung der Politik“. Das wird ja wohl nicht der andere, der Moderator, gemacht haben, sondern Sie. *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.)*

Sehen Sie hier keine Problematik?

**Mag. Dieter Kandlhofer:** Ja.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Keine?

**Mag. Dieter Kandlhofer:** Nein.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Spricht für sich.

---

<sup>81</sup> 658/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 36 von 54; Dieter Kandlhofer.

### III. Ministerien als Parteimaschine

Nachdem in Ministerien die "eigenen Leute" an Schlüsselpositionen gesetzt wurden, wichtige Aufträge an parteinahe Firmen vergeben wurden, sind alle Schalthebel eines Ministeriums in Parteihänden.

Nichts ist mehr übrig von einer unpolitischen, fachlich hochqualifizierten Verwaltung. Beste Voraussetzungen, um ganze Ministerien für parteipolitische Zwecke zu missbrauchen.

Während du also erwartest, dass die Ministerien um dein Steuergeld für dich arbeiten, verwendet die ÖVP sie für ihre eigenen Zwecke. In den simpelsten Fällen wird "nur" Steuergeld hinausgeschmissen (siehe Kapitel II. Korrupte Geldflüsse), im schlimmsten Fall werden Fremde zum politischen Spielball (siehe Kapitel III.1.a - fremdenrechtliche Knaller), können Attentäter trotz Hinweise nicht aufgehalten werden, weil alle Ressourcen aus politisch motivierten Gründen in ein anderes Verfahren gesteckt werden (siehe Kapitel III.1.b. Luxor), und es werden Ermittlungen trotz eindeutiger Hinweise aus politischen Gründen nicht eingeleitet (siehe Kapitel II.2. AG Fama).

#### 1. Missbrauch des Sicherheitsapparats I: Falsche Prioritäten.

Wir alle zahlen viel Steuergeld für ein Innenministerium, damit sich dieses um unsere Sicherheit kümmert. Du erwartest dir zurecht, dass die Polizei im Sinne deiner Sicherheit arbeitet. Und dass für dieses Ziel in unserem Innenministerium die Gefährdungslagen sachlich beurteilt werden und genau überlegt wird, in welchem Bereich dringender zu ermitteln ist und in welchem nicht. Denn die Verwaltungs- und Exekutivbediensteten haben einzig und allein ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen: Terrorzellen aufspüren, Asylanträge aufnehmen, Vermisste finden und vieles mehr.

Was passiert allerdings tatsächlich? Statt die Ressourcen des BMI dafür aufzuwenden, verfolgt ein kleiner Kreis im BMI ganz andere Ziele: Mit dem Ministerium Politik zu machen. Unser Innenministerium wird nicht im Sinne unserer Sicherheit, sondern zu den Zwecken der ÖVP gesteuert. Nach 23 Jahren, in denen das Innenministerium - mit kurzen Unterbrechungen - in ÖVP-Hand ist, missbraucht sie schon höchst professionell den Sicherheitsapparat je nach ihrem parteipolitischen Kalkül.

## a. Fremdenrechtliche Knaller

Bekanntes Beispiel dafür sind die "fremdenrechtlichen Knaller", die im U-Ausschuss mehrfach thematisiert wurden.<sup>82</sup> 2016 schrieb Stefan Steiner - Sektionschef im Kurz'schen Außenministerium - an den berühmt-berüchtigten Kabinettschef des BMI (Michael Kloibmüller): *"Lieber Michael, wie schaut es eigentlich mit der Schwerpunktaktion gegen doppelte Staatsbürgerschaft von Türken am Flughafen aus? War das erfolgreich?"* Kloibmüller antwortete daraufhin, dass er nachfragen müsse. Steiner wieder: *"Wäre super, danke! Ich glaub wir müssen wieder paar fremdenrechtliche Knaller vorbereiten :))"*. Kloibmüller antwortete: *"Kommen am Do!"*. Doch warum will ein Sektionschef des Außenministerium "fremdenrechtliche Knaller" vorbereiten? Schließlich hat er als ranghoher Beamter ausschließlich der Republik zu dienen und ist nicht bei einer Partei angestellt. Die Erklärung dazu liegt auf der Hand: Im Jahr 2016 bereiteten Kurz' Vertraute klammheimlich die Machtübernahme von Sebastian Kurz vor - das sogenannte "Projekt Ballhausplatz". Unterlagen belegen, dass in diesem Masterplan auch fremdenrechtliche Verschärfungen geplant waren, denn so erhoffte man sich die Stimmung im Land zugunsten von Sebastian Kurz drehen zu können (was auch letztlich gelang). Während also der damalige Bundeskanzler Christian Kern mit seinem Vize Reinhold Mitterlehner versuchten die Koalition zu retten, torpedierten Kurz und sein Team im Hintergrund jeglichen Rettungsversuch, um Kurz ins Bundeskanzleramt zu verhelfen. Dass dabei Ministerien für sachfremde Interessen, nämlich Parteiinteressen, missbraucht werden, schien nicht zu stören. Zu weiteren Beispielen wurde Kloibmüller ebenfalls von uns befragt:

---

<sup>82</sup> <https://zackzack.at/2022/01/20/bmi-chats-2-fremdenrechtliche-knaller> abgerufen am 1.2.2023.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Herr Mag. Kloibmüller, Sie haben vorhin zu den fremdenrechtlichen Knallern gemeint, dass Sie im Innenministerium die Wahrnehmung hatten, dass immer sachlich entschieden wurde.

Ich möchte Ihnen wieder Nummer 7 vorlegen und komme zur Seite 46. Da schreibt Frau Kandolf aus dem BMI an Sie: „Hi, ihr wollt die Obergrenze herabsetzen?“

Das killt uns!“

Sie schreiben zurück: „Ja wird so werden. Wird a gaudi“.

Sie schreibt: „Warum? Das ist nur zum Nachteil von hbm“.

Sie antworten: „Aber es hilft der Partei“. (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

**Mag. Michael Kloibmüller:** Ja.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Wurde im Innenministerium jetzt sachlich oder nach Parteikalkül agiert?

**Mag. Michael Kloibmüller:** Das Ministerium hat immer sachlich argumentiert und gearbeitet. Ein politisches Büro hat auch eine politische Agenda.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Mhm.

„Aber wir werden es nicht schaffen= an unserer eig“ – eigenen – „Vorgaben scheitern!“

Außer ihr geht eh davon aus, dass es bei der Forderung bleibt u“ – und – „es die BReg“ – Bundesregierung – „nicht beschließt“.

Ihre Antwort: „So ist es“.

Das ist sachliches Arbeiten, Dinge zu kommunizieren, die man gar nicht vorhat, umzusetzen?

**Mag. Michael Kloibmüller:** Das politische Büro vertritt eine politische Linie. Das ist legitim. Ich glaube, das ist jetzt in der neuen Regierung nicht anders. (*Abg. Krisper: Leider!*) Ich gehe zumindest davon aus. Dementsprechend ist es legitim, dass ein politisches Büro eine politische Position bezieht.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Und im Endeffekt hat das Innenministerium eine politische Position und keine sachlich fundierte. Darum geht es gerade.

83

Die ganzen gefundenen Chats zeigen ein deutliches Bild: Die Partei stellt sich selbst über die Interessen der Republik, der Minister soll sich sogar zu Äußerungen hinreißen lassen, auch wenn sie ihm selbst schaden. Es scheint jedes Mittel recht zu sein, solange es der ÖVP als Partei nützt.

Doch auch, als das Innenministerium in blauer Hand war, fand die ÖVP Wege, um Ministeriumsgelder für sich zu nutzen. Karoline Edtstadler war damals Staatssekretärin im BMI und hatte ein eigenes Kabinett mit ihren persönlichen Vertrauten: Michael Takacs, Gernot Maier und Andreas Achatz sind die bekanntesten Namen, die uns auch im U-Ausschuss laufend begleiteten. Im Zuge des Aktenstudiums zum U-Ausschuss trat zutage, dass im BMI unter Edtstadler die Firma GPK für Beratung bzw. Organisation von Klausuren beauftragt wurde, die nicht nur Ministeriumszwecken, sondern auch ihrem EU-Wahlkampf dienen sollte.<sup>84</sup> Auf einer 97-seitigen Powerpoint-Präsentation, welche Markus Gruber -

<sup>83</sup> 518/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 69 von 77; Michael Kloibmüller.

<sup>84</sup> <https://www.diepresse.com/6205648/vorwurfe-gegen-edtstadler-wahlkampfplanung-aus-dem-innenministerium> angerufen am 21.12.2022.

Geschäftsführer von GPK - an Michael Takacs weiterleitete, ist unter anderem vom "neuen Hauptprojekt 'EU-Wahl'" zu lesen oder die Passagen "Wann startet, endet Wahlkampf?", "Was können wir aus Ernst's (sic!) Wahlkampf mitnehmen?" oder "Wer organisiert das Promi-Komitee f KE?".<sup>85</sup> Die Präsentation ist gespickt mit Notizen und Anmerkungen eines gewissen "MG" - naheliegenderweise wird es sich hier um den Absender des Mails, Markus Gruber von GPK, handeln, welcher hier offensichtlich in die Vorplanung des Wahlkampfes involviert war.

Grundsätzlich ist es unproblematisch, wenn Wahlkampfkandidat:innen Beratungsdienstleistungen in Anspruch nehmen, sofern diese aus eigener Tasche bezahlt oder über die Parteikassa abgerechnet werden. Im gegenständlichen Fall sind jedoch im Rahmen einer Büroklausur von Edtstadler offenbar von Ministeriumsmitarbeiter:innen bzw. Beamt:innen Wahlkampfthemen unter Inanspruchnahme des externen Dienstleisters GPK besprochen worden. Anschließend hat das BMI die Rechnung iHv 16.320 Euro beglichen. Es stellt sich die Frage, für welche ministeriumsfremden Zwecke das BMI darüber hinaus noch aufkam und wie groß die politische Wettbewerbsverzerrung und der Schaden für die Republik dadurch sind.

Takacs, auf das ihm zugesandte Dokument angesprochen, reagierte mit Erinnerungsproblemen:

**Michael Takacs, BA MA MSc:** Herr Abgeordneter, da sieht man ja in dem gelben Bereich das „MG“ – ich gehe davon aus, dass das Markus Gruber hineingestellt hat. Ich kann Ihnen wirklich keinen Zusammenhang mehr seriös beantworten. Möglich, dass wir über eine EU-Wahl oder EU-Auswirkungen gesprochen haben, aber ich kann es Ihnen nicht seriös beantworten.

86

---

<sup>85</sup> Michael Takacs war damals stellvertretender Büroleiter von Staatssekretärin Edtstadler und ist mittlerweile zum Bundespolizeidirektor aufgestiegen.

<sup>86</sup> 653/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 31 von 65; Michael Takacs.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Was für eine Rolle hatten Sie im „neuen Hauptprojekt ‚EU-Wahl‘“? *(Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)*

**Michael Takacs, BA MA MSc:** Herr Abgeordneter, zu Ihrer Frage: Also mir ist natürlich – und uns allen ist – bekannt, dass sich die Frau Staatssekretärin damals als EU-Abgeordnete im Wahlkampf gestellt hat. Sie hat ja auch entsprechende Werte eingefahren. Wenn Sie das meinen – das ist das, was ich jetzt davon ableiten kann. Ansonsten, ob es irgendwelche Absprachen da noch zusätzlich gegeben hat, an das kann ich mich beim besten Willen nicht mehr erinnern – außer Sie haben irgendwelche Dokumente, die Sie mir noch zeigen können.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Gut. Also Sie sagen, das hat mit ihrer Kandidatur bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zu tun. Ist in Ordnung. Ich kann jetzt viele Seiten vorlegen, aber gehen wir vielleicht auf Seite 4, Slide 8. Da steht: „Wir brauchen [...] genaue Positionierung alle VP/Sommerdaten“. – Was bedeutet das? *(Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen im vorgelegten Schriftstück.)*

**Michael Takacs, BA MA MSc:** Also, ich kann das jetzt da auch nur wieder interpretieren. Wenn man das genau wissen möchte, müsste man Markus Gruber noch einmal genau fragen, was er damit gemeint hat. Ich kann das jetzt nicht aus meinen Erinnerungen her produzieren, was da jetzt genau der Punkt und der Ansatz ist. Wir haben aber am Anfang dieser Präsentation gesehen, um welche Hauptthemen es gegangen ist, und das war der Fokus von dieser Klausur.

**Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ):** Sie haben das mit dem ausdrücklichen Auftrag, seine Notizen zu überarbeiten, bekommen.

Wir können aber auch auf Seite 17 gehen, Slide 34: „Weitere [...] Maßnahmen“, „Budget“, „Unterschiedliche Karten ab sofort sowohl für BMI Einsatz als auch für Partei/Wahleinsatz“. – Darunter steht: „Communityaufbau asap“ – as soon as possible – „und laufend bespielen (OK hat hoch 5stellig)“.

Was ist OK? Könnte das Othmar Karas sein?

**Michael Takacs, BA MA MSc:** Also ich muss leider interpretativ bleiben, weil die Zusammenhänge jetzt für mich noch nicht klar sind, aber wenn Sie jetzt meinen, Partei- und Wahleinsatz, dass man hier getrennte Linie gefahren ist, gehe ich einmal davon aus, dass er das gemeint hat.

87

Auch bemerkenswert ist, dass einerseits GPK für das BMI Leistungen erbrachte und andererseits der Geschäftsführer und Eigentümer der Agentur die damalige Staatssekretärin im Wahlkampf unterstützte. Diese Überschneidungen von parteipolitischer Tätigkeit und dem Einsatz von Ministeriumsressourcen macht es umso wichtiger zu überprüfen, wie GPK jeweils zum Zug gekommen ist und ob die Firma wirklich immer jene mit dem kostengünstigsten Angebot war (bzw. ob und wie überhaupt Vergleichsangebote eingeholt wurden). Aus diesem Grund stellten wir zwei parlamentarische Anfragen. Eine an das BMI und eine weitere an das BKA.<sup>889</sup> Beide Antworten sind bisher noch ausständig.

Als Frau Edtstadler am 29. Jänner 2020 Bundesministerin für EU und Verfassung wurde, buchte sie noch vor ihrer Angelobung eine Teamklausur für ihr Kabinett: Neuerlich sollten GPK und Markus Gruber diese

<sup>87</sup> 653/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 32 von 65; Michael Takacs.

<sup>88</sup> Link zur Anfrage: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/13591> abgerufen am 7.2.2023.

<sup>89</sup> Link zur Anfrage: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/13592> abgerufen am 7.2.2023.

am 11. Jänner 2020 begleiten.<sup>90</sup> Tagungsort war die Politische Akademie, also die Parteiakademie der ÖVP. Gezahlt hat das Bundeskanzleramt.

Wie aufgrund langjähriger Auftragsverhältnisse ebenso wie aus dem politischen Hintergrund des Geschäftsführers und Eigentümers klar ist, ist bei GPK ein besonderes Nahe- und Vertrauensverhältnis zu ÖVP-Regierungsmitgliedern anzunehmen. So gelang es Markus Gruber im Zeitraum von sieben Jahren 6,6 Mio Euro an staatlichen Aufträgen zu kassieren, fast ausschließlich von ÖVP geführten Ministerien.

<b>Wie viel verdient Markus Gruber durch bundesstaatliche Aufträge?</b>				
				Zeitraum: 2014 - 2021
<b>GPK Advertising GmbH</b>	€ 599 202,00			
Inneres	€ 144 000,00		Gesamtsumme:	€ 6 641 134,08
Militärische Angelegenheiten	€ 455 202,00			
<b>GPK Event- und Kommunikationsmanagement GmbH</b>	€ 284 848,30			
Inneres	€ 25 530,00			
Äußeres	€ 25 266,00			
Militärische Angelegenheiten	€ 1 890,00			
Finanzverwaltung	€ 46 443,10			
Familie und Jugend	€ 40 963,20			
Wissenschaft und Forschung	€ 20 160,00			
Innovation und Technologie (Forschung)	€ 57 770,00			
Wirtschaft	€ 3 600,00			
Mobilität	€ 63 226,00			
<b>Event- und Kommunikationsmanagement GmbH Markus GRUBER</b>	€ 20 400,00			
Mobilität	€ 20 400,00			
<b>GPK GmbH</b>	€ 623 973,75			
Bundeskanzleramt	€ 7 560,00			
Inneres	€ 22 437,60			
Äußeres	€ 78,00			
Finanzverwaltung	€ 42 808,56			
Öffentlicher Dienst und Sport	€ 20 110,80			
Familie und Jugend	€ 9 960,00			
Wissenschaft und Forschung	€ 33 024,60			
Innovation und Technologie (Forschung)	€ 178 617,55			
Wirtschaft	€ 105 426,34			
Mobilität	€ 203 950,30			
<b>GPK live GmbH</b>	€ 174 472,80			
Wirtschaft	€ 140 896,80			
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus	€ 33 576,00			
<b>GPK public GmbH</b>	€ 4 938 237,23			
Bundeskanzleramt	€ 6 390,00			
Inneres	€ 646 020,00			
Militärische Angelegenheiten	€ 4 127 347,53			
Wirtschaft	€ 158 479,70			

91

<sup>90</sup> <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/J/2255> abgerufen am 21.12.2022.

<sup>91</sup> Zahlenaufstellung; Rechnungshof; Darstellung NEOS Parlamentsklub.

## a. Operation Luxor

Die Operation Luxor zeigt, wie ein billiges populistisches Wahlkampfthema zu einem absoluten Rechtsstaatsdebakel werden kann. So wurden immense Ressourcen der Polizei ohne Tatsachensubstrat in ein Verfahren gesteckt, nur weil es in das Narrativ der ÖVP gepasst hat, die Muslimbruderschaft wiederholt als terroristische Bedrohung zu deklarieren und sich selbst zu inszenieren. Man denke nur an die Fotos vom damaligen Innenminister Karl Nehammer bei einer Hausdurchsuchung im Rahmen der Operation Luxor. Was er dort sollte, konnte nicht geklärt werden.

Rausgekommen ist nichts, nur dass die echten radikalen Islamisten währenddessen in Ruhe gelassen wurden. Die endlichen Ressourcen waren in diese Richtung ausgedünnt, auch beim späteren Attentäter von Wien, Kutjim F., unterließ man mögliche Präventionsmaßnahmen wie etwa eine Gefährderansprache.<sup>92</sup>

## 2. Missbrauch des Scherheitsapparats II:

### a. AG Fama

Im Mai 2017 fiel bei einem Bootsunfall das Handy des damaligen Kabinettschefs im BMI, Michael Kloibmüller, ins Wasser. Um die Daten zu sichern bzw. wenn dies nicht möglich wäre, es zu vernichten, wurde es an das BVT übergeben. Ahnend, dass sich für sie Nützliches auf dem Handy von Kloibmüller befindet, wertete es eine kleine Gruppe an BVT-Mitarbeitern aus und speicherte den Inhalt auf einen USB-Stick. Dieser USB-Stick wurde in weiterer Folge bei einer Hausdurchsuchung gefunden. Spätestens seit den sogenannten Strasser-Mails aus dem Jahr 2008 war die Verwicklung von Kloibmüller in ÖVP-Postenkorruption bekannt und es musste klar sein, dass entsprechende Hinweise auf diesem Stick auffindbar sein könnten.<sup>93</sup>

Trotzdem blieb der USB-Stick bei der Staatsanwaltschaft und wurde dort nur zögerlich behandelt. Mitglieder der zuständigen AG Fama (Arbeitsgruppe), die in erster Linie für die Aufarbeitung des BVT-Skandals gegründet wurde, sind Freund:innen und Bekannte von Kloibmüller und kommen selbst in den Chats vor. So auch der damalige Leiter der AG Fama und jetzige Chef der Bundeskriminalamts Andreas Holzer.<sup>94</sup> Den Namen "Fama" (Griechisch für "Gerücht") erhielt die Arbeitsgruppe von ihrem aktuellen Leiter Dieter Csefan, der Andreas Holzer in dieser Funktion nachfolgte.

Es ist auffällig, wie akribisch die AG Fama in Verfahren mit Kloibmüller als Opfer in Richtung von BVT-Mitarbeitern und deren Umfeld ermittelt. So kam es in diesem Zusammenhang zu zahlreichen Hausdurchsuchungen. Die dort sichergestellten Handys wurden unmittelbar ausgewertet und man freute sich über Zufallsfunde.

<sup>92</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000137532615/die-umstrittenen-razzien-gegen-angebliche-muslimbrueder-werden-thema-im-oevp>.

<sup>93</sup> <https://www.derstandard.at/story/3246430/strasser-mails-politik-der-umfaerbung>

<sup>94</sup> <https://zackzack.at/2022/02/22/die-jagd-auf-den-kloibmueller-stick-teil-1-die-spur-der-bmi-chats>

Zu Kloibmüller als möglichen Täter passierte nichts. Verjährung kam immer näher und trat erfolgreich bis auf einen Fall ein, in dem die WKStA und nicht die StA Wien ermittelt<sup>95</sup>

Im Lauf der Zeit zeigten sich bei der AG Fama ähnliche Vorgangsweisen wie bei der SOKO Tape, zwei Ermittlungseinheiten, deren Leitung und Zusammensetzung sich teilweise deckt. So wurden auch von der SOKO Tape Ermittlungsaufträge in Richtung ÖVP-Umfeld sehr halbherzig umgesetzt.

“Herr des Verfahrens” vonseiten der Justiz war in dieser Causa zufälligerweise Staatsanwalt Bernd Schneider und damit jener Staatsanwalt, der auch das Verfahren gegen die sog. Ibiza-Drahtzieher führte und den Christian Pilnacek zu Ermittlungen gegen einen Staatsanwalt der WKStA überreden wollte, der bis dahin sehr engagiert im “Casag”-Verfahren zu den Verdächtigen und Beschuldigten aus der ÖVP ermittelte.

Gefragt danach, dass dieser bei Kloibmüller keinen Anfangsverdacht hatte, führte Schneider wie folgt aus:

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Das war keine Frage.

Sie bekamen den Stick im März 2021. Im Juli hat die AG Fama anscheinend oberflächlich gesichtet; im Herbst, im September gibt es eine Besprechung zwischen dem IT-Experten Wacek und Ihnen; und im November ist alles verjährt. Die Frage ist: Wie schnell haben Sie da versucht, Wahrnehmungen zum Inhalt dieses Sticks zu bekommen, um Ihrem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden, objektiv, effizient und schnell zu ermitteln?

**Dr. Bernd Schneider, LL.M.:** Ich wiederhole mich, noch einmal die gleiche Antwort: Es handelt sich um einen Stick, der einem Opfer entwendet wurde, wenn ich - - Ich habe keinen Anfangsverdacht gehabt, dass ich in Richtung Mag. Michael Kloibmüller hinsichtlich eines Bestehens einer gerichtlich strafbaren Handlung ermittele.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Die AG Fama, die die Sichtung vorgenommen hat – leider nur oberflächlich bis Juli –, hat Ihrer Wahrnehmung nach ebenfalls nicht festgestellt, dass da auch Tatsachensubstrat in Richtung Verdacht des Amtsmissbrauches in mehreren Fällen auf den Sticks zu finden wäre?

**Dr. Bernd Schneider, LL.M.:** Das müssen Sie die Beamten der AG Fama fragen, ich habe dazu keine Wahrnehmungen.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Ihnen haben die AG Fama und deren Vertreter nichts in diese Richtung gesagt?

**Dr. Bernd Schneider, LL.M.:** Ich habe diesbezüglich keine Wahrnehmungen.

96

Obwohl seit 2008 medial breit bekannt war, dass Michael Kloibmüller im Verdacht steht, Postenkorruption und Amtsmissbrauch begangen zu haben, sah Schneider trotzdem keinen Anfangsverdacht und verteidigte sein Vorgangsweise und kritisierte indirekt auch die WKStA, die unverzüglich in diesem Zusammenhang ein Ermittlungsverfahren einleitete:

<sup>95</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000134547526/ermittlungen-gegen-wolfgang-sobotka-wegen-mutmasslichen-amtsmissbrauchs>

<sup>96</sup> 510/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.26, Bernd Schneider

**Dr. Bernd Schneider, LL.M.:** Ich kann mich hier nur wiederholen: Mag. Kloibmüller wurde bei mir als Opfer geführt, und solange ich keinen konkreten Anfangsverdacht gegen eine Person habe, kann ich nicht ihre elektronischen Gegenstände – oder elektronischen Daten, wie es in seinem Fall war – in Hinblick auf das allfällige Auffinden eines Anfangsverdachts auswerten. Das würde in einem Überwachungsstaat enden, wenn ich das bei jedem Opfer machen würde, dem elektronische Daten abhandenkommen.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Aber dann hat die WKStA Überwachungsmethoden? Sie hat nämlich sehr wohl aufgrund eines Sachverhalts Ermittlungen aufgenommen.

**Dr. Bernd Schneider, LL.M.:** Ich beurteile nicht die Arbeit der WKStA, es ist meine persönliche Einstellung zu - -

97

Gänzlich anders wurde von der AG Fama in der Causa Jenewein vorgegangen. In dieser wird dem ehemaligen FPÖ-Abgeordneten Hans-Jörg Jenewein vorgeworfen, unter anderem die sog. Kloibmüller-Daten erworben zu haben. Woraufhin diesem von der AG Fama das Handy abgenommen wurde.<sup>98</sup> Die von der ÖVP im Zusammenhang mit dem Schmid-Handy oft kritisieren “Zufallsfunde” stellten sich auch beim Jenewein-Handy rasch ein und führten zu medialen Veröffentlichungen. Unter anderem kam es zu Ermittlungen wegen gefälschter Covid-Zertifikaten im FPÖ-Umfeld.<sup>99</sup> Auch der Inhalt eines Tonbandes, das auf dem Handy von Jenewein gefunden wurde, in dem abfällig über andere Abgeordnete und den U-Ausschuss gesprochen wurde, wurde publik.<sup>100</sup>

Eine Gegenüberstellung diese beiden Ermittlungen zeigt, dass Ermittlungen sehr rasch erfolgen können, wenn dies politisch opportun ist, aber auch sehr langsam, wenn dies nicht der Fall ist. Der Umgang mit Handys und anderen elektronischen Datenträgern scheint höchst unterschiedlich auszufallen, je nachdem welche Ermittlungseinheit ein Gerät erhält und welcher parteinahen Person dieses zuzuordnen ist.

<sup>97</sup> 510/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.25, Bernd Schneider

<sup>98</sup> <https://kurier.at/politik/inland/causa-bvt-hausdurchsuchung-bei-ex-fpoe-abgeordnetem-jenewein/401732721>

<sup>99</sup> <https://www.krone.at/2817787>

<sup>100</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000138370614/tonbandaufnahme-aus-der-fpoe-novomatic-zahlt-alle-das-stimmt-ja>

### 3. Kurzsichtige Profite statt Außen- und Energiepolitik für Österreich

Du lebst in Österreich, zahlst hohe Steuern, Gebühren, Abgaben etc. und erwartest dir zu Recht, dass dir dafür eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Energieversorgung ist dabei eine zentrale Aufgabe: Haushalte, Industrie und öffentliche Einrichtungen müssen mit Strom und Gas stabil beliefert werden. Österreichs Regierungsparteien haben allerdings nicht dafür gesorgt, dass durch Diversifizierung der Lieferquellen für Gas, einerseits die Versorgungssicherheit, andererseits auch ein stabiles Preisniveau gewährleistet ist, sondern kurzsichtig auf den eigenen Vorteil geschickt: Sie wollten mit billigen Preisen innenpolitisch punkten, und auch geschäftlich - für befreundete Unternehmer oder nach der politischen Karriere selbst - von Verbindungen zum Putin-Regime profitieren.

Die Liste dieser Personen ist lang: So erhielt Ex-Finanzminister Schelling einen Beratervertrag bei Gazprom im Zusammenhang mit Nord-Stream 2, Ex-Bundeskanzler Schüssel einen Aufsichtsratsposten beim russischen Ölriesen Lukoil, Ex-Bundeskanzler Gusenbauer einen Aufsichtsratsposten in einem kremlnahen Think-Tank, Ex-Bundeskanzler Kern einen Aufsichtsratsposten bei der staatlichen russischen Bahn, von Karin Kneissl und anderen FPÖ-Politikerinnen ganz zu schweigen.

Was in Österreich gemacht wurde, ist, alles auf die Karte Russland zu setzen. Somit war Österreich zu Spitzenzeiten zu 80% von russischem Gas abhängig. Nun kann man sagen, dass Russland und davor die Sowjetunion ein verlässlicher Partner war, nur gilt dieses Argument spätestens seit der Krim-Annektion im Jahr 2014 nicht mehr. Allerdings hat man seitdem nur noch mehr auf Russland gesetzt. So wurde in der teilstaatlichen OMV der damalige CEO Gerhard Roiss, der auf eine verstärkte Diversifikation gesetzt hat, im Jahr 2015 durch den Putin-nahen Rainer Seele ersetzt. Laut einem Presse-Artikel vom 7.6.2022 warnte ein nicht näher genannter westlicher Geheimdienst Österreich vor Rainer Seele. Seele würde sinngemäß Putins Interessen dienen und auch von ihm gefördert werden, wodurch Österreich in größere Abhängigkeit Russlands geraten soll.<sup>101</sup>

Die gefährliche Nähe der österreichischen Spitzenpolitik zu Russland ist ein jahrzehntelanges Thema. Was als aktuelles Beispiel ab dem Jahr 2015 geschah, ist ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie man es nicht machen soll. Eines der größten Gasfelder Europas, das von der OMV gekauft wurde, liegt nach wie vor brach. Unmittelbar nach Amtsantritt wollte Seele Teile des Norwegengeschäfts an Gazprom verkaufen. Tatsächlich wurde aber ein großes Großentwicklungsprojekt in der Nordsee verkauft.<sup>102</sup> Alles kleinere Maßnahmen, die die Abhängigkeit von Russland erhöhten. Wo allerdings alle Alarmglocken hätten schrillen müssen: Als Seele den Gasliefervertrag mit Gazprom im Jahr 2018 unter Beisein von Sebastian Kurz vorzeitig auf 2040 verlängert hat. Bei diesem Vertrag handelte es sich um einen sog. Take or Pay-Vertrag. Das bedeutet, dass im Prinzip das gesamte Gas, das angeboten und geliefert wird, genommen und bezahlt werden muss - "koste es, was es wolle." Wohlgermerkt soll nach EU-Zielsetzung ab dem Jahr 2027 kein Gas mehr in die EU importiert werden. Dass durch lange Vertragslaufzeiten die Preise

<sup>101</sup> <https://www.diepresse.com/6149636/geheimdienst-warnte-vor-omv-chef-rainer-seele>

<sup>102</sup> <https://www.profil.at/wirtschaft/ex-omv-direktor-roiss-wir-haben-laengst-kleine-austro-oligarchen/401926996>

gedrückt werden können, ist ebenso ein Mythos, wie das billige russische Gas - wie jeder mit Gastherme mittlerweile weiß.

## IV. Inserate statt fairer Förderung: Medienkorruption

Medien und Politik sind in Österreich so umschlungen wie kaum in einer anderen liberalen Demokratie. Neben der Presseförderung, die verhältnismäßig bescheiden ausfällt, sind es vor allem die Regierungsinserate, die große Summen von der Politik in die Medienhäuser spülen. Weder die Politik noch gewisse Akteure in den Medien haben ein ernsthaftes Interesse daran, sich aus dieser Umklammerung zu befreien, denn zu groß ist ihre gegenseitige Abhängigkeit.

Um Regierungsinserate im großen Stil auf die Beine zu stellen, bedarf es auch taktischen Vorgehens in den Ministerien. Eine selbstbewusste Beamtenschaft würde sich wohl nicht für die parteipolitische Verwendung von Steuergeld (etwa durch Inserate in parteinahen Zeitungen) so einfach hergeben. Doch wie bereits ausführlich beschrieben, wird die Beamtenschaft zusehends unter Druck gesetzt.

### 1. Inseratenkorruption

#### a. Steuerung per Inseratenvolumen

##### ***Stell dir vor...***

... du willst dich über die österreichische Regierungspolitik informieren. Dafür braucht es zuallererst unabhängige Medien; ergänzende Kampagnen können punktuell notwendig sein, wenn es konkretes Informationsbedürfnis gibt. In der Realität scheint die Logik aber verkehrt: Die österreichische Regierung gibt jedes Jahr Unsummen an Steuergeld für Inseratschaltungen aus. Der eigentliche Zweck dahinter ist nicht das Informationsbedürfnis der Bevölkerung zu stillen, sondern durch diesen Finanzierungsfluss die Gunst der Medien zu "erkaufen". Zeitungen, in denen die Regierung regelmäßig inseriert, sind gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zunehmend von Regierungsinseraten abhängig. So erhoffen sich Politiker:innen wohlwollende Berichterstattung. Inserate im großen Stil machen finanziell abhängig. Das ist gefährlich, da dann Einfluss auf die redaktionellen Inhalte nicht ausgeschlossen werden kann. So flossen in der Amtszeit von Köstinger als Landwirtschaftsministerin (in der Amtszeit Kurz I und II) Millionenbeträge an den Boulevard.<sup>103</sup> Generell inserierte Köstinger in allen gängigen Tageszeitungen - bis auf die Tageszeitung "Der Standard". In den vier Jahren der Köstinger-Ära wurde kein einziges Inserat im Standard gebucht.

---

<sup>103</sup> Daten stammend aus <https://www.medien-transparenz.at/> Zeitraum Q1/2018 - Q4/2021; abgerufen am 7.2.2023.



104

Dieses gezielte Verteilen (oder Enthalten) von Inseraten ist ein wichtiges Machtinstrument, das Politiker:innen gegenüber den Medien haben. Angesprochen im U-Ausschuss, weshalb denn in solch einem reichweitenstarken Medium nicht inseriert wurde - welche objektiven Kriterien in Köstingers Ministerium zu diesem Ergebnis führten - wies die Ex-Ministerin jegliche Entscheidungsverantwortung von sich.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Als Ministerin tragen Sie doch eine Verantwortung, wie mit Steuergeld umgegangen wird und ob es nach objektiven Kriterien passiert. Wir sehen eine Häufung an ÖVP-nahen Medien, ein Übergewicht an Boulevardmedien, und während beispielsweise der „Kurier“ mit 76 000 Euro bedacht wurde und „Die Presse“ mit 15 000 Euro, wurde im „Standard“, der eine höhere Reichweite als Kurier und Presse hat, gar nicht inseriert – in den gesamten vier Jahren Ihrer Amtszeit gar nicht. Ich habe da eine Vorlage für Sie, Vorlage 23, einen Screenshot aus der Medientransparenzdatenbank. Deswegen interessiert es mich ja so: ihre objektiven Kriterien und ob Sie als Ministerin ein Auge darauf hatten; denn da geht es um eine Reichweite von 549 000 Lesern. Warum wurden die ignoriert? Oder: Welche Kriterien führten dazu – damit man es in Zukunft vielleicht besser macht? (*Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück. – Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson und Verfahrensanwältin.*)

**Elisabeth Köstinger:** Ich habe bereits versucht, es Ihnen auszuführen. Die Entscheidung, welche Informationsoffensive, welches Inserat, welche Kampagne in welchem Medium geschaltet wurde, habe operativ nicht ich umgesetzt. Ich habe ja versucht, Ihre Frage nach den bürgerlichen Medien entsprechend zu beantworten, aus meiner persönlichen Wahrnehmung. Warum welche Medienoffensive oder Kommunikationsoffensive in welcher Zeitung, in welchem Journal, wo auch immer geschaltet wurde – da habe ich keinen Einfluss auf die entsprechenden Kriterien gehabt. Ich war da operativ nicht eingebunden.

105

Auch nach weiterem Nachfragen bedauerte Köstinger sich mit dem Themengebiet der Inserate nicht befasst zu haben:

<sup>104</sup> <https://www.medien-transparenz.at/> abgerufen am 7.2.2023.

<sup>105</sup> 550/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 42 von 59; Elisabeth Köstinger.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Noch einmal konkret: Haben Sie mitbekommen oder haben Sie sich für die Gründe interessiert, warum „Der Standard“ in vier Jahren kein einziges Inserat bekam, bei 549 000 Lesern?

**Elisabeth Köstinger:** Das war mir nicht bekannt. Ich habe keine Wahrnehmung dazu.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Sie haben sich also des Themas Inserate gar nicht angenommen, sich nie erkundigt, wie das Steuergeld ausgegeben wird? Das lief so an Ihnen vorbei?

**Elisabeth Köstinger:** Ich bin immer davon ausgegangen, dass das, wie es im Haus gängige Praxis ist, wie es im Ministerium umgesetzt wird, allen Vorgaben entspricht. Wir haben auch – und ich glaube, das können Sie ja auch, was die Zahlen betrifft, relativ gut herleiten –, obwohl wir im Vergleich zu vorherigen Legislaturperioden ein Vielfaches an Kompetenzbereichen dazugewonnen haben, was Inserate betrifft, sehr sparsam gewirtschaftet, haben vor allem immer versucht, Informationen, Kampagnen auch sehr zielgruppenspezifisch auszurollen – vor allem den bäuerlichen Bereich haben wir ja schon angesprochen –, und von dem her habe ich da auch nie eine Veranlassung gesehen, ganz genau zu hinterfragen oder mich überhaupt darum zu kümmern, in welchem Ausmaß welche Inserate wo geschaltet worden sind. Das war ehrlich gesagt vor allem bei den durchaus sehr umfassenden anderen Aufgaben, die permanent zu bewältigen waren, nicht unbedingt meine große Priorität.

106

Da es schien, dass Ex-Ministerin Köstinger wenig Einblick in ihr eigenes Ressort hatte, luden wir auch ihren damaligen Pressesprecher, der mittlerweile als Pressesprecher von Bundeskanzler Nehammer arbeitet: Daniel Kosak. Angesprochen auf die nicht nachvollziehbaren Inseratenschaltungen im Landwirtschaftsministerium, meinte er, dass sie über den “Standard” vermutlich nicht die Zielgruppe erreichen konnten, welche angesprochen werden sollte. Das ist insofern bemerkenswert, als erstens vor und nach Köstingers Amtszeit (wieder) im “Standard” inseriert wurde.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Herr Kosak, Ihre Ausführungen zu den Kriterien bei der Inseratenvergabe, die vermeintlich unter Köstinger angelegt wurden, waren für mich nicht nachvollziehbar und sind für mich auch nicht schlüssig, wenn wir wahrnehmen, dass unter Köstinger kein einziges Inserat im „Standard“ geschaltet wurde.

Haben Sie dazu Wahrnehmungen, wie das sein kann? Hat der keine Reichweite oder keinen Marktanteil? *(Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson. – Abg. Hanger: Ist das jetzt eine Bewerbung für den Anzeigenverkauf beim „Standard“? – Abg. Stögmüller: Es braucht jeder eine Nebenbeschäftigung, oder? Salesmanager!)*

**Daniel Kosak:** Frau Abgeordnete, ich habe zu Beginn meiner Ausführungen schon versucht, zu erklären, was die Kriterien waren, nach denen Inserate vergeben worden sind.

Das waren aus unserer Sicht die drei größten Punkte: zum einen, sich die Frage zu stellen, was das Kommunikationsbedürfnis ist und was der Kommunikationsinhalt ist; zum Zweiten, sich zu überlegen, mit welchen Medien man die Zielgruppen, die man mit diesem Inserat erreichen will, erreichen kann; und das dritte Kriterium – es sind nicht immer alle additiv, sondern auch taxativ –: Auflage und Reichweite waren natürlich auch ein Kriterium.

107

<sup>106</sup> 550/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 43 von 59; Elisabeth Köstinger.

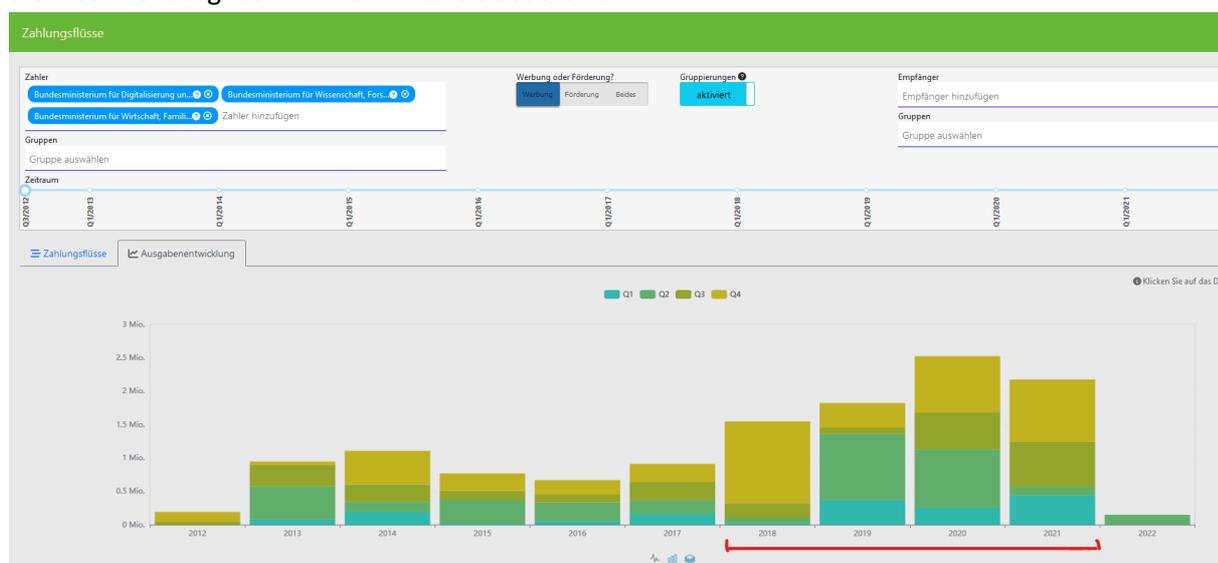
<sup>107</sup> 649/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 49 von 54; Daniel Kosak.

Und wahrscheinlich war es so, dass unsere Einschätzung damals war, dass wir – mit den Inhalten, die zu kommunizieren waren, über die Zeitung, die Sie genannt haben – die Auffassung hatten, dass wir damit die Zielgruppen nicht erreichen.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Wirklich? Kein einziges Inserat im „Standard“? 7,3 Prozent Marktanteil, 594 000 Leser – Menschen, Österreicher und andere hier. (Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson. – Abg. Stögmüller: Ist nicht die Zielgruppe!)

108

Ein weiteres Ressort in den Kurz'schen Kanzlerschaften stach heraus: Jenes Ministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort von Margarete Schramböck. Ihr Ressort wurde kleiner, denn Forschung, Tourismus, Energie und Bergwesen musste sie gleich zu Beginn abgeben. Dennoch stiegen die Inseratenausgaben in ihrer Amtszeit deutlich an.



109

Da die Corona-Pandemie erst 2020 begann, kann der Anstieg nicht darauf zurückzuführen sein, denn der Peak beginnt bereits 2018 mit ihrem Amtsantritt. Darauf im U-Ausschuss angesprochen, begründete sie die hohen Ausgaben mit der Pandemie und verwies für weitere Fragen an ihre damaligen Mitarbeiter:innen. Ein Sittenbild unzähliger Minister:innen, die bei Fragen der Verantwortungsübernahme schnell auf andere - meist (Kabinetts-)Mitarbeiter:innen verwiesen.

<sup>108</sup> 649/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 50 von 54; Daniel Kosak.

<sup>109</sup> Daten von <https://www.medien-transparenz.at> abgerufen am 10.2.2023. Der rote Strich markiert die Amtszeit von Schramböck und wurde durch den NEOS Parlamentsklub hinzugefügt.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Sie tragen als Ministerin dennoch die Letztverantwortung. Ich möchte Ihnen Vorlage 20 näherbringen, weil Ihr Ressort schließlich kleiner als das der früheren Wirtschaftsminister war – es waren ja Wissenschaft und Forschung abgegeben; Tourismus, Energie, Bergwesen waren bei Köstinger; die Digitalisierung war von Aufgaben, Budget und Personal her kleiner –, trotzdem haben Sie, Ihr Haus mehr inseriert. Warum? *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

**Dr. Margarete Schramböck:** Ja, ich möchte zuerst einmal darauf eingehen, dass Sie gesagt haben: Das Ressort war kleiner. – Ja, es war anders. Es hatte einen großen Teil im Bereich der Digitalisierung mit dabei und da natürlich neue Aufgabenstellungen, die früher nicht so stark verfolgt oder betrieben wurden, nämlich das Thema Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung im Bereich der Digitalisierung zu unterstützen. Das – kann ich mir vorstellen – ist eines der Themen gewesen, das auch stärker vorkam. Jetzt schaue ich mir die Vorlage an. *(Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.)* Was sehe ich da an Vorlage? Ist das eine Medientransparenz-, eine Quelle? Woher – können Sie mir da helfen – kommt diese Information? Ist die aus den Medien oder aus unserem Haus?

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Außerhalb der Fragezeit: aus der RTR-Medientransparenzdatenbank.

**Dr. Margarete Schramböck:** Aus der RTR-Medientransparenzdatenbank. – Ja, man sieht hier deutlich, dass die Themen der Digitalisierung wahrscheinlich ein großes Thema waren und – das kann ich mir vorstellen – auch das Thema natürlich - - Wir sind im Jahr 2020: Da haben wir diesen Peak – das heißt, diesen Anstieg – und das ist wahrscheinlich auf die Themen der Covid-Situation und der notwendigen Kommunikation der vielen Maßnahmen, die wir ja in diesem Zusammenhang gesetzt haben, zurückzuführen.

Also es waren schon zwei besondere Jahre: das Jahr 2020 und 2021, aber auch 2019 natürlich. Das neue Thema der Digitalisierung ist hier sehr wahrscheinlich auch ein Treiber oder eine Ursache gewesen. Ich war aber nicht direkt involviert. Wenn wir das ganz genau ergründen wollen, müssten wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befragen, die da diese Schaltungen auch beauftragt haben. 110

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Frau Dr. Schramböck, der relevante Anstieg war insbesondere 2018 und 2019, und – nur zur Information – die Farben sind nicht Themen, sondern Quartale. Schauen wir uns das konkret an.

**Dr. Margarete Schramböck:** Ah, okay, verstehe ich. Ja, und das heißt, wir haben oben die Farben, die Quartale, und die Quartale sind dann jeweils zu dem großen Block zusammengefasst, das ist dann das Jahr. *(Abg. Krisper – erheitert –: Ja, genau!)*

Da sieht man dann, wenn man sich das Jahr 2020 – das war ja jenes, wo eben Covid begonnen hat – anschaut, dass das einen sehr starken Anstieg hat, und sehr wahrscheinlich ist das auch auf die Covid-Situation zurückzuführen. Ich kann mich erinnern, wir haben ja so viele Maßnahmen gehabt, das ist manchmal auch kritisiert worden: das Thema Härtefallfonds, die Verlängerung der unterschiedlichen Maßnahmen, die Kurzarbeit. Wir hatten die Garantien, die vor allem für die Kleinunternehmen ganz wichtig waren, Schulungen; wir haben geschaut, was wir vor allem auch zum Beispiel für Lehrlinge an eigenen Maßnahmen tun, dass sie da digital geschult worden sind. Auf das führe ich das primär auch zurück. 111

Verantwortungsübernahme schaut anders aus, weshalb es dringend geboten scheint, eine Politiker:innenhaftung einzuführen. Zukünftig darf es nicht mehr möglich sein, die rechtliche

<sup>110</sup> 628/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 7 von 63; Margarete Schramböck.

<sup>111</sup> 628/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 8 von 63; Margarete Schramböck.

Verantwortung von sich zu schieben. Als Minister:in ist man letztverantwortlich in seinem Ministerium. Punkt. Gleiches wird in der Privatwirtschaft von Geschäftsführer:innen verlangt, die für ihre Entscheidungen ebenso geradestehen müssen. Es kann nicht sein, dass in einer liberalen Demokratie jeder private Geschäftsführer strengeren Haftungsregeln unterliegt als ein/e gewählte/r Politiker:in, die/der mit Steuergeld arbeitet.

## b. Umgehung der Entscheidungsverantwortung

### ***Stell dir vor...***

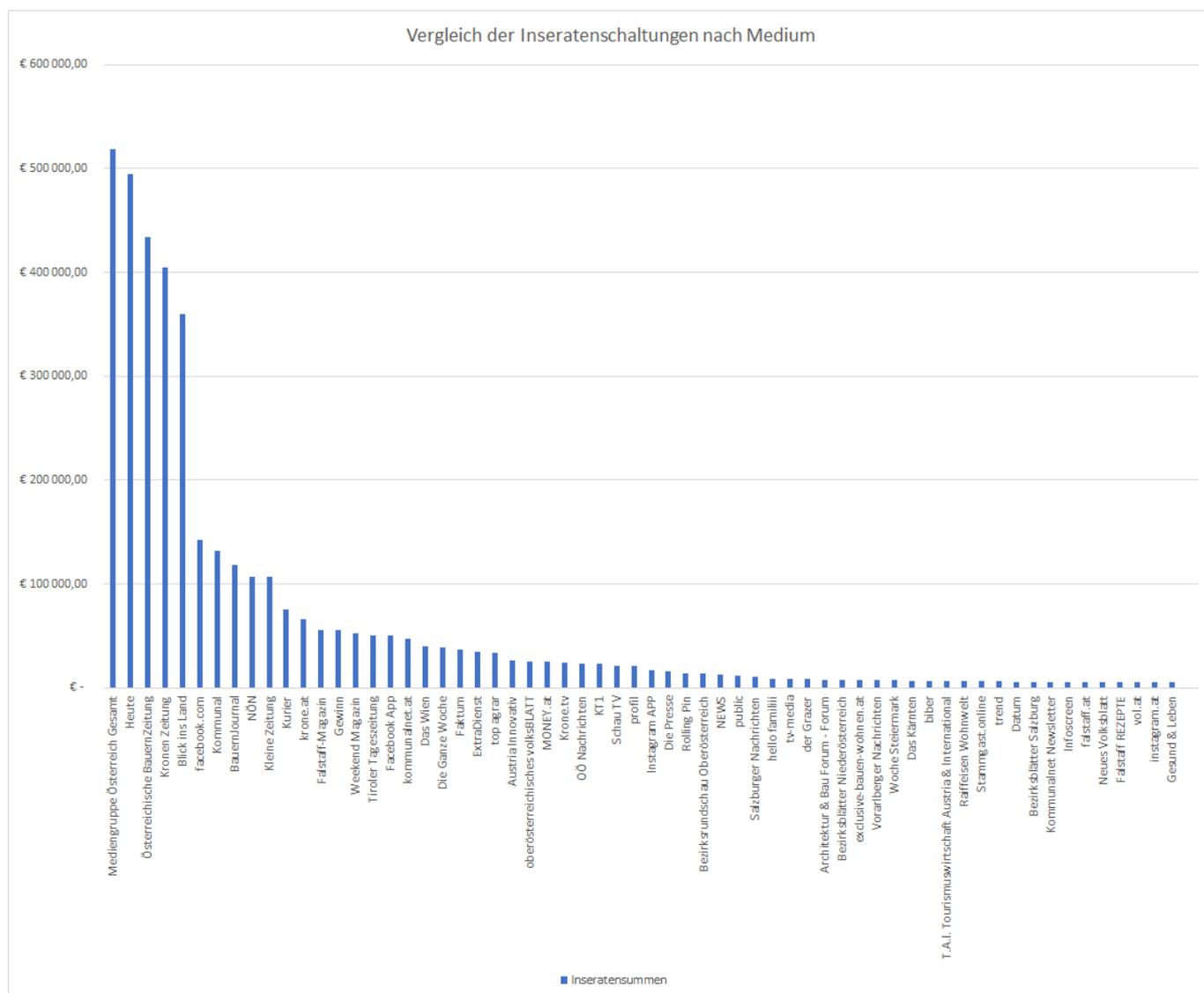
... du bist Beamtin in einem Ministerium und arbeitest in der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Du buchst Inserate, sagst Medienkooperationen zu bzw. ab und holst unzählige Angebote für Schaltungen ein. Wie es das Gesetz vorsieht, willst du, dass Inserate nur Sachinformationen in der Bevölkerung verbreiten. Aber mit einem neuen Minister kommt auch ein neuer Pressesprecher. Er hat dir gegenüber eigentlich kein Weisungsrecht, erklärt dir aber trotzdem: Jede Entscheidung, die du treffen willst, musst du von ihm absegnen lassen. Und dann verlangt er auch noch Inserate in Parteizeitungen.

Diese Nachricht musst du erst einmal verdauen. Schließlich bist **du** die Fachbeamtin, die seit Jahrzehnten mit Inseratenvergaben beschäftigt ist. Eigentlich darf der Pressesprecher solche Entscheidungen gar nicht treffen. Er hat keine Vorgesetztenfunktion dir gegenüber. Aber du kennst die Realität: Wer in der Verwaltung nicht spurt, der wird ganz schnell durch kooperative Personen ausgetauscht. Also kooperierst du und schickst künftig jedes Inserat brav "hinauf" ins Kabinett. Der Pressesprecher des Ministers verteilt die Inserate dann nach politischem Kalkül. Mit Bürgerinformation - der ursprüngliche Zweck eines Inserats - hat das alles nichts mehr zu tun.

So wie hier beschrieben, fanden wir unzählige Akten aus dem Landwirtschaftsministerium. Der damalige Pressesprecher von Köstinger - Daniel Kosak - akkordierte millionenschwere Inseratenbudgets.<sup>112</sup> Nicht, wie man als redliche:r Bürger:in annehmen könnte, nach objektiven und sachlichen Kriterien, um wirklich gezielt die gesamte Bevölkerung oder bei Bedarf eine gewisse Zielgruppe zu erreichen, nein. Das Bild der Medientransparenzdatenbank, in der quartalsmäßig Inserate ab 5.000 Euro (in periodischen Druckwerken) veröffentlicht werden müssen, spricht Bände:

---

<sup>112</sup> <https://zackzack.at/2022/10/07/u-ausschuss-gezerre-um-vergaben-im-landwirtschaftsministerium> abgerufen am 8.2.2023.



113

Das Durchforsten der Akten ergab ein weiteres eindeutiges und erschütterndes Bild: Die zuständige Fachabteilung entschied nichts. Sie fragte bei jedem einzelnen Inserat im Kabinett nach - zumeist bei Daniel Kosak persönlich - ob gebucht werden solle. Bestätigte dies das Ministerbüro, so buchte die Fachabteilung brav das Inserat und trug im Aktenlauf ihre Genehmigung ein. Formal schien also alles in Ordnung zu sein, denn die Fachabteilung selbst wurde als die genehmigende Stelle in den elektronischen Akten angeführt - so wie es das Gesetz vorsieht. Doch dies war nur ein Feigenblatt. Öffnete man die Akten und las sich den Mailverkehr zu den Inseratenbuchungen durch, so zeigte sich, dass in Wahrheit Kosak selbst die Entscheidungen traf. Mit jedem noch so kleinen Inserat wandte sich die Fachabteilung an ihn und fragte artig nach, wie sie denn verfahren soll. Die Verwaltung an der kurzen Leine des Kabinetts. Anschließend trugen sich die Fachbeamt:innen selbst als Entscheidungsträger in den Aktenlauf ein, so wie es das Gesetz vorsieht, denn eigentlich haben Kabinettsmitarbeiter gegenüber der Verwaltung keinerlei Handhabe. Sie dürfen keine Weisungen oder Aufträge erteilen, geschweige denn die Entscheidungsgewalt von Fachabteilungen übernehmen. Als

<sup>113</sup> Quelle der Daten: <https://www.medien-transparenz.at/>; Zeitraum Q1/2018 - Q4/2021; Grafische Aufbereitung: NEOS Parlamentsklub.

Kosak darauf angesprochen wird, beteuert er, dass es sich hierbei um eine "Zusammenarbeit" und um eine gemeinsame "Abstimmung" gehandelt habe. Nach hartnäckigem Nachfragen gestand er aber ein: "Ja, ich war in die Inseratenvergabe involviert. Ich war beteiligt. Vieles ist über meinen Schreibtisch gegangen. In vielem habe ich meine Meinung abgegeben, und daraus sind dann Aufträge entstanden, die in formeller Hinsicht, wie Sie selbst richtig sagen, die Fachabteilung dann beauftragt hat."

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** So, wie wir die Akten sehen, waren das nicht Ausnahmen, sondern ein häufiger Fall, wie das hier lief, Herr Kosak. „Heute“ – Vorlage 7, 561364, Seite 9.

114

Da geht eine Mail an Sie, weil die Fachabteilung „wunschgemäß“ ein „Angebot von Heute“ eingeholt hat und bei Ihnen nachfragt, ob dieses nun angenommen werden soll. Ein Beispiel von vielen, wo es an Sie geht. „Bitte um RM“ – Rückmeldung –, „ob wir dieses annehmen möchten“ von der Fachabteilung ans Kabinett.

Und auf Seite 2 steht, sehen Sie schön, der Aktenlauf, da steht nur „Genehmigt [...] Steiner-Ostermann“, Fachabteilung, aber nach Rücksprache mit Ihnen. „Bitte um RM“ – Rückmeldung. Sie wiederum in Rücksprache mit der Ministerin, oder wie jetzt? Oder wissen Sie es da auch nicht, obwohl es an Sie ging? (*Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück und beraten sich.*)

**Daniel Kosak:** Frau Abgeordnete! Nach Durchsicht dieses Aktenstücks ist es auch hier genauso, wie ich es Ihnen vorher sehr offen beschrieben habe. Ja, ich war in die Vergabe von Inseraten involviert. Ja, ich habe meinen Input und meine Meinung dazu abgegeben. Wenn ich den E-Mail-Verlauf betrachte, auf den Sie jetzt anspielen, dann steht dort auch mein Input drinnen und die Abgabe meiner Einschätzung. Ich sehe da keinen Widerspruch zu dem, was ich schon seit ein paar Stunden sage: Das war ein Teil meiner Aufgabe. So habe ich das auch wahrgenommen in Abstimmung und in Zusammenarbeit mit der Fachabteilung.

Um Ihre wahrscheinliche Nachfrage noch zu beantworten, auch hier: Ich habe über einzelne Inserate mit der Ministerin keine Rücksprache gehalten.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Auf was hinauf wartete dann die Fachabteilung in mehreren Fällen, die wir gefunden haben – wir haben nicht alles durchforsten können –, auf Ihre Rückmeldung, Rückmeldung aus dem Kabinett, wenn Sie sagen, Sie konnten nicht bei allen Inseraten Rücksprache halten? Wer hat jetzt hier faktisch entschieden?

„Wir warten“ – Zitat: „OÖ Volksblatt“, Vorlage 27, 574913 (*die Auskunftsperson liest in dem vorgelegten Schriftstück*) – „Wir warten auf RM“ – Rückmeldung; „wir haben das Angebot ins MB“ – Ministerbüro – „weitergeleitet“. Da wartet die Fachabteilung auf die Rückmeldung, kann bis dahin nicht entscheiden – und Sie wollen mir weismachen, Sie waren nur involviert, es wurde nur Ihre Meinung eingeholt, aber die Fachabteilung war so großartig unabhängig?! Herr Kosak, ist das Ihr Ernst? (*Abg. Hanger hebt die Hand.*)

115

<sup>114</sup> 649/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 52 von 54; Daniel Kosak.

<sup>115</sup> 649/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 53 von 54; Daniel Kosak.

**Daniel Kosak:** Frau Abgeordnete, es tut mir leid, dass ich Sie, was meine Antworten betrifft, offenbar nicht glücklich machen kann. Ich kann Ihnen nur beschreiben, wie der Prozess in meiner Wahrnehmung und in meiner Erinnerung war, und das habe ich schon mehrfach beschrieben. In der Regel waren das keine autonomen Entscheidungen einer einzelnen Person, sondern es war eine gemeinschaftliche Arbeit in Zusammenarbeit mit der Fachabteilung. Sie haben selber einige Schriftstücke vorgelegt, die zeigen, dass sich viele Verlagshäuser an uns gewandt haben, die auch zeigen, dass wir die Angebote vieler Verlagshäuser auch ablehnen mussten. Es war die Nachfrage immer deutlich höher. Das ist, glaube ich, in jedem Ressort, das Schaltungen macht, so, und wir konnten nicht alle Angebote, die an uns herangetragen wurden, umsetzen.

Im Sinne dessen bitte ich Sie, das zur Kenntnis zu nehmen, was ich vorhin schon gesagt habe: Ja, ich war in die Inseratenvergabe involviert. Ich war daran beteiligt. Vieles ist über meinen Schreibtisch gegangen. In vielem habe ich meine Meinung abgegeben, und daraus sind dann Aufträge entstanden, die in formeller Hinsicht, wie Sie selbst richtig sagen, die Fachabteilung dann beauftragt hat.

116

Besonders dreist ist eine Inseratenschaltung in Höhe von 26.955 Euro verlaufen, welche das Kabinett veranlasste, woraufhin das Inserat erschien und erst im Nachhinein die zuständige Fachabteilung darüber informiert und um (rückwirkende) Auftragserteilung durch die zuständigen Fachbeamten:innen ersucht wurde.

Diese Beispiele zeigen klar: Solch Verhalten ist zwar nicht strafrechtsrelevant, aber klar rechtswidrig. Für das Verwaltungshandeln (Auftragsvergaben aus dem Kabinett heraus) fehlt jegliche Gesetzesgrundlage; ein Missstand, der dazu führt, dass weiterhin Kabinettsmitarbeiter:innen rechtswidrig aus dem Kabinett heraus hohe Summen an Inseratenaufträge nach politischem Kalkül an Medien verteilen, um auf diese Einfluss und Druck auszuüben.

---

<sup>116</sup> 649/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué Seite 54 von 54; Daniel Kosak.

## 2. Parteinahе Zeitungen

### **Stell dir vor...**

... du bist nun mit einem Pressesprecher konfrontiert, der dir als Fachbeamtin aus dem Kabinett heraus erklärt, wo welches Inserat geschaltet wird. Du nimmst dieses rechtswidrige Vorgehen hin, weil du um deinen Job bangst. Doch nun verlangt er auch von dir, dass in parteinahen Zeitung inseriert wird. In Zeitungen, die über komplizierte Konstruktionen der ÖVP gehören, sollst du nun mit Steuergeld inserieren. Den Informationsauftrag für die Bevölkerung kannst du schon lange nicht mehr erkennen. Hier handelt es sich längst nur mehr um ein Zuschancen von Steuergeld an die eigene Partei.

Angekommen an den Geldtöpfen der Ministerien, scheuen viele Minister:innen nicht davor zurück, ganz bewusst in parteieigenen Medien zu inserieren und scheffeln sich so über die ohnehin üppige Parteienfinanzierung noch mehr Steuergeld in die Parteikasse.<sup>117</sup> So geschehen im großen Stil im Landwirtschaftsministerium von Köstinger. In ihrer vierjährigen Amtszeit flossen insgesamt 1,1 Mio Euro an parteinahе Medien oder an Personen, die der ÖVP (sehr) nahe stehen. Darunter 360.000 Euro an "Blick ins Land", welches einem ehemaligen Kammerfunktionär der ÖVP gehört. 430.000 Euro an die "Österreichische Bauern Zeitung", welche der ÖVP-Teilorganisation Bauernbund gehört und somit direkt in die eigene Parteikassa floss. Auch das "BauernJournal" wurde mit Inseraten bedacht und erhielt 120.000 Euro. Es gehört der Landwirtschaftskammer, die wiederum in ÖVP-Hand ist.

Es ist fraglich, ob all den Inseraten ein echtes Informationsbedürfnis zugrunde liegt.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Ich wiederhole gerne meine Frage, die war, ob Sie als Ministerin sich überlegt haben oder Wahrnehmungen zu Überlegungen haben – die Zeit läuft; ich versuche, die Frage wirklich Wort für Wort zu wiederholen und bitte, meine Zeit zu schonen, danke –, ob Sie Wahrnehmungen haben, dass Sie sich als Ministerin Gedanken gemacht haben, ob es ein Complianceproblem gibt, wenn man in parteinahen ÖVP-Zeitungen inseriert, und wie Sie damit umgegangen sind. Gab es dazu Überlegungen in Ihrem Haus, oder ist Ihnen die Fragestellung fremd?

**Elisabeth Köstinger:** Ich muss noch einmal auf meine erste Nachfrage Bezug nehmen, dass ich Ihre Definition von Parteizeitung vielleicht nicht nachvollziehen kann. Es gibt Magazine, die nach meinem Wissensstand von der ÖVP-Bundespartei verlegt werden. Ich habe keine Erinnerung oder Wahrnehmung, dass da jemals eine Schaltung durch das Landwirtschaftsministerium beziehungsweise Tourismus - -, also durch das Ressort, passiert 118 wäre. Ich glaube, das wäre durchaus auch medial bekannt oder präsent geworden, wenn das der Fall gewesen wäre.

Aber abseits dessen habe ich als Bundesministerin - - Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass ich am Vormittag schon ausgeführt habe, dass ich operativ nicht in Inseratenvergaben Einfluss genommen habe, das nicht beeinflusst habe oder wie auch immer. Ich bin immer davon ausgegangen, dass vor allem auch durch die Presseabteilung im Bundesministerium alle Vergaben, alle Inserate rechtlich einwandfrei und in Ordnung abgewickelt werden und wurden. 119

<sup>117</sup> <https://orf.at/stories/3137065/> abgerufen am 8.2.2023

<sup>118</sup> 550/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 39 von 59; Elisabeth Köstinger.

<sup>119</sup> 550/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké Seite 40 von 59; Elisabeth Köstinger.

Köstinger wartete mit erstaunlich wenig Wissen über ihr eigenes (ehemaliges) Ressort auf und ging sogar davon aus, dass an parteinahe Zeitungen kein Geld geflossen ist. Es ist erschreckend, wie wenig Kenntnis über ihr damaliges Ressort ehemalige Minister:innen im U-Ausschuss vorweisen konnten.

### 3. Causa Wirtschaftsbund Vorarlberg

Ein anderes Beispiel dafür, wie die ÖVP parteinahe Zeitschriften und Magazine für ihre Selbstbereicherung ausnutzte, ist die Affäre rund um den Wirtschaftsbund Vorarlberg. Anlassfall, der den Stein ins Rollen brachte, war eine Ö1-Recherche vom November 2021.<sup>120</sup> Die Finanz wurde auf die Informationen des Berichts aufmerksam und stellte wenig später fest, dass Einnahmen für Inserate in der Zeitschrift des Vorarlberger Wirtschaftsbands, einer Teilorganisation der ÖVP, nicht ordnungsgemäß versteuert worden waren. Doch erst im Zuge eines ergänzenden Beweisantrags und der daraufhin erfolgten Aktenlieferung an den Untersuchungsausschuss wurde das wahre Ausmaß des Skandals öffentlich bekannt. Die Öffentlichkeit sah, was beim Wirtschaftsbund im "sauberen Ländle" Vorarlberg unter dem mittlerweile zurückgetretenen Direktor Jürgen Kessler alles möglich war: Eine Parteizeitung, die fast nur aus Anzeigen besteht, bezahlt vom Land, von landeseigenen Unternehmen, von Industriellen und Gewerbetreibenden, die von der Politik Widmungen und Genehmigungen brauchen. Ein Wirtschaftsband-Direktor, der bei Inseraten mitschneidet und sich vom Wirtschaftsband ein zinsloses Darlehen auszahlen lässt. Geldflüsse in Richtung ÖVP. Zahlungen ohne Belege. Eine angebliche Spende an das Rote Kreuz, die beim Empfänger nie ankam.<sup>121</sup>

Im Zuge der Affäre meldeten sich mehrere Wirtschaftstreibende aus Vorarlberg zu Wort, die öffentlich von Druck berichteten, der auf sie ausgeübt wurde, damit sie in der Vorarlberger Wirtschaft inserieren.<sup>122</sup> Auch Landeshauptmann Markus Wallner höchstpersönlich soll für entsprechende Inserate geworben und damit einhergehende Vorteile versprochen haben, wie ein anonymer Unternehmer in einer eidesstattlichen Erklärung mitteilte.<sup>123</sup> Ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen den Landeshauptmann ist zum Zeitpunkt der Abgabe dieses Berichts anhängig.

Mit den nicht ordnungsgemäß versteuerten Einnahmen aus den Inseraten bereicherten sich in weiterer Folge die ÖVP und etliche Funktionsträger des Wirtschaftsbands. So wurde im Jahr 2019 etwa der Wahlkampf von Sebastian Kurz durch die Kostenübernahme mehrerer Veranstaltungen unterstützt, Wahlkampfgeschenke von Karlheinz Kopf aus Mitteln des Inseratengeschäfts bezahlt oder gleich direkt umfangreiche Zuwendungen an die ÖVP und deren Landes- bzw. Ortsgruppen vorgenommen.

Bis zum heutigen Tag hat ÖVP-Landeshauptmann Wallner weder Konsequenzen aus der Affäre gezogen noch Verantwortung für die unglaublichen Missstände übernommen. Seine Befragung im Untersuchungsausschuss brachte, statt neuer Erkenntnisse, Entschuldigungen und Erinnerungslücken eines amtierenden Landeshauptmannes.

---

<sup>120</sup>

<https://vorarlberg.orf.at/stories/3132218/#:~:text=In%20der%20Bilanz%20der%20Wirtschaftskammer,in%20oe1. ORF.at>, abgerufen am 27.12.2022.

<sup>121</sup> siehe zu den weiteren Vorwürfen auch <https://www.profil.at/oesterreich/oevp-und-korruption-aufbruch-im-vermeintlichen-sauberland-vorarlberg/401994897>, abgerufen am 27.12.2022.

<sup>122</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000134552056/michael-stadler-der-tischler-der-am-stuhl-der-oevp-saegt>, abgerufen am 27.12.2022.

<sup>123</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000137251608/warum-der-korruptionsvorwurf-eines-managers-an-markus-wallner-schwer-zu>, abgerufen am 27.12.2022.

## 4. Beinschab-Tool

Der Name Beinschab-Tool oder auch Beinschab-Österreich-Tool wurde von Thomas Schmid erfunden und in Chats zwischen ihm und seinen engen Mitarbeitern verwendet. Benannt nach der Demoskopin Sabine Beinschab, einer ehemaligen Mitarbeiterin von Ex-Ministerin Sophie Karmasin. Thomas Schmid bestellte als Kabinettschef im BMF Umfragen im Sinne von Sebastian Kurz bei Sabine Beinschab. Laut Aussagen von Thomas Schmid war dies im Auftrag von Sebastian Kurz. Dabei stand die gewünschte Tendenz der Umfragen meistens im Vorhinein fest bzw. wurden diese dann von Thomas Schmid selbst oder später auch vom damaligen Pressesprecher von Finanzminister Schelling Johannes Frischmann in der "Schwankungsbreite frisiert".<sup>124</sup> Erwähnt sei noch, dass Frischmann später Pressesprecher von Sebastian Kurz wurde.

Frischmann Johannes MSc (+43664 [REDACTED])	Und nur für dich: zahlen sind in schwankungsbreite frisiert.	2017-01-28 14:14:12	True
Thomas Schmid		2017-01-28 14:14:20	True
Thomas Schmid	Tüchtig	2017-01-28 14:14:23	True
Frischmann Johannes MSc (+43664 [REDACTED])	Wir schneiden schlechter ab als SPÖ	2017-01-28 14:14:25	True
Frischmann Johannes MSc (+43664 [REDACTED])	Da habe ich umgedreht.	2017-01-28 14:14:39	True

125

Diese Umfragen wurden dann in weiterer Folge im Boulevardblatt Österreich sowohl online als auch in gedruckter Form verbreitet. Abgerechnet wurden sie von Sabine Beinschab durch Scheinrechnungen an das BMF. Dies funktionierte so, dass Frau Beinschab mit Studien durch das BMF beauftragt wurde. Studien werden immer wieder von den verschiedensten Ministerien beauftragt, um Entscheidungsgrundlagen zu schaffen. Beispielsweise gab das BMF eine Studie an das IHS in Auftrag, damit untersucht wird, welchen Effekt eine CO<sub>2</sub>-Steuer hätte; oder das Bildungsministerium eine Studie, ob Tablets in den Klassenräumen Sinn machen.

Beinschab wurde ab dem Jahr 2016 mit Studien im Gesamtwert von 587.400 Euro beauftragt. Drei Studien befassten sich mit Budgetpolitik, Betrugsbekämpfung und Nulldefizit. Dabei handelte es sich aber nicht um Studien, also wissenschaftliche Erhebungen, sondern einfach nur um Umfragen zu diesen Themen. Bei diesen Umfragen wurden neben sachlichen Fragen auch parteipolitische Fragen im

<sup>124</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000130302237/causa-kurz-und-fellner-medien-gemeinsam-sind-wir-richtig-gut>

<sup>125</sup> AZ 17St 5/19 d, ON 3047a S. 47

Interesse der ÖVP angehängt. Beispielsweise Fragen wie Slogans vom damaligen Bundeskanzler Christian Kern ankamen oder um wie viel besser Sebastian Kurz bei der Bevölkerung ankommt als Reinhold Mitterlehner.<sup>126</sup> Die Ergebnisse dieser Umfragen landeten dann in weiterer Folge regelmäßig bei Österreich/oe24.tv. Thomas Schmid hat diese Praxis gegenüber der Staatsanwaltschaft zugegeben:

Nach meiner Erinnerung war es so, dass sich bei BEINSCHAB Rechnungen angesammelt hatten und sie nicht gewusst hat, wie und wem sie diese legen und ihre Leistungen verrechnen soll. Ich habe mit ihr besprochen, dass wir eine Studie aus dem BMF in Auftrag geben und sie diese Rechnungen in diese Studie hineinrechnen soll. Die Rechnungen, die sich angesammelt hatten, waren für Umfragen, die von uns, nämlich von STEINER, KURZ und mir beauftragt waren. Es war bei diesen Studien so, dass STEINER und KURZ mich beauftragt haben und ich habe den Auftrag dann an BEINSCHAB weitergegeben. Zu diesen Studien hatten sich Rechnungen angesammelt.

127

Die Fellner-Gruppe soll nicht nur diese frisierten Umfragen unkritisch übernommen haben, sondern auch bestellte Artikel veröffentlicht haben, die für Sebastian Kurz günstig waren und dafür reichlich Inserate vom BMF bekommen haben. Dies ist zumindest der Verdacht der WKStA. Thomas Schmid hat gegenüber der WKStA diese Vorgehen zugegeben und folgendermaßen beschrieben:

Uns ging es darum, dass wir Zugang zu einer Meinungsforscherin haben, die eine fixe Zusammenarbeit mit einem Medium hat. Das läuft in der Praxis so, dass Meinungsforschungsinstitute fixe Verträge mit Medien haben, dass sie etwa einmal in der Woche eine Umfrage oder die Sonntagsumfrage publizieren können. Unser Anliegen war es mit so einer Meinungsforscherin zusammen zu arbeiten, damit wir über die Fragestellungen und die Themenvorgabe mit dieser Meinungsforscherin steuern können, welche Themen und

128

<sup>126</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000130268401/ermittlungen-gegen-kurz-wo-sind-die-vom-finanzministerium-beauftragten-studien>

<sup>127</sup> AZ 17St 5/19 d, ON 3047a S. 50

<sup>128</sup> AZ 17St 5/19 d, ON 3047a S. 26

Fragestellungen in den Umfragen abgefragt und dann in weiterer Folge in den Medien auch veröffentlicht werden, und zwar im Rahmen dieser Vereinbarung zwischen der Meinungsforscherin und dem Medium. ÖSTERREICH hatte eine Dauerkoooperation mit Meinungsforschungsinstituten zur Sonntagsumfrage. Alle zwei Wochen wird eine Sonntagsumfrage publiziert. Üblich war es, gemeinsam mit dieser Sonntagsumfrage weitere Themen abzufragen. Diese Themen wurden ebenfalls von dem Meinungsforschungsinstitut abgefragt, das mit der Sonntagsumfrage beauftragt war. Uns ging es genau um dieses Segment, weil man in diesem Bereich Themensetzungen vorgeben kann. Zu diesem Zeitpunkt war es so, dass die Finanzierung so ausschauen sollte: die FELLNER-Gruppe zahlt BEINSCHAB die Sonntagsumfrage und auch die Zusatzfragen im Rahmen dieses Vertrages. Klar war aber, weil es wie von mir geschildert ja darum gegangen ist, dass wir die Themen zu diesen Zusatzfragen mit BEINSCHAB absprechen konnten, dass dafür vom BMF Inserate geschaltet werden. Den FELLNERS ging es darum, dass sie aufgrund dieser Kooperation Zugang zum Finanzministerium hatten und das Finanzministerium Sonderbeilagen und Inserate insgesamt in Auftrag gab.

Bei diesen Aufträgen gab es immer eine Gegenleistung des BMF, nämlich die Inserate oder eben auch die Beilagen.

129

Von Seiten der WKStA wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sabine Beinschab zeigte sich geständig und besitzt aktuell den Kronzeugenstatus.

---

<sup>129</sup> AZ 17St 5/19 d, ON 3047a S. 27

## V. Die Ihrigen zahlen weniger: Einflussnahme auf Steuerverfahren

### *Stell dir vor..*

... du bist eine Unternehmerin und hast bewusst Österreich als Sitz deines Unternehmens gewählt. Zwar würdest du Steuern und Abgaben sparen, wenn du den Sitz ins Ausland verlagerst, beispielsweise nach Ungarn, aber du gehst davon aus, dass in Österreich sichere und gute Wettbewerbsbedingungen herrschen und alle gleich behandelt werden.

So ist es aber nicht: In Österreich haben einige Unternehmer:innen einen gewissen Wettbewerbsvorteil. Nicht etwa, weil sie ein besseres Produkt, niedrigere Preise oder höhere Produktivität bieten können. Nein. Sie haben Kontakte zum Finanzministerium - und schon können sie ihre Interessen durchsetzen, während alle anderen Bürger:innen keine Chance haben.<sup>130</sup>

### 1. Neues Finanzamt, weniger Sorgen

Rene Benko ist ein umtriebiger Immobilienunternehmer, dessen Signa Unternehmensgruppe eine Vielzahl von Top-Immobilien im In- und Ausland besitzt. Einer dieser Immobilien ist der sog. Tuchlaubenkomplex im ersten Wiener Gemeindebezirk. Dieser wurde unter anderem im Jahr 2007 im Rahmen eines Bieterverfahrens von einem Konsortium gekauft, an dem auch die Signa beteiligt war. Nach Zerwürfnissen mit dem Konsortium löste man den Tuchlaubenkomplex aus dem Paket raus und dieser ging zunächst an die Signa und später an eine Gesellschaft, die der Laura Benko Privatstiftung gehört. Laura Benko ist die Tochter von Rene Benko. Diese Weitergabe löst natürlich verschiedenste Steuern aus (Grunderwerbssteuer, Immobilienertragssteuer, Einkommenssteuer etc.). Über die Bemessungsgrundlage dieser Steuern entfachte ein Streit zwischen dem Finanzamt für Großbetriebsprüfungen Wien und Rene Benko. Benko war bereit, 35 Millionen Euro als Grundlage zu akzeptieren, das Finanzamt Wien beharrte allerdings auf 50 Millionen.

Rene Benko suchte in weiterer Folge Kontakt mit dem Finanzministerium. Dort wurde er auch mit offenen Armen von Thomas Schmid empfangen. Einer der vielen Nachrichten, die Benko Schmid schrieb:

---

<sup>130</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000132106195/schmid-an-mitarbeiter-im-finanzministerium-du-bist-die-hure-fuer>

Benko	war super dass wir uns gestern wieder	2016-12-09
René	gesehen haben - <b>die rolle eines generalbevollmächtigten bei uns im konzern würde dir sicher gut liegen</b> - wir könnten uns treffen: zwischen 2. und 8. jänner in lech // 9.1 nachmittag in wien detto 19.1 // zwischen 26.1 und 3.2 in lech // dann ginge noch freitag oder sonntag beim hahnenkammwochenende Herzliche Grüße René	08:28:21

131

Rene Benko umgarnte Thomas Schmid regelrecht mit teurem Essen, Aufenthalt auf seinen Yacht und Skitouren.<sup>132</sup> Dementsprechend überrascht es nicht, dass sich Thomas Schmid innerhalb des BMF sehr für Rene Benkos Steuerangelegenheit eingesetzt hat.

Thomas Schmid sorgte sogar dafür, dass sich hochrangige Beamte im BMF für Rene Benko einsetzten. Der wichtigste und prominenteste Beamte war ein gewisser Eduard Müller. Allgemein bekannt als Edi, damals Sektionschef, später sogar Finanzminister und aktuell FMA-Chef.

Es gab sogar Termine zwischen Benko und Müller, wie sich aus folgendem Chat-Verlauf zeigt:

<sup>131</sup> AZ 17St 5/19 d; ON 3047e S.34

<sup>132</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000140130153/benkos-yacht-skitouren-und-ein-jobangebot-an-thomas-schmid>

Thomas Schmid	War gutes Gespräch. Danke für deine Zeit. Schick mir bitte deine Verfügbarkeiten für Termin mit Edi Müller. LG Thomas	2017-05-24 08:59:17
Benko René [REDACTED]	termine edi müller heute abend drink 21:00 / mittwoch 31.5 zw 9:00 und 15:00 / 12. oder 13. juni jeweils frühstück oder lunch bzw vormittags bzw 21 lunch	2017-05-29 07:09:05
Thomas Schmid	Checke ich gleich mit ihm! LG t	2017-05-29 07:14:20
Thomas Schmid	Mittwoch um 14.00. ok? LG Thomas	2017-05-29 11:29:57
Thomas Schmid	Ginge bei beiden sehr gut	2017-05-29 11:30:14
Benko René [REDACTED]	14:00 in der nähe von meinem büro oder gleich im büro ?	2017-05-29 18:44:06
Thomas Schmid	Im Büro	2017-05-29 18:44:29
Benko René [REDACTED]	ok super	2017-05-29 18:44:42
Thomas Schmid	👍	2017-05-29 18:46:42
Thomas Schmid	Kommender Mittwoch um 15.00 möchte ich mich mit dir und Benko treffen. Gehts da bei dir?	2017-05-29 11:07:12
Benko René [REDACTED]	kannst du mir die E-Mail-Adresse von unserem gestrigen Termin schicken damit meine Steuerberater entsprechend Kontakt aufnehmen kann danke	2017-06-01 07:31:25
Thomas Schmid	<a href="mailto:Eduard.mueller@bmf.gv.at">Eduard.mueller@bmf.gv.at</a>	2017-06-01 07:38:02

133

Das Treffen schien auch gut verlaufen zu sein. Wie Schmid Benko im Juli 2017 mitteilte:

Thomas Schmid	Deine und unsere Leute hatten heute gutes treffen!	2017-07-03 20:48:02
---------------	--	------------------------

134

Allerdings rückte das Finanzamt Wien von dessen Ansicht nicht ab und es passierte etwas noch nie dagewesenes: Ende August 2018, also kurz vor der absoluten Verjährung der Steuerschuld, verlegte die Signa ihren Sitz von Wien nach Innsbruck. Wie genau sich das abspielte, zeigte die Befragung von Matthias Jenewein, dem zuständigen Sachbearbeiter in Innsbruck, der zunächst Probleme sah, aber nach einem Telefonat mit Sektionschef Edi Müller, das er übrigens in seinem ausführlichen Eingangsstatement vor dem U-Ausschuss vergessen hat zu erwähnen, wie ausgetauscht war:

<sup>133</sup> AZ 17St 5/19 d; ON 3047e S.24

<sup>134</sup> AZ 17St 5/19 d; ON 3047e S.24

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Sehr geehrter Dr. Jenewein, da hat jetzt bei Ihrer Beschreibung der Ereignisse ein bisschen etwas gefehlt. Beginnen wir noch einmal von vorne!

Sie sagten, Sie wurden am 21.8.2018 informiert und hätten ein Schreiben bekommen. Das war wohl das Schreiben von Herrn Löffler (*Auskunftsperson Jenewein: Ja!*) vom Finanzamt 1/23, Vorlage 9, Dokument 642601.

Ich zitiere: „Den Grund für den aus unserer Sicht überstürzten Abzug aus Wien, noch dazu während einigen offenen Prüfungsverfahren, können wir nicht nachvollziehen, nur vermuten.“ (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Am 4. September haben Sie dann folgendes Schreiben nach Wien gerichtet: Vorlage 2, Dokument 642602 (*Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück*), Seite 2. – Da haben Sie **ganz** viele Fragen.

**Dr. Matthias Jenewein:** Aha, ich kann da selber blättern, Entschuldigung! (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*) – Genau, ich zitiere die relevanten Bestimmungen und frage letzten Endes den Herrn Vorstand, welche konkreten Sachverhaltselemente dem Zuständigkeitsübergang aus seiner Sicht oder aus Sicht des Hauses, Finanzamt 1/23, zugrunde gelegen haben. Ich weise unter anderem darauf hin, dass wir uns den entsprechenden Vorhalt, der im Juli, glaube ich, des Jahres 2018 seitens des Fachbereiches des Amtes 1/23 ergangen ist, selbstständig besorgt haben, und die Beantwortung eben auch; das habe ich, glaube ich, auch darin zitiert.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Ihre vielen Fragen leitet Herr Löffler am 4. September weiter – Seite 1 – und stellt fest – Zitat –: „unschwer“ erkennbar „Zweifel an der Änderung des Ortes der Geschäftsleitung.“

**Dr. Matthias Jenewein:** Das Schreiben nehme ich aktuell zur Kenntnis, ja. (*Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.*)

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Und dann, was Sie noch überhaupt nicht erwähnt haben: das Telefonat mit Sektionschef Edi Müller am nächsten Tag.

135

**Dr. Matthias Jenewein:** Das ist richtig. Ich habe am 5. September einen Anruf von Herrn Sektionschef Müller bekommen, wo er sich bei mir erkundigt, ob es einen Zweifel in der Zuständigkeit für den Fall Signa Holding gibt, und ich habe diese Ausführungen genau so getätigt, wie ich sie Ihnen gegenüber jetzt getätigt habe: Ich habe ihn davon informiert, wie die Sache aus meiner Sicht gelegen ist. Ich habe die entsprechenden Bestimmungen der BAO und des AVOG auch zitiert, so wie ich es in dem Schreiben an Kollegen Löffler formuliert habe, und habe gesagt, in diesem Rahmen habe ich im Rahmen meiner Verpflichtung als zuständiger organisatorischer Leiter die Zuständigkeit des Hauses zu prüfen.

Das hat der Herr Sektionschef Müller so zur Kenntnis genommen, er hat gesagt, das ist auch seine Sichtweise. Er hat mich darauf hingewiesen, dass der Fall mit Ablauf des Jahres 2018 verjährungsbedroht ist. Da habe ich gesagt: Das ist mir bewusst und wir werden eine rasche Entscheidung des Zuständigkeitsüberganges herbeiführen, aber wir müssen das natürlich entsprechend prüfen und auch entsprechend den Akten zugrunde legen, so wie es das Gesetz und die entsprechenden Vorschriften vorsehen.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** War das ungewöhnlich, dass am Tag nach Ihrem Schreiben gleich der Sektionschef anruft?

**Dr. Matthias Jenewein:** Das war jetzt sicher nicht ein alltäglicher Ablauf, aber als wirklich ungewöhnlich würde ich es auch nicht bezeichnen, zumal man ja in meiner Position doch immer wieder auch mit dem Ministerium Kontakt hat, mit Sektionschefs, Abteilungsleitern, Gruppenleitern und so weiter .

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Und mit Edi Müller, haben Sie mit ihm sonst auch öfter telefoniert?

**Dr. Matthias Jenewein:** Immer wieder einmal. Der Hintergrund ist der – ich habe vorhin meine Laufbahn auch zitiert –: Ich bin 1995 auf Grundausbildungslehrgang gewesen und kenne Eduard Müller aus dieser Zeit, weil er gemeinsam mit mir – er war damals Absolvent des Hochschulstudiums, gerade vorm Sprung vom Betriebsprüfer, vom Lohnsteuerprüfer in das Ministerium – die entsprechend vorgesehene Ausbildung für die Verwendungsgruppe A1 absolviert hat.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Aber zu dem Zeitpunkt war er Leiter der Präsidialsektion. Hat er sich – so wie in diesem Fall – in anderen Einzelsteuersachen eingemischt?

**Dr. Matthias Jenewein:** Er hat da keinen Kontakt aufgenommen. Ich habe auch in dieser Sache keine Einmischung gesehen, sondern lediglich die Nachfrage, wie das aussieht.

136

Der nicht zuständige Sektionschef Müller überzeugte am 5. September 2018 den zweifelnden Jenewein von der Zuständigkeit in Innsbruck, der unverzüglich Müllers Meinung war.

Nochmals festzuhalten ist, dass der Streit zwischen Benko und dem Finanzamt war, ob 35 oder 50 Millionen als Bemessungsgrundlage festgesetzt werden. Das Finanzamt Wien wollte 50 Millionen, das Finanzamt Innsbruck setzte plötzlich lediglich 36 Millionen an. Dazu befragt, äußerte sich Jenewein sehr vage:

---

<sup>136</sup> 703/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké, S.9 von 31, Matthias Jenewein

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Welchen Unterschied macht es Ihrer Wahrnehmung nach für die Signa, ob das Steuerverfahren in Wien oder in Innsbruck durchgeführt wird, Herr Dr. Jenewein?

**Dr. Matthias Jenewein:** In diesem konkreten Verfahren, aus den geschilderten Umständen hinsichtlich der Zuständigkeit der Großbetriebsprüfung für die Prüfung dieser Pflichtigen, macht es nur am Rande einen Unterschied, weil, wie ich bereits ausgeführt habe, wir hier ein Prüfungsverfahren haben, das ganz klar inhaltlich, von den Abläufen her ein Prüfungsverfahren ist, das durch die Expertise eines Fachbereiches der Großbetriebsprüfung begleitet, abgedeckt und abgestimmt wird. Es wäre hier nur darum gegangen, mit dem Finanzamt konkrete Umstände herauszukristallisieren, die eine andere Meinung, konkret gegen die von der Großbetriebsprüfung getroffenen Feststellungen und rechtlichen Schlüsse -, sich gerichtet hätten. Da das Ganze aber offensichtlich – und da müsste man den Herrn Fachvorstand dazu befragen – keine Zweifel seitens unseres Fachvorstandes nach sich gezogen hat, sehe ich keinen großen Unterschied.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Ja, Ihre vielen Fragen, wie gesagt, waren ja nach einem Telefonat alle schon beantwortet.

Vorlage 5, Dokument 642612, Seite 3. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Der Vorstand des Finanzamts in Wien beschreibt hier, wie der Tuchlaubenkomplex von Benko an seine eigene Luxemburger Firma um 141 Millionen Euro veräußert und 14 Tage später um 195 Millionen Euro weiterverkauft wurde. Zitat: „Der dadurch entstandene Gewinn in Höhe von 54 Mio“ – Millionen – „blieb steuerlich unberücksichtigt.“

Das Finanzamt Wien bot dann an, einen Betrag von 50 Millionen anzusetzen. Zitat – Sie lesen es –: „Die Fa“ – Firma – „Signa war jedoch nicht bereit die [...] 50 Mio“ – Millionen – „in Österreich zu versteuern, lediglich ein Betrag in Höhe von 35 Mio.“ – Millionen – „wurde vom Unternehmen angeboten. Dem FA [...]“ – Finanzamt in Wien – „fehlte dazu jegliche Begründung, weil es als nicht plausibel erschien, in 14 Tagen eine Wertsteigerung von 54 Mio.“ – Millionen – „zu lukrieren.“

Löffler schreibt weiter: „Aufgrund dieser Umstände war das FA [...]“ – Finanzamt Wien – „nicht bereit die Verantwortung für dieses Ergebnis zu übernehmen“.

137

Wissen Sie, wie hoch der Betrag in Innsbruck letztlich angesetzt wurde? Ist es richtig, dass es nur 36 Millionen waren? Das heißt, das Finanzamt Wien findet 35 Millionen Euro nicht plausibel, fordert 50, dann zieht Benko nach Innsbruck und man einigt sich auf 36?

**Dr. Matthias Jenewein:** Den Betrag setzt nicht Innsbruck fest, sondern schon die Großbetriebsprüfung. Und inhaltlich kann ich dazu keinerlei Stellungnahme abgeben, weil ich schlicht und ergreifend nicht zuständig war. Das müsste man mit dem Herrn Fachvorstand klären, der hat das ausführlich mit dem Herrn Fachvorstand der Großbetriebsprüfung, der dieses Verfahren begleitet hat, abgestimmt und diskutiert.

138

Der Fachvorstand, auf den sich Jenewein hier rausredet, ist ein gewisser Herr Macho.

Macho ist Fachvorstand der Großbetriebsprüfung und eine Vielzahl von Terminen lässt den Schluss zu, dass dieser wie auch Schmid und Müller von Anfang an im Team Benko war.

<sup>137</sup> 703/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué, S.12 von 31, Matthias Jenewein

<sup>138</sup> 703/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué, S.13 von 31, Matthias Jenewein

Am 8. November 2017 finden mehrere Termine statt: Zuerst (nur) mit Mag. MACHO und SC Dkfm MÜLLER dann gemeinsam mit MMag. SCHMID, danach ein Abendtermin zwischen MMag. SCHMID und BENKO.

Betreff	Beginnt am	Beginnt um	Endet am	Endet um
Edi, Macho	08.11.2017	10:00:00	08.11.2017	11:00:00
12.30 SC Müller+Macho-TS	08.11.2017	12:30:00	08.11.2017	13:00:00
18.00 Termin mit Rene Benko + SC Müller	08.11.2017	18:00:00	08.11.2017	19:00:00

139

Macho gab auch gegenüber dem U-Ausschuss zu, sich sogar auf Betreiben von Schmid mit Benko getroffen zu haben. Interventionen stellte er aber in Abrede. Allerdings war zum Zeitpunkt seiner Befragung weder das Benko-Steuerverfahren noch die Beschuldigtenvernehmung von Thomas Schmid öffentlich.

Dieses Vorgehen wurde von Thomas Schmid auch gegenüber der WKStA zugegeben:

Wer diesen Termin eingefordert hat oder vorgeschlagen hat, weiß ich nicht mehr. Wahrscheinlich war es so, dass BENKO und ich irgendwann gesehen haben, dass es sinnvoll ist, SC Dkfm. MÜLLER hinzuzuziehen. Es hat aus unserer Sicht sicherlich Sinn gemacht, SC Dkfm. MÜLLER zu den inhaltlichen Fragen, wie Bewertung des Tuchlaubenkomplexes, „Flieger“ und die lange Verfahrensdauer miteinzubeziehen. Wie in meiner schriftlichen Stellungnahme dargestellt habe ich SC Dkfm. MÜLLER im Vorfeld des Termins angewiesen, den Akt von BENKO anzusehen. Bei dem Termin hat BENKO seine Positionen zu den Steuerangelegenheiten dargelegt; nämlich sowohl hinsichtlich des „Privatjets“ als auch der Tuchlaubenkomplex-Angelegenheit. Angesprochen hat er auch die lange Verfahrensdauer. BENKO hat auch deutlich gesagt, dass er sich nicht ordnungsgemäß behandelt fühlt, auch die Tuchlaubenkomplexbewertung hat er wiederholt bemängelt und dass man das anders beurteilen müsse. Ich habe seine Positionen inhaltlich übernommen und gegenüber SC Dkfm. MÜLLER klargestellt, dass ich mir eine Lösung im Sinne von BENKO erwarte. Ich habe nicht konkret angewiesen, dass die Position von BENKO genau so umzusetzen ist, aber ich habe klar erkennbar gemacht, dass ich seine Positionen unterstütze, dass sie Gewicht hätten und dieser Position im BMF entsprechendes Gehör verschafft werden sollte. Ich habe kein konkretes Ergebnis als Ziel genannt. Meine Intention war, dass gegenüber SC Dkfm. MÜLLER klar war, dass ich eine möglichst positive Lösung für BENKO wünsche.

140

In wenigen Fällen konnte Korruption durch politische Vernetzung so klar nachgewiesen werden wie hier. Die BaFin, das deutsche Pendant der FMA, prüfte gerade Benkos Geschäfte in Deutschland, eben weil

<sup>139</sup> AZ 17St 5/19 d; ON 3047e S. 65

<sup>140</sup> AZ 17St 5/19 d; ON 3047a S. 245

Benko unter Korruptionsverdacht steht. Und was passiert in Österreich? Hier steht der FMA-Chef unter dem gleichen Verdacht wie Benko und nichts passiert.

## 2. Treffpunkt Raststätte

Auch Unternehmer Siegfried Wolf suchte immer wieder den Kontakt zu Ex-Finanzminister Schelling, Sebastian Kurz und letztendlich zu Thomas Schmid, als Kanal direkt in die Finanzverwaltung. Wegen einer geänderten Rechtslage musste Wolf wegen einer internationalen Tätigkeit, Steuern in Österreich nachzahlen. Allerdings fiel das erst auf, als es zu einem Sachbearbeiterwechsel in dieser Causa kam. Wolf wollte den Mehrbetrag nicht bezahlen und wandte sich an die oben Genannten, die alle sehr stark auf die Finanzbeamten Druck ausübten. Dies ging sogar bis zum obersten Sektionschef, der in letzter Konsequenz Anzeige bei der WKStA erstattete. Absurderweise sorgte Wolf sogar für eine Postenbesetzung einer Finanzamtsleiterin, die in seinem Sinne handeln wollte, bei Thomas Schmid.

Das Problem für Wolf war, dass sich die Rechtslage im Bezug auf die Doppelbesteuerung zwischen der Schweiz und Österreich im Jahr 2007 änderte. Von da an hätte Wolf sein Verdienst auch in Österreich versteuern müssen. Dies fiel im Jahr 2012 auf und die Großbetriebsprüfung verlangte von Wolf elf Millionen Euro an Steuernachzahlung.<sup>141</sup> Interessanterweise sah die Vorständin des zuständigen Finanzamts, Frau Köldorfer, den Sachverhalt anders als die Großbetriebsprüfung: Im Sinne von Wolf.

Wolf wandte sich im Jahr 2016 an seinen alten Bekannten Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel, der ihn an Thomas Schmid verwies.

Wolf	Sigi	Danke melde mich bin gerade mit	
		wolfgang schuessel - soll dir liebe	2016-02-13
		gruesse sagen .. Danke sigi	09:58:47

Thomas Schmid		Super! Sag ihm auch ganz liebe	2016-02-13
		Grüße. T	09:59:26

Wolf	Sigi	Er sitzt neben mir - und sagte ich	
		soll dich um unterstuetzung	2016-02-13
		bitten....deshalb mein sms	10:01:39

		Jederzeit! Du weißt du hast unsere	
Thomas Schmid		Wertschätzung. Wir besprechen	2016-02-13
		alles morgen. LG	10:02:34

142

<sup>141</sup> [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6120621/UAusschuss\\_Der-einzigartige-Steuerfall-des-Siegfried-Wolf](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6120621/UAusschuss_Der-einzigartige-Steuerfall-des-Siegfried-Wolf)

<sup>142</sup> AZ 17St 5/19 d; ON 1955 009 S.25

Die Wertschätzung drückte sich in weiterer Folge darin aus, dass man so ziemlich alle Hebel im Finanzministerium in Gang setzte, nur damit Wolf, zu Lasten der Steuerzahler:innen, weniger Steuern bezahlt.

Schmid und seinem damaligen Chef Schelling war diese Wolf-Steuersache offenbar so wichtig, dass Schmid sogar hohe Beamte im BMF und seine Mitarbeiter im Kabinett unter Druck setzte. Die wahrscheinlich einschlägigste Nachricht war:

Thomas Schmid	Chef hat ihm das zugesagt	2017-01-06 14:45:23
Krammer Michael	Sounds like fun-ok	2017-01-06 14:46:19
Thomas Schmid	Juhu! Bestes Programm zum Start in eine erfolgreiche Saison	2017-01-06 14:49:27
Thomas Schmid	<b>Vergiss nicht - du hackelst im ÖVP Kabinett!! Du bist die Hure für dich reichen!</b>	2017-01-06 14:49:56
Krammer Michael	Danke, dass wir das so offen besprechen können!	2017-01-06 15:05:43

Gunter Mayr, ein hochrenomierter Finanzexperte und Leiter der Sektion I im BMF, wurde ebenfalls mit der Steuersache Wolf befasst. Er sah eine klare Rechtslage und bekräftigte die strenge Einschätzung der Großbetriebsprüfung. Dann kam es zu einem denkwürdigen Treffen, wie Gunter Mayr vor dem U-Ausschuss schilderte:

*Bis dorthin soweit relativ normal im Ablauf, auch wenn eine wiederholte Befassung eines Sektionschefs zu einer Causa an sich schon etwas ungewöhnlich ist. Jedenfalls hat dann circa zwei Wochen danach, am 5.7.2016, ein Termin bei Herrn Generalsekretär Schmid stattgefunden. Er hat mich zu sich zitiert. Es war kein so erfreulicher Termin. Ich kann mich leider an den Termin relativ gut erinnern, weil er besonders unerfreulich war, mit persönlichen Vorwürfen und allem Möglichen. Ich weiß jetzt gar nicht, ob das jetzt eine mündliche Weisung gewesen wäre oder auch nicht.*

143

<sup>143</sup> 464/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Kommuniké, S.6 von 37, Gunter Mayr

Ich habe ihm nur gesagt, die ganze Sache ist rechtlich nicht gedeckt, so wie es die Frau Vorständin sich überlegen würde, und er hat daraufhin gesagt – ich war bei ihm –: Dann rufen wir die Vorständin an. Er hat dann auf laut geschaltet, und da sind für meinen Geschmack ziemlich merkwürdige Aussagen gefallen.

Auch die ganze Kommunikation: Wenn Vorständin und Generalsekretär immer über den Sigi reden – und um den geht es in dem konkreten Verfahren –, haben sich bei mir schon allein aus Befangenheitsgründen Zweifel erhoben.

Ich habe dann auch das Zimmer verlassen und habe gesagt, Frau Dr. Kölnsdorfer soll mir noch einmal eine Stellungnahme übermitteln. Ich habe mir das angesehen – Sie haben die paar Unterlagen, weil ich mir die natürlich dann auch entsprechend aufbehalten habe – und Frau Dr. Kölnsdorfer hat mir dann auch noch einmal Unterlagen übermittelt.

In den Unterlagen haben Sie eine E-Mail vom 11. Juli 2016 von mir, und da habe ich davor mit ihr noch gesprochen. Das steht auch drinnen. Ich habe circa 30 Minuten mit ihr gesprochen, und dann habe ich handschriftlich einen Vermerk gemacht, dass sie da vage Thesen in den Raum gestellt hat, man könnte so eine Zwei-Drittel-ein-Drittel-Lösung finden, so quasi: Ein Drittel besteuern wir nicht, nur zwei Drittel besteuern wir – und das ist natürlich ein sehr merkwürdiger Zugang.

144

Die Art und Weise, wie Wolf eine Nahebeziehung zu Vorständin Kölnsdorfer, die für sein Prüfverfahren zuständig war, aufbaute, mutet für Außenstehende skurril an. Davon zeugt auch das von Mayr geschilderte Telefonat und seine Zweifel an der Unbefangenheit. Den Hintergrund erklärt ein späterer Chatverkehr zwischen Wolf und Kölnsdorfer, bei dem es um ein Treffen bei einer Autobahnraststätte ging:

---

<sup>144</sup> 464/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué, S.7 von 37, Gunter Mayr

Am **4. Juni 2018** schrieb WOLF an Dr. KÖLNDORFER, wobei er sie mit „*liebe Helga*“ ansprach und fragte, ob sie eventuell im „Fontana“ sei und einen Kaffee trinken wolle, wobei offensichtlich der im wirtschaftliche Eigentum von WOLF stehende Golfklub<sup>28</sup> gemeint war. Am **9. Juni 2018** trafen sich WOLF und Dr. KÖLNDORFER auf der Autobahnraststätte in Guntramsdorf.<sup>29</sup>

#	Party	Time	Message
9250	From: [redacted] Helga Kölndorfer To: [redacted]	04.06.2018 21:19:25(UTC+0)	Liebe Helga - ich hoffe es geht dir gut ? Ich wuerde gerne wenn du in den naechste Tagen Zeit hast und du ev im Fontana bist (Freitag?) mit dir einen Kaffee trinken . Sigi wolf
9248	From: [redacted] Helga Kölndorfer To: [redacted]	05.06.2018 06:22:52(UTC+0)	Einen schönen guten Morgen, lieber Sigi, ich bin bis Freitag in Prüfungskommissionen. Die nachfolgenden Tage geht es besser. LG Helga
9246	From: [redacted] Helga Kölndorfer To: [redacted]	05.06.2018 07:59:51(UTC+0)	Helga ev Samstag ? Spaeter Vormittag ? Ich komme von der Steiermark . Fontana oder in Wr Neustadt ? Sigi
9245	From: [redacted] Helga Kölndorfer To: [redacted]	05.06.2018 08:49:56(UTC+0)	Können wir ad Termin telefonieren? Ich sitze bis 16 Uhr in Kommission. LG
9240	From: [redacted] Helga Kölndorfer To: [redacted]	05.06.2018 10:22:22(UTC+0)	Ok
9187	From: [redacted] Helga Kölndorfer To: [redacted]	09.06.2018 07:24:06(UTC+0)	Liebe Helga - guten Morgen -- 11 30 Raststätte Guntramsdorf? Passt dir das ? Sigi
9186	From: [redacted] Helga Kölndorfer To: [redacted]	09.06.2018 07:31:50(UTC+0)	Passt gut. LG Helga

145

Absurderweise ging es sogar so weit, dass Wolf nicht nur über Interna zu seinem Steuerverfahren informiert, sondern auch in Postenbesetzungen, die für sein Steuerverfahren von Relevanz waren, involviert war.

**Thomas guten Morgen!! Ich habe mit der Dame aus we Neustadt geredet . Sie will Baden - ich sagte ihr es wird überlegt und sie soll ihr / Thema erledigen !! Bitte der Edi soll draufbleiben . Wenn du Zeit hast ruf mich bitte an . Sigi**

Siegfried Wolf

[redacted]

2018-06-10 09:17:12

146

Bei der Dame aus Wiener Neustadt handelt es sich übrigens um Frau Kölndorfer, die den gewünschten Posten in Baden in weiterer Folge auch bekommen hat.

Jedenfalls kam es Ende 2016 tatsächlich zu einer Einigung zwischen Wolf und der Finanz. Statt elf Millionen musste Wolf zwischen sieben und acht Millionen zahlen, wie Schmid seinem damaligen Chef mitteilte:

<sup>145</sup> AZ 17St 5/19 d; ON 1955 009 S.95

<sup>146</sup> AZ 17St 5/19 d; ON 1955 009 S.96

Hans Jörg Schelling	WhatsApp	37 2	Thomas Schmid	Haben heute Einigung mit Sigi geschafft. 75:25. er zahlt zwischen 7 und 8 Mio Euro nach. Muss noch genau berechnet werden. Er rief mich mehrmals an und wollte auf 6 runter. Das war unmöglich für uns während der laufenden Verhandlung zu intervenieren. Ich finde bei diesem Deal hat sich unsere Finanzverwaltung bewegt und beide Seiten sollten zufrieden sein. Er hat heute ☹️- teurer Geburtstag :-))	2016-10-31 15:12:39.584 660
---------------------	----------	---------	---------------	---	-----------------------------------

147

Wie es dazu kommen konnte, lag aus Sicht von Mayr an der, wohl bewussten, Zusammensetzung des Schlussbesprechungsteams:

**DDr. Gunter Mayr:** Na ja, dann diese mehrfachen Verschiebungen der Schlussbesprechung – erstens, und zweitens die Zusammensetzung des Schlussbesprechungsteams. Wenn ich also in eine solche Causa, in so einen Fall – vereinfacht gesagt, um ein bisschen zum Sport zu kommen – mit der Ersatzmannschaft hineingehe, dann kann man sich über das Ergebnis nicht wundern. Aber ich mache auch der Ersatzmannschaft keinen fachlichen Vorwurf, weil sie es wohl auch nicht besser konnten.

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Ersatzmannschaft für welche Mannschaft, die es hätte sein sollen?

**DDr. Gunter Mayr:** Na, die Finanzverwaltung! Unser Schlussbesprechungsteam war nicht das Top-Team.

148

Durch eine Routinekontrolle wurde der Bescheid im Jahr 2019 aufgehoben und in weiterer Folge bei der WKStA angezeigt.

Auf die Frage, ob Mayr einmal hinterfragt hat, warum man einen solch großen Aufwand für Wolf betreibt, antwortete er, dass Wolf in Richtung Russland dienlich wäre und Wörter wie Deals gefallen sind:

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Dennoch war eigentlich meine erste Frage, ob Sie je in den Diskussionen hinterfragt haben, worum es da eigentlich geht. Anders gesagt: Haben Sie Wahrnehmungen dazu, warum es Schelling und Schmid in der Folge so wichtig war, für Sigi Wolf erfolgreich das Ganze umzudrehen und abzuschließen?

**DDr. Gunter Mayr:** Ich habe schon gesagt, Herrn Minister Schelling habe ich nicht wahrgenommen und es hat auch nicht seinem Amtsverständnis entsprochen. Also ich habe keinerlei Wahrnehmungen vom Herrn Finanzminister. Ich habe sie vom Herrn Generalsekretär. Er wird schon gesagt haben – er war damals Kabinettschef –: im Auftrag des Ministers!, nur das ist die Standardfloskel von Kabinettschefs, um die Weisungskette zu verdeutlichen. Das kann man halt natürlich dann auch entsprechend hinterfragen.

Möglicherweise - -, es ist in einem Chat die Begrifflichkeit Deal gefallen. Ich glaube mich zu erinnern, dass das unerfreuliche Gespräch am 5.7. – irgendwas mit Deals und so weiter, dass er in Richtung Russland sehr dienlich wäre und so weiter - - - Das, habe ich gesagt, interessiert mich nicht in der fachlichen Beurteilung. Ich habe dem aber auch nicht weiter Wert geschenkt.

149

<sup>147</sup> AZ 17St 5/19 d; ON 1955 009 S.64

<sup>148</sup> 464/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué, S.35 von 37, Gunter Mayr

<sup>149</sup> 464/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué, S.35 von 37, Gunter Mayr



## VI. Manche sind gleicher: Einflussnahme auf Ermittlungen

Konkrete Einflussnahmen auf die Justiz sind spätestens seit dem "Ibiza"-U-Ausschuss evident.<sup>150</sup> In diesem U-Ausschuss wurden allerdings weitere Maßnahmen des damaligen Generalsekretärs und Sektionschefs Christian Pilnacek, des Leiters der Oberstaatsanwaltschaft Wien Johann Fuchs und anderen bekannt, die Potential hatten die Ermittlungen der WKStA zu schwächen.

Der Gruppenleiter der WKStA hat es sehr trefflich zusammengefasst:

**Mag. Dr. Bernhard Weratschnig, MBA LL.M.:** Danke für die Frage. Vieles, was ich damals gesagt habe und auch heute zum Teil wiederholt habe, hat sich ja inzwischen auch manifestiert oder bestätigt durch bekannt gewordene Chats, und insoweit hat sich an dieser Kritik nichts geändert, sondern im Gegenteil: Sie besteht nach wie vor. Ich habe auch erwähnt, und das ist auch zutreffend, dass durch eine Änderung in der Dienst- und Fachaufsicht mit August 2021 ein Arbeiten möglich ist, dass unserem gesetzlichen Auftrag entsprechend abgewickelt werden kann.

151

Es war bekannt, dass Pilnacek mit einem Beschuldigtenvertreter in Kontakt war und über Interna sprach, sexistische und rassistische Äußerungen von sich gab, Dirty-Campaigning gegen die WKStA plante, Beschuldigte im Ministerium traf und vieles mehr.

Die Chats, die Weratschnig hier meint, sind einerseits jene zwischen Christian Pilnacek und Johann Fuchs, andererseits die zwischen Fuchs und der damaligen Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwältin Linda Poppenwimmer.

Als geradezu verstörend wahrgenommen wurde in Fachkreisen eine Nachricht von Pilnacek an Fuchs: „Ich stelle mir eine Observation vor.“ Gemeint ist die Observation eines Ermittlers im "Casag"-Verfahren. Gruppenleiter Weratschnig zeigte sich im U-Ausschuss, mit den Nachrichten konfrontiert, entsetzt:

**Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS):** Ich komme zu den Zwangsmaßnahmen, die Sie schon angesprochen haben, die hier vonseiten mancher Personen aus der Justiz gegen Staatsanwälte angedacht wurden, und lege Ihnen ein Dokument vor: Vorlage I, Dokument 26302, Seite 24, aus dem Strafakt Pilnacek/Fuchs aus Innsbruck. Ich bin hier bei der

152

<sup>150</sup> Näher dazu im NEOS-Fraktionsbericht zum Ibiza-U-Ausschuss auf S.81ff <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/I/1040?selectedStage=100>).

<sup>151</sup> 460/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.5 von 58, Bernhard Weratschnig,

<sup>152</sup> 460/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.7 von 58, Bernhard Weratschnig

Stelle – um hier anzuknüpfen –, die Sie vorhin genannt haben, wo Pilnacek am 22. August 2019 schreibt: „ich stelle mir Observation vor“.

Sie meinten, das war für Sie ein bedenklicher Höhepunkt. Da Sie diese Korrespondenz, glaube ich, noch nicht kennen, würde ich Sie bitten, von dort weiterzulesen, auf jeden Fall die nächste Seite, also Seite 25, um mir zu sagen, was sonst für Sie rechtswidrig oder höchst irritierend ist. Ich glaube, Sie werden noch Stellen finden. (*Auskunftsperson und Vertrauensperson lesen in dem vorgelegten Schriftstück.*)

153

**Mag. Dr. Bernhard Weratschnig, MBA LL.M.:** Ja, also vielleicht grundsätzlich: Ich habe jetzt die PDF-Seiten 24 und 25, nicht mehr und auch nicht weniger. Da mir nicht der gesamte Chatverlauf zur Verfügung steht und ich ihn in dieser Zeit auch nicht durchlesen kann, kann ich natürlich nur eine Grobschätzung abgeben, und das vielleicht auch nicht hundertprozentig verifizieren.

Es sind hier teilweise Dinge dabei, die schon im vergangenen U-Ausschuss angesprochen wurden. Das waren diese Sicherstellungen nach dem Beamten-Dienstrechtsgesetz, und das – habe ich auch schon das letzte Mal gesagt – hat mich auch erschüttert.

Auf der Seite 25 sind für mich neue Inhalte da, nämlich – was hier anbelangt –, dass seitens Pilnacek und Fuchs angedacht war, über die Soko eine Art Ermittlungsleistung über die WKStA und über angebliche Leaks zu erreichen. Das ist für mich aus sehr vielen Hinsichten, aus mehreren Aspekten sehr bemerkenswert und ungewöhnlich: Einerseits hat hier, und das entnehme ich dem Chat, der ehemalige Leiter Lang gesagt, dass das Leak über Akten vom BVT kommt und nicht von der WKStA. Diesen Umstand ist man hier offensichtlich übergangen und hat hier ohne eine entsprechende Verdachtslage offensichtlich versucht, Schritte einzuleiten.

Wenn ich das aus der Sicht von Herrn Oberstaatsanwalt Fuchs beleuchten darf, so drängen sich mir hier Themen auf wie eine Befangenheit und ein Wissen der Unzuständigkeit: Also ich beantra- - oder ich begehre Informationen oder Ermittlungen, wie immer man das jetzt juristisch einordnen möchte, durch eine unzuständige Dienststelle, nämlich durch die Soko, die ja dafür nicht zuständig ist, sondern es wäre ja das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung zuständig. Weiters ist die Soko ja auch befangen, weil sie ja als potenzielle Leakstelle ebenfalls in Betracht kommt, genauso wie auch Herr Oberstaatsanwalt Fuchs selbst. Also auch er wäre ja ein Geheimnisträger und potenziell - -, ermöglicht hier, Akten zu leaken.

Man hat hier auch die Grundsätze der StPO etwas vernachlässigt, nämlich: ohne einen Verdacht Ermittlungsschritte zu setzen. Es ist ja nicht so, dass man hier ermittelt und dann schaut, ob ein Anfangsverdacht oder eine Verdachtslage da ist, sondern es muss ja zuerst ein Verdacht da sein und erst dann kann man entsprechende Schritte setzen.

154

Auch zu dem von Fuchs erstellten Konvolut über vermeintliche Verfehlungen der WKStA zeigte sich Weratschnig gegenüber dem U-Ausschuss empört. Auch zu anderen Chatnachrichten, wie “die Truppe ist das Letzte” oder “Exempel statuieren” äußerte er sich:

<sup>153</sup> 460/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.8 von 58, Bernhard Weratschnig

<sup>154</sup> 460/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.8 von 58, Bernhard Weratschnig

**Mag. Dr. Bernhard Weratschnig, MBA LL.M.:** Es ist - - Diese Frage kann ich natürlich insoweit beantworten, als ich nur ein Segment der gesamten Chatverläufe kenne, und die zeichnen ein Bild, dass hier sehr wohl versucht wurde, Druck auf die Sachbearbeiter auszuüben; sei es dadurch, dass hier – das ist auch schon im letzten U-Ausschuss thematisiert worden – sehr viele Dienstaufsichtsbeschwerden eingebracht oder, nicht eingebracht, Verfahren eingeleitet wurden, wo wir zur Stellungnahme aufgefordert wurden. Es wurde – und das ist auch im letzten U-Ausschuss bekannt gewesen – ein 103-seitiges Konvolut über die Mitarbeiter, die Teammitarbeiter erstellt, ohne einen für mich nachvollziehbaren Anlass. Und es hat auch eine Ausstellung – der Kollegin Jilek – gegeben, die vom Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Fuchs unterfertigt wurde. Also es gibt hier schon konkrete Vorgänge, die das belegen.

Vielleicht noch ergänzend: Diese nun auf- - Wenn man - - Dieses Segment, das ich hier durch die öffentliche Berichterstattung wahrgenommen habe, die hier verwendete Terminologie, zeigt für mich natürlich sehr deutlich, dass hier einfach eine Befangenheit vorliegt. Ich verweise auf Aussagen wie: „die Truppe ist das Letzte“, „irre“ – ich weiß nicht – et cetera. Solche Worte sind ja in diesen Chats gefallen – oder: „Exempel statuieren“ –; das deutet für mich natürlich schon auf eine massive Befangenheit hin, noch dazu, wo ja der Leitende Oberstaatsanwalt Fuchs auch unmittelbar vor Beginn der Ermittlungen – Ibiza – deklariert hat, dass er sich gegenüber der Leitenden Staatsanwältin Vrabl-Sanda und zwei Teammitgliedern ausdrücklich als befangen erachtet.

155

Folgt man den Complianceleitlinien der Justiz, die ja einen sehr umfassenden Verhaltenskodex darstellen, dann müsste man sich, wenn man befangen ist, auch von Amtshandlungen distanzieren und nicht vornehmen. Also soweit ich das hier beobachten kann, gibt es hier sehr wohl Indizien, und wir haben diese Indizien auch beginnend mit Mai an die vorgesetzten Dienststellen berichtet.

156

Zu all diesen empörenden Nachrichten wollte sich Pilnacek vor dem U-Ausschuss mit Hinweis auf ein laufendes Verfahren nicht äußern.

Fuchs redete die Chats vor dem U-Ausschuss klein und erklärte sie mit seiner Verzweiflung:

**Mag. Johann Fuchs, LL.M.:** Ich möchte zunächst einmal zu den Chats generell was sagen, weil die ja auch sehr viel Aufsehen in der Öffentlichkeit erweckt haben. Ich bin erstens einmal sehr überrascht und zweitens aber auch sehr glücklich, dass diese Chats irgendwo im Nirwana des Datenschungels aufgetaucht sind, weil sie nämlich insgesamt drei Sachen belegen:

Das Erste ist: Ich habe niemals die WKStA in irgendwas behindert.

Der zweite Punkt ist, der sich aus den Chats - -: Ich glaube, es gibt kaum ein Entscheidungsorgan der österreichischen Justiz, dessen Kommunikationsverhalten intensiver untersucht worden ist als meines, und trotzdem ergibt sich kein Hinweis dafür, dass ich irgendwas irgendwohin an Unberechtigte geleakt hätte.

Und der dritte Punkt – und um den geht es da –: Das Einzige, was diese Chats zeigen, ist der Grad unserer Verzweiflung, nämlich darüber, dass permanent Interna aus Dienstbesprechungen an die Öffentlichkeit kommen, noch bevor die Tinte trocken ist, mit der das geschrieben wurde.

157

<sup>155</sup> 460/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.14 von 58, Bernhard Weratschnig

<sup>156</sup> 460/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.15 von 58, Bernhard Weratschnig

<sup>157</sup> 512/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué, S.19 von 70, Fuchs

Dies alles führte dazu, dass sich die Dienst- und Fachaufsicht über die WKStA änderte. So wird die Dienst- und Fachaufsicht im "Ibiza"-Komplex nun von der OStA Innsbruck übernommen, über die restlichen Verfahren der WStA wird diese nicht mehr Fuchs, sondern von dessen Stellvertreter wahrgenommen. Dies ist insofern keine ideale Lösung, weil dieser nach wie vor in der Weisungskette unter Fuchs steht. Es ist allerdings erfreulich, dass durch die Erkenntnisse des "Ibiza"-U-Ausschusses eine Erleichterung bei der WKStA spürbar geworden ist, wie den Worten der Leiterin der WKStA Vrabl-Sanda vor dem U-Ausschuss zu entnehmen war:

**Mag. Ilse-Maria Vrabl-Sanda:** Alles besser? – Ich habe einleitend schon gesagt, es ist eine wesentliche Erleichterung, und diese wesentliche Erleichterung spüren ja auch die Kollegen, insbesondere im Ibizateam, weil es natürlich schon einen Unterschied ausmacht, ob man - - Und ich habe das auch schon bei meiner vorherigen Vernehmung hier gesagt, im Ibiza-Untersuchungsausschuss: Es ist schon ganz schwierig zu arbeiten unter dem Damoklesschwert, dass jederzeit eine dienstaufsichtsrechtliche Prüfung stattfinden kann, auch wenn man überhaupt keinen Anlass dafür geboten hat. Und dieses Gefühl ist schon einmal weg. Aber was auch weg ist, und das muss ich schon betonen, sind die außerhalb der gesetzlichen - - und dem Berichtswesen laut Berichtspflichtenerlass entsprechenden Berichtsaufträge. Da kommt genau das, was gesetzlich erforderlich ist, und wenn eine Nachfrage notwendig ist, kommt eine Nachfrage, aber es kommen nicht solche Nachfragen, die wir vom Sinn her überhaupt nicht zuordnen können und die eigentlich nur sehr viel Arbeit machen und eher den Zweifel gerührt haben und den Eindruck erweckt haben, dass es der Aufsicht nicht darum gegangen ist, unsere Ermittlungsverfahren zu befördern.

158

Fuchs und Pilnacek wurden suspendiert und es laufen nach wie vor Strafverfahren vor der StA-Innsbruck gegen beide. Der Zuständige Staatsanwalt beschrieb dies vor dem U-Ausschuss folgendermaßen:

**Mag. Georg Schmid-Grimburg:** Ja, also das Strafverfahren ist ursprünglich, wie Sie gesagt haben, bei der Staatsanwaltschaft Wien angefallen. Das war ein Strafverfahren gegen unbekannte Täter, und zwar war das im Jahr 2019. Im Februar 2021 wurden Auswertungsergebnisse aus dem sichergestellten Handy von Herrn DDr. Tojner mir als verfahrensführendem Staatsanwalt übermittelt, und zwar war das ein Chatverkehr zwischen Dr. Brandstetter und DDr. Tojner. Aufgrund dieses Chatverkehrs hat sich ein konkreter Tatverdacht gegen Mag. Pilnacek und Dr. Brandstetter ergeben, und daraufhin hat die Staatsanwaltschaft Wien ein Verfahren gegen die beiden eingeleitet und am selben Tag eine Sicherstellung ihrer elektronischen Geräte vorgenommen. In weiterer Folge hat sich dann auch ein Tatverdacht gegen Mag. Fuchs ergeben, und das Verfahren wurde dann an die Staatsanwaltschaft Innsbruck abgetreten. Kurz nach Abtretung dieses Verfahrens wurde ich vom BMJ der Staatsanwaltschaft Innsbruck zur weiteren Bearbeitung dieses Verfahrens dienstzugeteilt.

159

<sup>158</sup> 466/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.10 von 70, Vrabl-Sanda

<sup>159</sup> 515/KOMM XXVII. GP - Ausschuss NR - Communiqué S.4 von 33, Schmid-Grimburg

## VI. Was muss sich ändern? Die Forderungen

- **Informationsfreiheitsgesetz** mit umfassend aktiven Veröffentlichungen, subjektivem Recht auf Information für jede Bürger:in, schnellen Verfahren.

### Postenkorrption bekämpfen:

- **Concours** (Auswahlverfahren) nach europäischem Vorbild.
- **Öffentliche Hearings** für Spitzenfunktionen.
- **Tatsächliche Unabhängigkeit für Begutachtungskommissionen**, u.a. durch verstärkte Zuziehung externer, im Einzelfall per Los zugeteilter Expert:innen.
- **Konkurrentenklage** für unterlegene Bewerber, also Rechtsmittel gegen unsachliche Entscheidungen der Auswahlkommissionen.
- **Unwirksamkeit rechtswidriger Besetzungen** bei Leitungsfunktionen.
- **Gesetzlichen Vorgaben zur Zusammensetzung von Kabinetten**: Job Descriptions, Einschränkung von Doppelfunktionen Kabinett/Verwaltung, Offenlegungspflichten und Cooling-off-Phasen (siehe GRECO-Bericht).<sup>160</sup>
- **Zeitliche Beschränkung interimistischer Besetzungen** und kein Vorteil im Bewerbungsverfahren für jene, die den Job ohne Ausschreibung innehatten.
- Öffentlich einsehbare **Begründung** und Darstellung der budgetären und personellen Auswirkungen, wenn **Geschäftseinteilungen verändert und neue Posten geschaffen** werden.
- **Aktive Rekrutierung und Personalentwicklung**:  
Besetzungen ohne qualifizierte Gegenbewerbungen sind eine Hintertür für parteiliche Postenvergabe; zugleich machen Fehler der Vergangenheit und der demographische Wandel die Suche geeigneter Führungskräfte schwerer. Eine aktive Personalpolitik erfordert daher sowohl interne Personalentwicklung der Potenziale in der Beamt:innenschaft (statt nur der Regierungsbüros) sowie die Beiziehung von Headhuntern für die externe Rekrutierung.

### Korruppte Geldflüsse stoppen:

- **Transparente Vergabeverfahren** ohne politische Intervention.
- Rechtsverbindlichkeit von öffentlichen Beschaffungen erst mit Veröffentlichung.
- Umfassende **Transparenz auch bei Förderung schon bei der Förderzusage**, um Umgehungskonstruktionen zum Vergaberecht hintanzuhalten.

### Unabhängigkeit der Medien stärken:

---

<sup>160</sup> [Europarat stellt Österreich ein schlechtes Zeugnis bei der Korruptionsbekämpfung aus - Lobbying & Korruption - derStandard.at > Inland.](#)

- **Absolute Höchstgrenzen für Inseratengelder:** Nur so kann die demokratiepolitisch bedenkliche Abhängigkeit durchbrochen werden. *Von der Bundesregierung auch bei der jüngsten Reform abgelehnt.*
- **Objektive, gesetzlich gebundene Kriterien** bei der Vergabe von Inseraten. *Von der Bundesregierung auch bei der jüngsten Reform nicht gesichert.*
- Wie bei anderen Vergaben (siehe Kapitel II.): Ordentliche Verfahren, saubere Dokumentation und keine Zurufe durch die Kabinette.

## **Unabhängigkeit der Strafverfolgung sicherstellen:**

- **Unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft** an der Spitze der Weisungskette - *von der Regierung versprochen seit 2020.*
- **Ausreichende Ressourcen und das beste Personal für BAK und WKStA** - *von der Justizministerin versprochen, vom Innenminister ignoriert, in beiden Ressorts stagnierend.*
- **Schnellere Verfahren** - *von beiden Koalitionspartnern (und ihren Vorgängerregierungen) seit Jahren versprochen, während das Problem immer drängender wird.*

## **Transparente Kontrolle:**

- **Öffentliche Übertragung von Untersuchungsausschüssen.**

# DER AUSSCHUSS: ÖFFENTLICHKEIT WAGEN

## STELL DIR VOR ...

... ein Verfahrensrichter sowie 13 Abgeordnete und ihre Teams haben hunderttausende Aktenseiten aufgearbeitet und laden Auskunftspersonen von Spitzenbeamt:innen bis zum Bundeskanzler zur Befragung im Parlament. Zurecht erwartest du eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Regierungshandeln zum Untersuchungsthema. Stattdessen liest du in den Zeitungen Woche für Woche über Geschäftsordnungsstreitigkeiten, Terminquerelen und (Ex-)Regierungsmitglieder, die sich an nichts erinnern oder viel reden, aber nichts sagen.

Das ist ein demokratiepolitisches Trauerspiel, das man sich nicht schönreden kann. Die Antwort können aber nicht noch detailliertere Regelungen und Querelen über Formalitäten sein. Wo der Wille zu sachlicher Arbeit mit einem Minimum an Debattenkultur und Selbstreflexion fehlt, helfen auch Regeln nichts.

Womit wir aber die Qualität des U-Ausschusses heben können, ist Transparenz. Öffentliche Befragungen würden das Verhalten aller bisher massiv destruktiven Akteure verbessern. Dadurch könnte der U-Ausschuss seinem Auftrag gerecht werden, politische Verantwortung zu klären. Denn jede:r Bürger:in

hat das Recht, sich selbst ein Bild zu machen; so wie im Gerichtsverfahren der Unmittelbarkeitsgrundsatz für eine umfassende Beurteilung der Glaubwürdigkeit befragter Personen gilt, so sollte auch den Wähler:innen ein möglichst direkter Einblick gegeben werden.

**Genau dafür möchten wir sorgen:**



---

Wien am 1.3.2021  
Abg. z.Nr. **Dr. Stephanie Krisper**